

Das aktuelle FUCHS-ABC

Mühltal positiv entwickeln

5 A
B C

Was andere
nicht sagen ...

Februar 2024



FUCHS

Die echte Alternative.

AIDi-Autobahn

Bahnhofsbebauung

Baugebiete

Bürgerbeteiligung

Kinderbetreuung

Kleukensweg

Klimawandel "NRA 11"

Photovoltaik

Schwimmbad

Wald Stromausfall

Wiese am

Dorfgemeinschaftshaus
Frankenhausen

Wiese am

Frankensteiner Weg

Liebe Mühltalerinnen und Mühltaler,

im März 2021 haben Sie uns erneut mit fünf Mandaten in die Gemeindevertretung gewählt. Dafür danken wir nochmals.

Inzwischen ist die Wahlperiode von fünf Jahren bereits gut zur Hälfte vorbei. Für uns ist es an der Zeit, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Das wollen wir hier tun. Wie gewohnt möchten wir aus unserer Arbeit in der Gemeindevertretung berichten.

Wir alle leben in einer Zeit weitreichender Veränderungen. Das erfahren wir auch im kommunalpolitischen Alltag. Mehr als vielleicht in anderen Kommunen, die weiter auf dem Land liegen, spüren wir den Druck, Mühlthal zu erweitern und immer wieder neue Baugebiete auszuweisen.

Während manche das automatisch als gut empfinden, stellen wir uns zunächst viele Fragen. Was macht Mühlthal heute so lebenswert, wohin wollen wir mit unserer Entwicklung, was liegt wirklich im öffentlichen Interesse und welche Interessen wägen wir wie gegeneinander ab? Haben wir überhaupt eine Vorstellung von der Zukunft und falls ja, wie sieht diese Vorstellung aus? Ruhen wir uns nur auf wohlklingenden Schlagworten aus oder fragen wir auch nach deren Hintergründen?

Wir von FUCHS wollen zunächst die Gegenwart verstehen und die allgemeinen Anforderungen an die Zukunft zur Kenntnis nehmen. So manche städtebauliche Sünden der vergangenen Jahrzehnte geben uns Anlass, erst einmal genau zu prüfen, bevor Veränderungen auf den Weg gebracht werden. Wir wollen Mühlthal positiv entwickeln. All das ist ein Schwerpunktthema dieses aktuellen FUCHS-ABCs.

Damit machen wir Ihnen wieder das Angebot, sich über die Mühltaler Kommunalpolitik und unsere Erwägungen dazu zu informieren. Unsere Anträge und die Sitzungsprotokolle können auch auf unserer Webseite www.fuchs-muehlthal.de abgerufen werden. Suchen Sie sich heraus, was Sie interessiert. Auch hier wieder viel Spaß beim Stöbern!

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Fraktion FUCHS

Inhalt

Abwägen.....	8
Acker am Vogelteich in Traisa.....	9
ALDi-Autobahn.....	10
Alfred Fischer	11
Allgemeine städtebauliche Grundsätze	12
Allgemeine städtebauliche Grundsätze – Anwendung auf Mühlthal.....	13
Bahnhofsbebauung	15
Bahnhofsbebauung – Bürgerbeteiligung	17
Bahnhofsbus – Ausgangslage.....	18
Bahnhofsbus – Lösungsvorschlag.....	19
Baugebiete	25
Baulücken	27
Bevölkerungsentwicklung.....	29
Brücken.....	29
Bürgerbeteiligung.....	32
Bürgermeisterstichwahl.....	33
Bürokratie.....	35
Bushaltestelle Bahnhofstraße	36
Ehrenamt.....	38
Einzelinteressen	39
Entlastungsstraße.....	40
Feuerwehrstandort Nieder-Beerbach	41
Feuerwehrstandort Nieder-Ramstadt.....	42
Flächen für den Gemeinbedarf	44
Flächen für die Landwirtschaft	45
Flächennutzungsplan	46



Flächennutzungsplan – Gebietskategorien	47
Flächennutzungsplan – Gebietskategorie des „Parkplatzes an der Modau“	48
Flächenverbrauch – Ausgangslage	51
Flächenverbrauch – Forderungen	52
Flüchtlingsunterkunft	54
Freiflächenphotovoltaik	54
Freiflächenphotovoltaik Frankenhausen	55
Freiflächenphotovoltaik Frankenhausen – Bürgerbefragung	56
Frischluf़tversorgung	57
Gefälligkeiten	58
Gemeindesteuern	59
Gemeinsame Liste	60
Golfplatz Traisa	61
Grundstückspreise	62
Hinterzimmer	62
Hochwasser	63
Jobticket	64
Kinderbetreuung	65
Kinderbetreuung – Kapazitäten	65
Kindertagesstätten	66
Kindertagesstätten – Betrieb der aktuellen Einrichtungen am Dornberg	68
Kindertagesstätten – Betrieb der neuen Einrichtung am Dornberg, Ausschreibung	69
Kindertagesstätten – Betrieb der neuen Einrichtung am Dornberg, Eilantrag gegen Ausschreibung	70



Kindertagesstätten – Betrieb der neuen Einrichtung am Dornberg, Folgen aus Eilantrag gegen Ausschreibung	72
Kindertagesstätten – Betrieb der neuen Einrichtung am Dornberg, Freiheiten für alle Träger	73
Kleukensweg – Ausgangslage	75
Kleukensweg – Recherchen.....	76
Klimawandel	78
Klimawandel – Umgang in Mühltal.....	78
Klimawandelanpassung.....	79
Kompromisse.....	81
Leerstände.....	82
Mühltal entwickeln.....	83
„NRA 11“	84
Öffentliche Interessen	85
Parkinsonsche Gesetze.....	86
„Parkplatz an der Modau“	87
Photovoltaik	88
Photovoltaik in Mühltal	89
Planwirtschaft.....	91
Politische Auseinandersetzung	92
Preisgünstiger Wohnraum	93
Preisgünstiger Wohnraum – Initiativen	93
Regionalplan	94
Schritt für Schritt	96
Schule am Pfaffenberg	97
Schwimmbad – Saison.....	99
Schwimmbad – Sanierung.....	100
Sitzungsgelder.....	102



Städtebaulicher Charakter Mühltais	103
Städtebauliche Sünden	105
Steter Tropfen.....	106
Straßenbäume.....	107
Stromausfall.....	107
Symbolpolitik.....	108
Überläufer	109
Veränderungen.....	110
Vereine	111
Verkehrsberuhigung Hag.....	112
Vertrauen in Demokratie.....	113
Wahlwerbung.....	114
Wahrhaftigkeit	114
Wald.....	116
Wiese am Dorfgemeinschaftshaus Frankenhausen	117
Wiese am Frankensteiner Weg	119
Wohnraum	121



Abwägen

Die Gemeindevertretung entscheidet zwar frei über die eingebrachten Vorlagen. Die Mitglieder müssen dabei jedoch Rücksicht auf das Gemeinwohl nehmen, so will es § 35 Absatz 1 der Hessischen Gemeindeordnung. Für uns ergibt sich daraus, dass wir zunächst einmal immer danach unterscheiden, ob es bei den Vorlagen um öffentliche Interessen geht.

Anschließend fragen wir uns, mit welchen Kosten oder anderen Nachteilen wir rechnen müssen, wenn eine bestimmte Sache auf den Weg gebracht werden soll. Das stellen wir den Vorteilen gegenüber, die sich aus der Sache ergeben sollen. Auch versuchen wir immer zu ermitteln, ob sich eine Sache für die Menschen wirklich langfristig auszahlt oder ob sie vielleicht eher einer kurzfristigen Mode entspringt. All das wägen wir bei unseren Entscheidungsfindungen gegeneinander ab.

→ *Einzelinteressen, Gefälligkeiten, Öffentliche Interessen*



Acker am Vogelteich in Traisa

Nördlich des Traisaer Vogelteiches in Richtung Dippelshof erstreckte sich bislang die freie Landschaft mit Blick auf die Felder. Das harmonische Ensemble verlief bis in die Grünanlage um den Vogelteich. Ein Privatmann kaufte hier über 2.000 Quadratmeter Acker, zäunte ihn ein, setzte eine Hecke und nutzte das Areal kurzerhand als Privatgarten für sein angrenzendes Wohnhaus. Der Blick ist seither nicht mehr da. Das Gelände um den Vogelteich herum hat jetzt nur noch den Charakter einer innerörtlichen Grünanlage, der Landschaftsbezug zu den nördlichen Feldern ist weg.

Zwar hat der Grundstückseigentümer bei einer Behörde nach seinen Informationen eine befristete Zusage für sein Verhalten. Allerdings liegt es bei der Gemeindevertretung, diese Landnahme letztlich zu erlauben oder zu verweigern. Wir meinen, dass dieses Beispiel keineswegs Schule machen darf, denn dann wäre Tür und Tor geöffnet für andere, die ebenfalls ihre hinter den Häusern liegenden Äcker aufkaufen und zu Privatgärten machen wollten. Wieder einmal würde Ackerland wegfallen und Natur verbraucht.

Der Vorsitzende der lokalen CDU und Bürgermeisterkandidat hat in der Sitzung des Klima-, Umwelt- und Bauausschusses am 1. Dezember 2022 schriftlich beantragt, diese private Gartennutzung zu legalisieren. Dem Antrag war ein privater Mailverkehr zwischen ihm und dem Grundstückseigentümer beigelegt. Wir halten nicht nur die endgültige Legalisierung der eigenmächtigen Umwandlung des Ackers für falsch, wir sehen darüber hinaus das Vorgehen des CDU-Kandidaten als politisch und moralisch unzulässig an. Ein Kommunalpolitiker hat sich um das Gemeinwohl zu bemühen, er ist kein Handlungsgehilfe zur Durchsetzung von Privatinteressen. Die Umwandlung des Ackers



verfolgt nur reine Einzelinteressen. Es liegt nicht im öffentlichen Interesse, den Acker und den freien Blick aufzugeben.

- *Allgemeine städtebauliche Grundsätze, Einzelinteressen, Flächen für die Landwirtschaft, Flächenverbrauch, Frischluftversorgung, Gefälligkeiten, Öffentliche Interessen, Steter Tropfen*

AIDi-Autobahn

Der scheinbar nie enden wollende politische Streit um die Öffnung beziehungsweise die Schließung der verlängerten Alten Dieburger Straße in Trautheim zum Gewerbegebiet Flachsröße in Nieder-Ramstadt (AIDi-Autobahn) hat durch ein Urteil des Verwaltungsgerichtes Darmstadt von Februar 2022 zumindest ein vorläufiges Ende gefunden. Das Gericht hat im Ergebnis die Schließung der Straße für den motorisierten Verkehr angeordnet.

Vorausgegangen waren jahrelange Rechtsstreitigkeiten. Vor dem Urteil hatte das Verwaltungsgericht eine Mediation angeregt. Es schlug vor, dass sich die Kläger und die Gemeinde gemeinsam mit dem Gericht an einen Tisch setzen, um eine einvernehmliche Lösung zu erzielen, die allen Interessen gerecht wird. Dieser Güteversuch wurde zwar gestartet, dann aber durch die Gemeinde und die politische Mehrheit leider einseitig beendet.

FUCHS ist unabhängig von diesem Fall grundsätzlich der Auffassung, dass solche von einem Gericht ergehenden Angebote immer angenommen und auch mit einem Ergebnis beendet werden sollten. Denn die Lösungen sollten immer so sein, dass alle damit irgendwie leben können.

In seinem Urteil stellte das Gericht insbesondere fest, dass es unzulässig gewesen sei, den ehemaligen Feldweg ohne ein dafür vorgesehenes Verfahren zu



einer faktischen Durchgangsstraße ausgebaut zu haben. Das Verwaltungsgericht benennt in der Entscheidung auch die hohen Anforderungen, die eingehalten werden müssten, wenn ein solcher Feldweg faktisch für den Durchgangsverkehr ausgebaut werden soll, der dann auch durch ein reines Wohngebiet fließt.

Zwar hat die Gemeindevertretung anschließend im Frühjahr 2022 mit knapper Mehrheit beschlossen, den Ausbau der AIDi-Autobahn dennoch anzugehen. Das dürfte allerdings eher ein politisch motiviertes Manöver sein, um die Anwohner der Bergstraße/Stiftstraße zu beruhigen. Denn faktisch dürfte eine regelkonforme Umwidmung des Feldweges kaum möglich sein und überdies Kosten in Millionenhöhe verschlingen.

Daher hatte FUCHS zur Entlastung der Bergstraße/Stiftstraße von vornherein auf den Bau einer Entlastungsstraße in Zusammenhang mit dem Neubaugebiet am Dornberg gesetzt. Nach Schließung der AIDi-Autobahn haben wir auch Sofortmaßnahmen zur Verkehrsberuhigung im Hag vorgeschlagen.

→ *Entlastungsstraße, Kompromisse,
Verkehrsberuhigung Hag*

Alfred Fischer

Alfred Fischer war ein echtes Mühltaler Urgestein, auch wenn es unsere Gemeinde unter diesem Namen erst seit 1977 gibt. Er hatte ein Vermessungsbüro, er war viel im Ausland und er kannte damit auch den Blick von außen auf Mühlthal. Als langjähriges Mitglied des Gemeindevorstandes hat er aus zweiter Reihe immer wieder versucht, für Mühlthal positive Entwicklungen anzustoßen. Seine geschäftliche Erfahrung hat er dabei voll in den Dienst der Gemeinde gestellt. Alfred Fischer war zwar formal für die SPD tätig, seine Kompetenz



wurde aber auch von anderen Parteien anerkannt und geschätzt. Im Alter ist er noch einmal sportlich aktiv geworden und nahm sogar weltweit an zahlreichen Seniorenwettkämpfen teil.

Viele Mühltaler Vereine und Organisationen profitierten immer wieder auch von seinen persönlichen Spenden. Dabei ging es ihm – und das ist leider nicht selbstverständlich – nie darum, sich damit selbst zu profilieren, sondern es ging ihm immer um die Sache selbst. Er wollte als Spender in aller Regel noch nicht einmal benannt werden. Mit seinen Zuwendungen verknüpfte er nie die Erwartung, ihn selbst besser zu stellen. Alfred Fischer ist 2021 im Alter von 94 Jahren verstorben. Wir von FUCHS blicken mit großer Hochachtung auf Alfred Fischer und sein Lebenswerk.

Allgemeine städtebauliche Grundsätze

Für die Siedlungsplanung bzw. den Städtebau ist die Gemeinde aufgrund ihrer Stellung auf Mühltaler Gebiet grundsätzlich zuständig. Das hat Vorteile, denn die Kommune selbst kann – von Ausnahmen abgesehen – sagen, was sie auf ihrem Gebiet will und was nicht. Es hat aber auch Nachteile, denn für eine gute Siedlungsplanung ist viel Fachwissen erforderlich, das in einer Gemeinde wie Mühlthal oft nicht vorhanden ist.

Zwar sieht der für Mühlthal einschlägige „Regionalplan Südhessen“ auch für Mühlthal bereits umfangreiche Planungen vor. Der Plan wurde mit viel Expertenkompetenz im Regierungspräsidium erarbeitet und in der Regionalversammlung auch politisch beschlossen. Darin wurden allgemeine städtebauliche Grundsätze angewendet, die dann mit Blick auf die jeweiligen Besonderheiten der einzelnen Kommunen vertieft wurden. Jedoch liegt das letzte Wort in Sachen städtebaulicher Planung



zumeist doch bei der Gemeindevertretung. Es fällt in diesem Zusammenhang auf, dass die zuständigen oberen Behörden leider nur selten darauf drängen, dass sich die Gemeinde an den klugen Leitsätzen des Regionalplanes auch wirklich orientiert.

➔ *Abwägen, Acker am Vogelteich, Allgemeine städtebauliche Grundsätze – Inhalte, Baugebiete, Baulücken, Bevölkerungsentwicklung, Flächen für die Landwirtschaft, Flächennutzungsplan, Flächenverbrauch, Frischluftversorgung, Klimawandel – Anpassung, Leerstände, Mühlthal entwickeln, „NRA 11“, „Parkplatz an der Modau“, Regionalplan, Städtebaulicher Charakter Mühlthals, Wiese am Dorfgemeinschaftshaus Frankenhausen, Wiese am Frankensteiner Weg, Wohnraum*

Allgemeine städtebauliche Grundsätze – Anwendung auf Mühlthal

Im Sommer 2023 haben wir in der Gemeindevertretung vorgeschlagen, dass sich Politik und Verwaltung bei der Ausweisung von Bauland an den einschlägigen städtebaulichen Grundsätzen orientieren sollten. Diese Grundsätze haben nicht wir erfunden, sie sind beispielsweise im Baugesetzbuch und im Landesentwicklungsplan niedergelegt. Danach benannten wir die folgenden Planungsgrundsätze:

Bevor neue Flächen im Außenbereich verbraucht werden, soll zunächst der Innenbereich genutzt werden. Ferner soll die Erschließung neuer Baugebiete durch Kraftfahrzeuge nach Möglichkeit nicht durch bereits vorhandene Wohngebiete verlaufen. Neue Baugebiete sollen besser durch Straßen erschlossen werden, die ohnehin bereits eine Funktion als übergeordnete Sammelstraßen haben, nicht durch Wohnstraßen. Auch sollten neue



Baugebiete eine gute Anbindung an Radwege und an den ÖPNV haben.

Die Belange des Natur-, Umwelt- und Klimaschutzes sollen besonders berücksichtigt werden. Dazu zählt beispielsweise auch die Versorgung der vorhandenen Siedlungsflächen mit Frischluft. Neue Bauflächen sollen eine unmittelbare Anbindung an bestehende Bebauung haben. Der soziale Kontext zum Bestand soll sich durch Nähe dazu ausdrücken. Mit neuen Baugebieten soll auch dafür gesorgt werden, daß Menschen mit geringem Einkommen unmittelbar Wohnraum erhalten können.

Beidseitige Beeinträchtigungen neuer Baugebiete durch schädigende Umwelteinflüsse wie laute Straßen oder Bahnstrecken sollen vermieden werden. Einseitiger Straßenlärm etwa dürfte aber nicht immer vermeidbar sein. Auch sollen neue Baugebiete die zukünftige Entwicklung von Anlagen nicht beeinträchtigen, die im öffentlichen Interesse liegen.

Über diese Grundsätze hinaus regten wir an, dass – soweit dies städtebaulich vertretbar ist – der aus der Ausweisung eines neuen Baugebietes entstehende Planungsgewinn der Gemeinde zukommen soll. Er soll nicht privatisiert werden, sondern der Gemeinde zufallen, um damit öffentliche Aufgaben zu erfüllen.

Damit wollten wir auch ein Bewusstsein bei den Entscheidungsträgern dafür schaffen, dass es diese allgemeinen Planungsgrundsätze überhaupt gibt – und natürlich sollen sie unserer Auffassung nach auch in Mühlthal angewendet werden. Eine Mehrheit in der Gemeindevertretung wollte am 18. Juli 2023 auf Antrag aus der SPD über die Anwendung der einzelnen aufgelisteten allgemeinen Planungsgrundsätze auch durch die Mühlthaler Politik nicht einzeln abstimmen. Unser Antrag



wurde daraufhin von den anderen Fraktionen pauschal abgelehnt. Das fanden wir sehr bedauerlich, wir hätten uns gewünscht, dass diese allgemeinen Planungsgrundsätze auch in Mühlthal durch die Politik anerkannt werden.

→ *Abwägen, Acker am Vogelteich, Allgemeine städtebauliche Grundsätze, Baugebiete, Baulücken, Bevölkerungsentwicklung, Flächennutzungsplan, Flächenverbrauch, Frischluftversorgung, Klimawandel - Anpassung, Leerstände, Mühlthal entwickeln, „NRA 11“, Parkinsonsches Gesetz, „Parkplatz an der Modau“, Regionalplan, Städtebaulicher Charakter Mühlthals, Wiese am Dorfgemeinschaftshaus Frankenhausen, Wiese am Frankensteiner Weg, Wohnraum*

Bahnhofsbebauung

Eine mögliche großflächige Bebauung hinter dem Bahnhof ist seit langem ein besonderer Zankapfel der Mühlthaler Kommunalpolitik. Immer wieder wechselnde Investoren mit immer umfangreicheren Bebauungsplänen dokumentieren, dass dort vor allem Geld verdient werden soll. Das ist aus der Sicht der Investoren nachvollziehbar. Die Kommunalpolitik hat dabei aber öffentliche Interessen zu vertreten. Zwar sprach die CDU in diesem Zusammenhang davon, dass man eine „Verantwortung gegenüber dem Investor“ habe. Das ist falsch und ein grobes Missverständnis unserer Ordnung, denn schon die Hessische Gemeindeordnung verlangt nach § 35 von der Gemeindevertretung die Rücksicht auf das Gemeinwohl, nicht jedoch Rücksicht auf Investoreninteressen.

Die öffentlichen Interessen am Bahnhof gehen dahin, dort keine gesonderte Splittersiedlung entstehen zu lassen, die Frischluft weiter störungsfrei vom Mittelbachtal nach Nieder-



Ramstadt fließen zu lassen, die Verkehrssituation am Bahnhof und an der Einmündung in die B 449 nicht noch weiter zu verschärfen, die Entwicklungsmöglichkeiten des Bahnhofes nicht unnötig zu beschränken und die Natur dort nicht ohne Not preiszugeben. Es ist also kein überwiegendes öffentliches Interesse erkennbar, das Areal mit Wohnbebauung zu versehen, zumal diese gleich von zwei Seiten mit Verkehrslärm belastet wäre. Sie läge nämlich genau zwischen der Bahnstrecke und der Bundesstraße. Schon ganz offenkundig entstünde auch kein preiswerter Wohnraum.



Grüne und FDP haben jetzt einen gemeinsamen Antrag gestellt, den Aufstellungsbeschluss für das Baugebiet erst einmal aufzuheben. Das halten auch wir für klug, weil ein solches Baugebiet nicht im öffentlichen Interesse liegt. Der gute Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen, lediglich die CDU fühlte sich in der Ausschusssitzung am 25. Januar 2024 offenbar mehr dem Investor gegenüber verantwortlich und wollte an dem Aufstellungsbeschluss für ein Baugebiet dort festhalten.

➔ *Allgemeine städtebauliche Grundsätze,
Bahnhofsbebauung - Bürgerbeteiligung, Baugebiete,*



Bahnhofsbebauung – Bürgerbeteiligung

Gegen das umstrittene Baugebiet am Bahnhof wurde im Sommer 2020 ein Bürgerbegehren gestartet. 1.262 Mitbürgerinnen und Mitbürger forderten mit guten Gründen, einen Bürgerentscheid über das mehrheitlich von der Gemeindevertretung beschlossene Ansinnen durchzuführen, hinter dem Bahnhof ein Baugebiet zu errichten. Aus rein formalen Gründen, weil der Bürgermeister den Aufstellungsbeschluss dazu vor Abschluss der eingelegten Rechtsmittel veröffentlichte, wurde das Begehren, über das Baugebiet die Bürgerschaft abstimmen zu lassen, bereits im Vorfeld verwaltungsgerichtlich abgelehnt.

Vor diesem Hintergrund sowie der Tatsache, dass die Menschen immer weniger Vertrauen in unsere Ordnung haben und sich insbesondere auf kommunaler Ebene mehr Mitsprache wünschen, haben wir im September 2023 in der Gemeindevertretung beantragt, die Bürgerschaft entweder anlässlich der Bürgermeisterwahl oder der Europawahl im kommenden Jahr zu befragen, ob das Baugebiet dort tatsächlich umgesetzt werden soll. Das so entstandene Meinungsbild der Bürgerschaft wäre für die Politik eine ganz hervorragende Entscheidungshilfe gewesen. Der Antrag wurde von CDU, Grünen, Teilen der SPD, FDP, „Beerwischern“ und „Mühlhaltern“ mehrheitlich abgelehnt. Teile der SPD, ein Grüner und „SoKU-Links“ enthielten sich.

- ➔ *Bahnhofsbebauung, Bürgerbeteiligung,
Freiflächenphotovoltaik Frankenhausen –
Bürgerbefragung, Vertrauen in Demokratie*



Bahnhofsbus – Ausgangslage

Mit dem Bahnhof Mühlthal zwischen Nieder-Ramstadt und Traisa ist die Gemeinde grundsätzlich erst einmal gut aufgestellt. Die Züge fahren stündlich jeweils um die volle Stunde herum in beide Fahrtrichtungen. Darmstadts Bahnhöfe sind in wenigen Minuten erreicht, zum Frankfurter Hauptbahnhof dauert es 29 Minuten. Hier ist der Zug dem eigenen Auto klar überlegen. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) funktioniert, soweit es um den eigentlichen Fahrplan geht, wobei die Unzuverlässigkeit des Betriebes durch die Kommune nicht behoben werden kann.

Eher problematisch wird es jedoch für viele Menschen, wenn sie aus Mühlthal zum Bahnhof selbst gelangen wollen. Er ist zwar zu Fuß vom Ortskern Nieder-Ramstadts und vom südlichen Teil Traisas aus recht gut zu erreichen. Die Ortsteile Nieder-Beerbach, Frankenhausen und Waschenbach liegen weit entfernt, ebenso das Nieder-Ramstädter Gewerbegebiet Ruckelshausen mit vielen Arbeitsplätzen und die weiter südlich gelegenen Teile Nieder-Ramstadts sowie Trautheim. Im Fall Trautheim kommt die B 449 als besondere Barriere hinzu, auch der Weg über den Ebing ist von der Anhöhe zum Steinbruchtheater herab nicht wirklich ausgebaut.

Zwar fährt über Nieder-Ramstadt ein Bus am Bahnhof vorbei. Dieser ist jedoch nicht an die Fahrzeiten der Bahn gekoppelt und es muss noch ein steiler und im Winter oft dunkler Fußweg genommen werden. Von Trautheim Süd aus ist es nur sehr umständlich möglich, den Bahnhof per Bus zu erreichen. Im Ergebnis sinkt durch die schlechte Erreichbarkeit per Bus und damit mit dem ÖPNV die Attraktivität des Bahnhofes wieder.

→ *Bahnhofsbus – Lösungsvorschlag*



Bahnhofsbus – Lösungsvorschlag

FUCHS hat das Problem der schlechten Erreichbarkeit des Bahnhofes mit dem Bus strukturiert durchleuchtet. Wir haben eine Buslinie vorgeschlagen, die von Frankenhausen über Waschenbach, die Nieder-Ramstädter Gebiete Hag und Dornberg und sodann über Trautheim Süd an den Bahnhof führt. Dabei kommt der Bus rechtzeitig jeweils so am Bahnhof an, dass der stündliche Zug in Richtung Darmstadt und Frankfurt erreicht wird, also regelmäßig kurz vor der vollen Stunde. Die Abfahrt des Busses in Richtung Frankenhausen ist dann jeweils nachdem die Züge sowohl aus dem Odenwald wie auch aus Richtung Darmstadt/Frankfurt eingelaufen sind, also kurz nach der vollen Stunde. Der Bus sollte direkt oben am Bahnhof drehen, was laut der zuständigen Nahverkehrsorganisation Dadina grundsätzlich möglich wäre.

Bis in die Mittagsstunden fährt der Bahnhofsbus vom Bahnhof aus ergänzend über das Gewerbegebiet Ruckelshausen. Nach den Mittagsstunden fährt der Bus von Frankenhausen aus über Ruckelshausen. Damit wird auch das Gewerbegebiet ideal an den Bahnhof angebunden, und zwar der Nachfrage entsprechend morgens vom Bahnhof zu den Arbeitsplätzen dort und am Nachmittag von den dortigen Arbeitsplätzen zum Bahnhof.

Der Betrieb des Bahnhofsbusse könnte auf die Werktage bis gegen 19:00 Uhr beschränkt bleiben, er könnte aber auch rund um den gesamten Zugbetrieb eingesetzt werden. Für die Linie wäre nur ein einziger Bus erforderlich. Wir haben den möglichen Maximalfahrplan auf den nächsten Seiten abgedruckt.

Unser Anliegen an die Gemeindevertretung war es, dieses Buslinienkonzept der Dadina gemeinsam mit



anderen Überlegungen zur Prüfung vorzulegen. Die Nahverkehrsorganisation sollte auch gebeten werden, die Kosten darzustellen, die sich aus dem Linienbetrieb möglicherweise für die Gemeinde ergeben könnten. Um mehr ging es uns erst einmal nicht. Die Gemeindevertretung hätte mit diesem durch die Dadina dargestellten Wissen auf ganz fundierter Basis anschließend darüber befinden können. Leider wollten alle anderen Fraktionen diese von uns vorgeschlagene Prüfung des Bahnhofsbusses nicht und lehnten unser Anliegen am 16. Mai 2023 in der Gemeindevertretung ab.

→ *Bahnhofsbuss - Ausgangslage*





Buslinie Frankenhausen - Mühlthal Bahnhof
Fahrplanbeurteilung November 2022

Basis: Zugfahrplan 2023 mit abendlichen Erweitierungen

	Bus		Bus		Bus		Bus		Bus		Bus		Bus		Bus	
	Weg 01	Weg 02	Weg 01	Weg 02	Weg 01	Weg 02	Weg 01	Weg 02	Weg 01	Weg 02	Weg 01	Weg 02	Weg 01	Weg 02	Weg 01	Weg 02
Fahrnummer	1	3	5	7	9	11	13	15	17	19	21	23				
Frankenhausen, Eichelsweg	5:18	6:19	7:29	8:35	9:35	10:35	11:35	12:34	13:24	14:24	15:24	16:24				
Wieschenloch, Ortsmitte	5:18	6:22	7:32	8:38	9:38	10:38	11:38	12:27	13:27	14:27	15:27	16:27				
Wachsenbach, W. Mühle	5:19	6:23	7:33	8:39	9:39	10:39	11:39	12:28	13:28	14:28	15:28	16:28				
Nieder-Ramstadt, Penultime	5:20	6:24	7:34	8:40	9:40	10:40	11:40	12:29	13:29	14:29	15:29	16:29				
Nieder-Ramstadt, Friedhof	5:21	6:25	7:35	8:41	9:41	10:41	11:41	12:30	13:30	14:30	15:30	16:30				
Nieder-Ramstadt, Schneckenmühle	5:22	6:26	7:36	8:42	9:42	10:42	11:42	12:31	13:31	14:31	15:31	16:31				
Nieder-Ramstadt, Gewerbepark								12:35	13:35	14:35	15:35	16:35				
Nieder-Ramstadt, Am Alten Graben								12:35	13:35	14:35	15:35	16:35				
Nieder-Ramstadt, Am der Bruchmühle								12:37	13:37	14:37	15:37	16:37				
Nieder-Ramstadt, Kohlbergweg	5:24	6:28	7:38	8:44	9:44	10:44	11:44	12:38	13:38	14:38	15:38	16:38				
Nieder-Ramstadt, Am Fleckenplatz	5:26	6:30	7:40	8:46	9:46	10:46	11:46	12:40	13:40	14:40	15:40	16:40				
Nieder-Ramstadt, Pfaffenbergschule	5:27	6:31	7:41	8:47	9:47	10:47	11:47	12:41	13:41	14:41	15:41	16:41				
Trauchheim, Im Wiesengrund	5:29	6:33	7:43	8:49	9:49	10:49	11:49	12:43	13:43	14:43	15:43	16:43				
Trauchheim, Im Ellengrund	5:30	6:34	7:44	8:50	9:50	10:50	11:50	12:44	13:44	14:44	15:44	16:44				
Trausa, B 449	5:32	6:36	7:46	8:52	9:52	10:52	11:52	12:46	13:46	14:46	15:46	16:46				
Mühlthal, Bahnhof	5:35	6:39	7:49	8:55	9:55	10:55	11:55	12:49	13:49	14:49	15:49	16:49				
Zug Mühlthal	5:40	6:44	8:02	9:02	10:02	11:02	12:02	13:02	14:02	15:02	16:02	17:02				
Zug Frankfurt Hbf	6:16	7:20	8:32	9:32	10:32	11:32	12:32	13:32	14:32	15:32	16:32	17:32				
Zug Mühlthal			7:54				12:54		13:54		14:54	15:54	16:54			
Zug Wachsenbach			8:15				13:15		14:15		15:15	16:15	17:15			

Büchlin Frickenhäuser - Mühlthal Bahnhof
 Fahrpläne November 2022
 Basis: Zugfahrplan 2023 mit abendlichen Erweiterungen

Fahrnummer	Bus		Bus		Bus		Bus		Bus		Bus		Bus	
	Weg 01	Weg 01	Weg 01	Weg 01	Weg 01	Weg 01	Weg 01	Weg 01	Weg 01	Weg 01	Weg 01	Weg 01	Weg 01	Weg 01
	25	27	29	31	33	35	37	39	41					
Frankenhäuser, Echelweg	17:24	18:24	19:24	20:24	21:29	22:29	23:29	0:29	1:29					
Wasenbach, Obstraße	17:27	18:27	19:27	20:27	21:32	22:32	23:32	0:32	1:32					
Wasenbach, W. Mühle	17:28	18:28	19:28	20:28	21:33	22:33	23:33	0:33	1:33					
Nieder-Ramsdorf, Pflanzhöhe	17:29	18:29	19:29	20:29	21:34	22:34	23:34	0:34	1:34					
Nieder-Ramsdorf, Friedhof	17:30	18:30	19:30	20:30	21:35	22:35	23:35	0:35	1:35					
Nieder-Ramsdorf, Schneckenmühle	17:31	18:31	19:31	20:31	21:36	22:36	23:36	0:36	1:36					
Nieder-Ramsdorf, Genserbühl	17:35	18:35	19:35	20:35										
Nieder-Ramsdorf, Am Alten Graben	17:35	18:35	19:35	20:35										
Nieder-Ramsdorf, Am Bruchelöhe	17:37	18:37	19:37	20:37										
Nieder-Ramsdorf, Korbbergweg	17:38	18:38	19:38	20:38	21:38	22:38	23:38	0:38	1:38					
Nieder-Ramsdorf, Am Fiednerplatz	17:40	18:40	19:40	20:40	21:40	22:40	23:40	0:40	1:40					
Nieder-Ramsdorf, Pflanzerschule	17:41	18:41	19:41	20:41	21:41	22:41	23:41	0:41	1:41					
Frauchheim, Im Wiesengrund	17:43	18:43	19:43	20:43	21:43	22:43	23:43	0:43	1:43					
Frauchheim, Im Ellengrund	17:44	18:44	19:44	20:44	21:44	22:44	23:44	0:44	1:44					
Tranis, B 449	17:46	18:46	19:46	20:46	21:46	22:46	23:46	0:46	1:46					
Mühlthal, Bahnhof	an	18:49	19:49	20:49	21:49	22:49	23:49	0:49	1:49					
Zug Mühlthal	18:02	19:02	20:02	21:02	22:02	23:02	0:02							
Zug Frankfurt Hbf	18:32	19:32	20:32	21:32	22:32	23:32	0:32							
Zug Mühlthal	17:54	18:54	19:54	20:54	21:54	22:54	23:54	0:54	1:54					
Zug Webersbach	18:15	19:15	20:15	21:15	22:15	23:15	0:15	1:15	2:15					



			5:22	5:40	6:20	7:40	8:40	9:02	10:00	10:40	11:02											
	Zug Weizenbach	an																				
	Zug Mühlthal		5:40	6:02	7:00	8:02	9:02	10:00	10:40	11:02												
	Zug Friedberg Hbf		5:33	7:28	8:25	9:25	10:25	11:25	12:25	13:25	14:25	15:25	16:25									
	Zug Mühlthal	an	6:18	7:54	8:54	9:54	10:54	11:54	12:54	13:54	14:54	15:54	16:54									
			Bus	Bus	Bus	Bus	Bus	Bus	Bus	Bus	Bus	Bus	Bus									
			Weg 01	Weg 01	Weg 01	Weg 01	Weg 01	Weg 01	Weg 01	Weg 01	Weg 01	Weg 01	Weg 01	Weg 01								
	Fahrplanlinie		2	4	6	8	10	12	14	16	18	20	22	24								
	Mühlthal, Bahnhof		5:45	6:50	8:05	9:05	10:05	11:05	12:05	13:05	14:05	15:05	16:05									
	Trilsau, B 449		5:48	6:53	8:08	9:08	10:08	11:08	12:08	13:08	14:08	15:08	16:08									
	Frauchheim, Im Erbsengrund		5:50	6:55	8:10	9:10	10:10	11:10	12:04	13:04	14:04	15:04	16:04									
	Frauchheim, Im Wiesengrund		5:51	6:56	8:11	9:11	10:11	11:11	12:05	13:05	14:05	15:05	16:05									
	Nieder-Rarnstadt, Pfaffenbergschule		5:52	6:57	8:12	9:12	10:12	11:12	12:06	13:06	14:06	15:06	16:06									
	Nieder-Rarnstadt, Am Flederplatz		5:53	6:58	8:13	9:13	10:13	11:13	12:07	13:07	14:07	15:07	16:07									
	Nieder-Rarnstadt, Kuhnbergweg		5:56	7:01	8:16	9:16	10:16	11:16	12:10	13:10	14:10	15:10	16:10									
	Nieder-Rarnstadt, Gewerbestraße		6:52	7:57	9:22	10:22	11:22	12:22	13:22	14:22	15:22	16:22										
	Nieder-Rarnstadt, Am Alten Graben		6:52	7:57	9:22	10:22	11:22	12:22	13:22	14:22	15:22	16:22										
	Nieder-Rarnstadt, An der Brauerei		6:54	7:59	9:24	10:24	11:24	12:24	13:24	14:24	15:24	16:24										
	Nieder-Rarnstadt, Schwaackemühle		6:56	7:11	8:26	9:26	10:26	11:26	12:12	13:12	14:12	15:12	16:12									
	Nieder-Rarnstadt, Friedhof		6:57	7:12	8:27	9:27	10:27	11:27	12:13	13:13	14:13	15:13	16:13									
	Nieder-Rarnstadt, Postmühle		6:57	7:12	8:27	9:27	10:27	11:27	12:13	13:13	14:13	15:13	16:13									
	Weizenbach, W. Mühle		6:58	7:13	8:28	9:28	10:28	11:28	12:14	13:14	14:14	15:14	16:14									
	Weizenbach, Ortsstraße		6:59	7:14	8:29	9:29	10:29	11:29	12:15	13:15	14:15	15:15	16:15									
	Frankenthalen, Eisenbahn	an	6:13	7:18	8:33	9:33	10:33	11:33	12:19	13:19	14:19	15:19	16:19									



Baugebiete



In den vergangenen Jahren hat die Gemeindevertretung mehrere neue Baugebiete ausgewiesen. Sie sind teilweise noch überhaupt nicht bebaut und sollen angeblich auch, wie im Fall Dornberg, erst nach und nach faktisch umgewandelt werden, obwohl das Baurecht schon besteht. Dennoch sind die Begehrlichkeiten sehr groß, den Abschluss der bereits beschlossenen Baugebiete nicht erst einmal abzuwarten, sondern parallel noch immer mehr Freiflächen in Bauland umzuwandeln.

Dabei fällt auf, dass diese Begehrlichkeiten regelmäßig zunächst einmal Einzelinteressen bedienen. Selbstverständlich ist es legitim, Einzelinteressen vorzubringen, die hier auf die Ausweisung von Bauland gerichtet sind. Gängig ist dabei auch, diese Einzelinteressen in das Gewand des öffentlichen Interesses zu kleiden. Es bleibt aber Aufgabe der Politik, zunächst einmal öffentliche Interessen zu vertreten und mit Urteilsvermögen zu erkennen, welche Interessen in erster Linie bedient werden sollen.

Für FUCHS geht es um dreierlei: Bevor die Verwaltung mit der weiteren Umwandlung immer weiterer Freiflächen belastet wird, müssen erst



einmal Pflichtaufgaben wie eine zukunftsfähige Wasserversorgung und die Herstellung ausreichender Kinderbetreuungsplätze gesichert sein. Ferner ist der Grundsatz der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung einzuhalten. Auch die Teilnahme am integrierten kommunalen Entwicklungskonzept (IKEK) des Landes Hessen war grundsätzlich an die Bedingung geknüpft, erst einmal die ohnehin in den Siedlungsbereichen liegenden Flächen zu nutzen und keine Außenbereiche zu bebauen. Das ist auch für uns eine goldene Regel.

Und schließlich fragen wir genau, in wessen Interesse Baugebiete ausgewiesen werden sollen. Geht es wie gewöhnlich in erster Linie um Einzelinteressen? Soll mit der Ausweisung wieder einmal vor allem privates Geld verdient werden, was ja aus Sicht der Privaten völlig in Ordnung ist? Dann sind wir vorsichtig bis ablehnend.

Wenn aber die öffentliche Hand, also die Gemeinde, der Landkreis, das Land Hessen oder der Bund, an der Ausweisung eines Baugebietes einmal viel Geld verdient, dann sehen wir das durchaus positiv, sofern auch die städtebauliche Seite stimmt. Damit wird schließlich der Steuerzahler geschont, wenn auch einmal die öffentliche Hand auf diese Art zu viel Geld kommt. Sehr offen wären wir beispielsweise auch, wenn eine seriöse gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft dauerhaft preisgünstigen Wohnraum, vielleicht sogar mit unterschiedlichen und altersgerechten Angeboten, schaffen wollte. Daran besteht ein öffentliches Interesse. Das würden wir begrüßen.

Allerdings, und das ist leider ein recht sicherer Erfahrungswert: Diese im öffentlichen Interesse agierenden Anbieter von günstigem Wohnraum müssen erst gesucht werden. Die anderen, die dann teuren Wohnraum anbieten, kommen von sich aus und wissen in der Regel ganz genau, an welchen



Stellschrauben sie drehen müssen, um die Politik in ihrem Sinne zu bewegen. Das ist nicht verboten. Geboten ist es indes, dass die Politik hier genau hinschaut, um was es wirklich geht. Das ist immer wieder unser Anspruch.

➔ *Abwägen, Allgemeine städtebauliche Grundsätze, Bahnhofsbebauung, Baulücken, Bevölkerungsentwicklung, Einzelinteressen, Flächennutzungsplan, Flächenverbrauch, Frischluftversorgung, Gefälligkeiten, Grundstückspreise, Leerstände, Mühlthal entwickeln, Öffentliche Interessen, Preisgünstiger Wohnraum, Regionalplan, Schritt für Schritt, Schule am Pfaffenberg, Steter Tropfen, Veränderungen, Wohnraum*

Baulücken

Um die Frage zu beantworten, ob neue Baugebiete ausgewiesen werden sollten, wird erst einmal ermittelt, ob der Platz für weitere Bebauung in den bereits vorhandenen Baugebieten denn überhaupt schon ausgeschöpft ist. Der städtebauliche Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ greift hier voll durch. Erst dann, wenn kein Raum mehr für eine Innenentwicklung vorhanden ist, wenn es also keine freien Baugrundstücke in bereits bestehenden Baugebieten mehr gibt, soll über neue Baugebiete nachgedacht werden.

Für die Vorbereitung zum neuen Flächennutzungsplan hat ein Ingenieurbüro umfangreiche Ermittlungen in ganz Mühlthal durchgeführt. Diese haben ergeben, dass es in jedem Ortsteil noch zahlreiche Baulücken gibt. Es ist noch viel Platz vorhanden, um in ganz Mühlthal in den schon bestehenden Baugebieten weiter zu bauen. Hinzu kommt, dass ohnehin oft noch „nachverdichtet“ wird. Insbesondere werden auf bestehenden



Baugrundstücken weitere Gebäude errichtet. Auch gibt es in Mühlthal in vielen Wohngebäuden Leerstände. All das belegt, dass gegenwärtig nicht noch weitere neue Baugebiete angestoßen werden müssen, zumal bereits größere Neubaugebiete schon beschlossen, aber noch nicht bebaut sind.

Hinzu tritt der Umstand, dass im Mühltaler Umland inzwischen manche neu ausgewiesenen Baugebiete kaum nachgefragt werden. Die wirtschaftliche Lage ist anders als noch vor drei Jahren. In diesen anderen Kommunen mit dem freien Bauland ist die Infrastruktur für neue Wohngebiete bereits vorhanden. Wenn nun Mühlthal auch noch weiteres Bauland ausweisen würde, so entstünde ein zunehmender Verdrängungswettbewerb. Folge wäre, dass es in anderen Kommunen zwar viele freie Bauplätze mit der nötigen Infrastruktur wie Wasserversorgung und Kindergartenplätze gäbe, aber nur wenig Menschen, die das Angebot auch nutzen würden. In Mühlthal dagegen würden Baugebiete geschaffen, die zwar wegen der hiesigen Attraktivität vermutlich eher nachgefragt würden, allerdings gäbe es hier nicht die erforderliche Infrastruktur. Das passt so nicht. Der Anspruch von FUCHS ist es daher, auch hier immer in Zusammenhängen zu denken.

→ *Abwägen, Allgemeine städtebauliche Grundsätze, Bahnhofsbebauung, Baugebiete, Bevölkerungsentwicklung, Einzelinteressen, Flächennutzungsplan, Flächenverbrauch, Frischluftversorgung, Gefälligkeiten, Grundstückspreise, Leerstände, Mühlthal entwickeln, Öffentliche Interessen, Preisgünstiger Wohnraum, Regionalplan, Schritt für Schritt, Schule am Pfaffenberg, Steter Tropfen, Veränderungen, Wohnraum*



Bevölkerungsentwicklung

Nach intensiven Ausarbeitungen des Landkreises Darmstadt-Dieburg, die im August 2023 veröffentlicht wurden, haben wir auch in Mühlthal eine sogenannte negative Bevölkerungsentwicklung. In unserer Gemeinde werden nach den einschlägigen Berechnungen zukünftig weniger Menschen leben. Für den 31.12.2022 geht die Statistik des Landkreises noch von 13.922 Menschen in Mühlthal aus. Im Jahr 2033 dürften in Mühlthal nach einem Mix der Prognosen etwa 13.290 Menschen leben, im Jahr 2047 etwa 11.885 Menschen. Natürlich können das nur Schätzungen sein, allerdings sind dies die Zahlen, an denen wir uns als Kommunalpolitik orientieren, denn es gibt keine verlässlicheren Prognosen.

→ *Allgemeine städtebauliche Grundsätze, Baugebiete, Baulücken, Leerstände, Preisgünstiger Wohnraum, Wohnraum*

Brücken

Brücken sind mitunter notwendig, um insbesondere Gewässer, Straßen und Bahnstrecken zu über- oder unterqueren. Brücken kosten auch viel Geld, und zwar sowohl in der Anschaffung wie auch in der laufenden Unterhaltung. Zwar gibt es Exemplare, die nach der Errichtung ausgesprochen preisgünstig sind.

Die Brücken über die Bahn am Traisaer Hüttchen und unter der Bahn in der Nähe des Bahnhofes sind Beispiele dafür. Sie gibt es seit 1870 und sie haben seither kaum Geld gekostet. Bei deren Konstruktion war Stahl kaum erforderlich. Diese Dauerhaftigkeit wird heute oft auch als Nachhaltigkeit bezeichnet, weil dieses „Produkt“ Brücke eben nicht immer wieder erneuert werden muss. Viele neuere Brücken müssen indes regelmäßig immer wieder



grundhaft saniert werden, weswegen sie auch im Unterhalt gewöhnlich recht teuer sind.



Sanierungskosten können schnell die Höhe der Kosten für einen Neubau erreichen. Im Investitionsprogramm der Gemeinde Mühlthal wurden 2018 beispielsweise schon für die kleine Brücke Ober-Ramstädter Straße / Unterer Schachenmühlenweg über die Modau zu den Preisen von vor sechs Jahren bereits 600.000 Euro angesetzt. Beim Unterhalt der Brücken handelt es sich um eine gesetzliche Pflichtaufgabe, der die Gemeinde nicht ausweichen kann. FUCHS versucht immer vorausschauend zu agieren. Die Folgekosten jeder Maßnahme haben wir heute bereits vor Augen, sie belasten die Gemeinde in der Zukunft und sie belasten die Zukunft der Gemeinde.



Daher haben wir auch sehr genau hingesehen, als der Gemeinde in Zusammenhang mit dem Beschluss zum „Parkplatz an der Modau“ zwei Brücken „geschenkt“ wurden. Es wurden uns nämlich nur Brücken, welche die Gemeinde selbst gar nicht brauchte, „geschenkt“, nicht jedoch der zukünftige Unterhalt, den die Gemeinde nun aber zwingend übernehmen muss. Selbst einen möglichen späteren Abriss müsste allein die Gemeinde bezahlen.

Dazu hatten wir Anträge gestellt. Sie liefen im Ergebnis darauf hinaus, dass die Gemeinde zukünftig auch von den Unterhaltskosten freigestellt werden sollte beziehungsweise diese auf maximal 2.000 Euro jährlich begrenzt werden sollten. Schließlich werden die Brücken nicht im Interesse der Gemeinde errichtet, sondern auf Veranlassung eines Unternehmens. Damit wollten wir zukünftige Generationen nicht mit Kosten belasten, die heute bereits vermeidbar wären. Unsere Anträge wurden in der Sitzung der Gemeindevertretung vom 13. Dezember 2022 bei einigen Enthaltungen aus anderen Fraktionen mehrheitlich abgelehnt.

→ *Abwägen, Einzelinteressen, Öffentliche Interessen, „Parkplatz an der Modau“, Gemeindesteuern*



Bürgerbeteiligung

Geht es um das Stichwort Bürgerbeteiligung bei Neubaugebieten, werden die Bürgerinnen und Bürger gern darauf verwiesen, dass sie bei der gesamten Bauleitplanung – beginnend mit dem Flächennutzungsplan – ohnehin bereits umfassende Mitwirkungsrechte hätten. Innerhalb der sogenannten Offenlegung könne grundsätzlich jede Person Stellungnahmen abgeben, die dann in die Überlegungen zu dem Plan einfließen, der neu aufgestellt wird.

Aus dem neuen Flächennutzungsplan ist ersichtlich, dass ein Mühltaler Mitbürger, der offenkundig sogar über viel Fachwissen verfügt, dieses Angebot ernst genommen hat und darauf vertraute, bei den Überlegungen zum neuen Flächennutzungsplan auch gehört zu werden. Er sei, so ist es in der Anlage zum Flächennutzungsplan zu lesen, Umweltjournalist und Autor eines Buches über kleinere Flüsse in Deutschland. Innerhalb einer dreijährigen Recherche habe er zahlreiche Untersuchungen und Expertengespräche dazu geführt. Das ZDF habe einen Film darüber und über die Modau gedreht.

Vor diesem Hintergrund, welcher der Verwaltung also bekannt war, hat dieser Mitbürger zum Entwurf des neuen Flächennutzungsplanes eine umfangreiche Stellungnahme abgegeben. Seine Ausführungen, die erkennbar von viel Faktenwissen getragen waren, bezogen sich insbesondere auf die Modau und deren Bedeutung beispielsweise bei möglichem Hochwasser. Das Thema dürfe nicht so sorglos wie vor 2021 an der Ahr abgetan werden. Der hohe Flächenverbrauch bis unmittelbar an die Modau heran durch den dortigen neuen Großparkplatz habe eine nicht erforderliche Inanspruchnahme der Natur zur Folge. Die Fläche sei dadurch dort auch für den Hochwasserschutz verloren. Der neue Flächennutzungsplan nehme ohne Not zahlreiche Festlegungen vor, die mit den



aktuellen Erkenntnissen etwa zu den Themen Klima, Umwelt, Natur und Hochwasserschutz nicht zu vereinbaren seien.

Die Verwaltung unter Verantwortung des Bürgermeisters beantwortete diese viele Seiten umfassenden Ausführungen ganz lapidar: „Die private Stellungnahme führt nicht zu Änderungen der Darstellung der Flächennutzungsplanfortschreibung.“ FUCHS fragt sich, wie denn mit einem solchen Verhalten die Bürgerschaft dazu gebracht werden soll, sich bei den Angelegenheiten, die uns vor Ort bewegen, einzubringen. Die Verwaltung und mit ihr die Mehrheit in der Gemeindevertretung, die diese Stellungnahme der Verwaltung abgesehnet hat, haben dadurch zum Ausdruck gebracht, dass die Bürgerschaft zwar das Recht hat, das Wort zu ergreifen, dass sie aber nicht gehört wird. Das halten wir gerade im Hinblick auf die aktuelle Besorgnis zum Verlust des Vertrauens in unsere Ordnung für bedenklich. Die Verwaltung und mit ihr auch die politische Mehrheit hätten sich mit dem klugen Sachvortrag des Experten zumindest auseinandersetzen müssen, auch wenn sie dessen Forderungen letztlich nicht geteilt hätten.

→ *Flächennutzungsplan, Kompromisse, Parkinsonsche Gesetze, „Parkplatz an der Modau“, Politische Auseinandersetzung, Symbolpolitik, Vertrauen in Demokratie*

Bürgermeisterstichwahl

Nachdem unser Vorsitzender Christoph Zwickler und auch der Amtsinhaber Willi Muth nicht in der Stichwahl zur Besetzung des Bürgermeisteramtes vertreten sind, können auch wir uns nur noch zwischen zwei Personen entscheiden, denen unsere Präferenz eigentlich nicht galt. Da wir den Anspruch vertreten, immer sachlich zu sein, halten wir erst



einmal fest, dass hier nicht Parteien gewählt werden, sondern Personen. Die Parteizugehörigkeit der beiden spielt daher für uns hier keine Rolle.

Ebenso ist es für uns unwichtig, dass Frau Dr. Frey die bürgerlichere Kandidatin ist. Sie hat eine Familie mit vier Kindern, hat eine fundierte Ausbildung und hat schon in jungen Jahren beruflich viel gezeigt. Herr Starke dagegen kann auf diese bürgerlichen Werte nicht verweisen. Aus seinem eigenen Lebenslauf ist noch nicht einmal ersichtlich, dass ihm nach immerhin über zwanzig Jahren Berufstätigkeit beim gleichen Arbeitgeber Führungsverantwortung übertragen worden ist. All das ist jetzt im Wahlkampf zwar immer wieder zu hören. Es ist für uns aber nicht relevant, denn damit sind keine zwingenden Voraussetzungen beschrieben, um das Amt eines Bürgermeisters zu bekleiden.

Wir schauen daher darauf, wie wir beide Kandidaten im politischen Alltag erleben. Frau Dr. Frey geht es eher darum, die politischen Angelegenheiten zu verstehen. Herr Starke ist nach unserem Empfinden vor allem daran interessiert, sich in der Öffentlichkeit als jemand zu geben, der sich um alles kümmert. Allerdings spielt sich dieses politische Kümmern insbesondere in den Sitzungen ab, wo Herr Starke oft fehlt, obwohl er ausdrücklich geladen ist. In der Ausschusssitzung am 25. Januar 2024 ging es beispielsweise um so zentrale Themen wie die ALDi-Autobahn, die große Freiflächenphotovoltaikanlage in Frankenhausen und die Bahnhofsbebauung. Am 30. Januar 2024 standen die Grund- und die Gewerbesteuer sowie der Wald auf der Tagesordnung. Herr Starke besuchte keine dieser Sitzungen, Frau Dr. Frey war anwesend und diskutierte mit. Sie hat an den politischen Zusammenhängen ein größeres Interesse. So erleben wir beide auch sonst oft im politischen Alltag, das ist auch in den Protokollen nachzulesen.



Beide Personen haben sich auch schon ganz besonders für bestimmte Projekte eingesetzt. Hier war Frau Dr. Frey mit dem Waldkindergarten erfolgreich, während vom Mountainbiketrial, für den sich Herr Starke nun schon seit vielen Jahren verwendet, immer noch nichts in Sicht ist. Wir erleben Frau Dr. Frey als tatkräftiger. Nach allem sehen wir unter den beiden verbliebenen Kandidaten in Frau Dr. Frey die Person, die aus heutiger Sicht für das Amt des Mühltaler Bürgermeisters besser geeignet ist.

Bürokratie

Die Gemeinde benötigt zur Erfüllung ihrer aktuellen Aufgaben heute bereits viel Personal. Momentan und in absehbarer Zukunft sind Arbeitskräfte auf dem Markt Mangelware und sie kosten viel Geld. Geld, das wir als Steuerzahler etwa durch die Grundsteuer und die Gewerbesteuer aufbringen müssen. Der Ansatz von FUCHS ist es daher, die Verwaltung nach Möglichkeit nicht mit immer weiteren Aufgaben zu belasten, die nicht erforderlich sind.

Eine Baumschutzsatzung etwa hört sich vielleicht auf den ersten Blick gut an. Allerdings müsste die Einhaltung der Satzung kontrolliert werden, Ausnahmen müssten gestattet werden, wofür die Bäume oft in Augenschein genommen werden müssten. All das ist nicht kostenlos zu haben. Diese weitere Bürokratie wäre für die Bürgerschaft ärgerlich und sie kostet viel Steuergeld. Die Gemeinde kann für dieses Geld viele Bäume selbst pflanzen.

In der Gemeindevertretung gab es den Antrag einer anderen Fraktion zu einem Mietspiegel für Mühlthal. Dabei ging es zunächst um den Ansatz, erst einmal durch die Verwaltung in Erfahrung zu bringen, wie viel Bürokratie ein Mietspiegel letztlich erfordert.



Erst wenn diese Vorfrage geklärt ist, wollen wir uns auf Basis verlässlicher Informationen mit dem Mietspiegel selbst befassen.

Die Förderung von Photovoltaikanlagen finden wir zwar eigentlich gut. Allerdings muss dafür richtig viel Papier ausgefüllt werden und die Angaben müssen ja auch durch die Verwaltung kontrolliert werden. Letztlich kann es also sein, dass die Kosten für diese Bürokratie höher sind als die Förderungen selbst. Daher meinen wir, dass das Geld besser in eigene Photovoltaikanlagen der Gemeinde gesteckt werden sollte, nicht in Anlagen, die es vermutlich auch ohne die Förderung durch die Gemeinde geben würde.

Schon 2020 haben wir dagegen beispielsweise beantragt, die jährliche Grundförderung der Gemeinde für alle Mühltaler Vereine von 25.000 Euro zusammen auf 75.000 Euro zu erhöhen. Dabei hatten wir auch Vorschläge gemacht, woher das Geld kommen sollte. Die einzelnen Beträge müssen ohnehin kompliziert berechnet werden, sie wären nach unserem Ansatz ganz einfach verdreifacht worden. Unser Vorschlag, der ohne weitere Bürokratie ausgekommen wäre, wurde von CDU, SPD, Grünen, „Mühlhaltern“ und FDP abgelehnt.

➔ *Gemeindesteuern, Straßenbäume, Parkinsonsche Gesetze, Photovoltaik in Mühlthal*

Bushaltestelle Bahnhofstraße

Der öffentliche Busverkehr lebt davon, die Menschen möglichst dort abzuholen und hinzubringen, wo deren Start und Ziel sind. Muss erst ein weiter oder unsicherer Weg zurückgelegt werden, um einen Bus als Teil des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu erreichen, wird er weniger genutzt. Deshalb werden Haltestellen dort vorgesehen, wo sie gut und sicher zu Fuß erreicht



werden können. Die Auswahl der Haltestellen obliegt dem Bürgermeister.

In der Nieder-Ramstädter Bahnhofstraße gab es bis vor der Sanierung der Modaubrücke über die Kilianstraße Haltestellen in beiden Fahrtrichtungen der Buslinie NE direkt vor dem Haupteingang zum TSV-Sportplatz. Das war sehr praktisch, weil hier ein recht großes Einzugsgebiet liegt. Die Fußwege der Fahrgäste waren kurz und auch etwa die Kinder, die beim TSV trainieren, nutzen diesen Halt gern.

Im Zuge der Sanierung und der Sperrung der Kilianstraße wurde die Buslinie NE statt über die Bahnhofstraße und die Kilianstraße über die B 449 und die Ober-Ramstädter Straße umgeleitet. Dieser Fahrweg ist nicht nur etwa 220 Meter länger, weil ein großer Bogen um den TSV-Sportplatz herum genommen werden muss. Vor allem aber war ein großer Nachteil, dass die Haltestelle in der Bahnhofstraße vom zentralen Eingang des TSV an die B 449 verlegt wurde. Der Fußweg zur Haltestelle wurde dadurch nicht nur um bis zu etwa 170 Meter länger, die Haltestelle ist in Fahrtrichtung Traisa damit auch nur noch durch ein Überqueren der Odenwaldstraße erreichbar. Das ist gerade für Kinder nicht ganz ungefährlich.

Während der Bauarbeiten war das natürlich unumgänglich. Allerdings haben sich viele Menschen dann doch sehr gewundert, als nach Abschluss der Arbeiten an der Modaubrücke die Haltestellen an der Bahnhofstraße in beiden Fahrtrichtungen nicht mehr aktiviert, sondern sogar abgebaut wurden. Überdies fährt die Linie NE in Fahrtrichtung Neutsch auch nach wie vor den Umweg über die B 449 und die Ober-Ramstädter Straße. Es blieb also beim längeren Fußweg für die Fahrgäste. Ebenso muss die B 449 zu Fuß überquert werden, wenn der Bus genutzt wird, der in Fahrtrichtung Traisa verkehrt.



Für Menschen, die den ÖPNV nicht nutzen, mag dies zwar nur ein kleines unwesentliches Detail sein. Allerdings zeigt sich gerade bei solchen vermeintlichen Kleinigkeiten häufig, wie wichtig oder eben auch unwichtig ein Thema genommen wird und ob sich die Verantwortlichen überhaupt Gedanken darüber machen. FUCHS hat mit einem Antrag den Bürgermeister gebeten, den Beschluss zum Fortfall der Haltestellen am TSV-Sportplatz zu überdenken. Der Antrag wurde im Februar 2023 angenommen. Ihm stimmten neben FUCHS die CDU und „SoKU-Links“ zu, die SPD und die „Mühltaler“ waren dagegen, von den „Beerwischern“ kam eine Enthaltung und Grüne und FDP stimmten uneinheitlich ab.

Ehrenamt

Nach Auffassung von FUCHS sollte das in Mühltal so hervorragend praktizierte Ehrenamt mehr gewürdigt werden. Zwar gibt es in den Vereinen immer wieder interne Ehrungen. Es gibt auch Ehrungen etwa durch den Landkreis, die nach jahrzehntelangem Engagement mitunter ausgesprochen werden. Wir meinen aber, dass zwischen diesen Wertschätzungen eine Lücke besteht.

Daher haben wir beantragt, dass die Verwaltung nach eigener Auswahl entweder die Durchführung eines Ehrenamtstages oder eines Ehrenamtsabends prüfen soll. Dieses Zusammentreffen könnte das Ehrenamt – mit oder ohne formelle Ehrungen – auf sehr niederschwellige und einfache Art würdigen. Zugleich könnten sich die ehrenamtlich Tätigen, gleich ob sie aus Vereinen kommen oder auf eigene Initiative hin aktiv sind, dort noch besser kennenlernen und vernetzen. Das Engagement könnte so möglicherweise noch ausgebaut werden.





Damit hat FUCHS den Ehrenamtstag beziehungsweise den Ehrenamtsabend erst einmal auf den Weg gebracht. Im Haupt- und Finanzausschuss wurde am 31. Oktober 2023 einstimmig beschlossen, unseren Vorschlag weiter zu beraten.

→ [Vereine](#)

Einzelinteressen

Einzelinteressen betreffen nur jeweils eine oder wenige Personen bzw. einen genau abgrenzbaren Personenkreis. Aufgabe der Politik ist es nicht, besondere Einzelinteressen zu vertreten, die Kommunalpolitik ist auch in Hessen dem Gemeinwohl verpflichtet. Die Einzelinteressen sind durch die gesamte Rechtsordnung besonders geschützt, der Rechtsstaat sorgt dafür, dass die Rechte jeder einzelnen Person auch durchgesetzt werden können.

Es ist also beispielsweise nicht Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass der Eigentümer eines Ackers darauf auch bauen kann. Die Politik muss dem Gemeinwohl dienen, nicht Einzelinteressen. Besteht aber Baurecht, so kann die Politik dieses Recht regelmäßig allenfalls in besonderen Einzelfällen wieder entziehen, ansonsten aber nicht. Der



Rechtsstaat sorgt dann dafür, dass auch so gebaut werden kann, wie es eben erlaubt ist.

- ➔ *Abwägen, Acker am Vogelteich, Gefälligkeiten, Öffentliche Interessen, Wiese am Dorfgemeinschaftshaus Frankenhausen, Wiese am Frankensteiner Weg*

Entlastungsstraße



Nach Schließung der A1Di-Autobahn im Frühjahr 2022 ist insbesondere die Nieder-Ramstädter Bergstraße/ Stiftstraße durch noch mehr Durchgangsverkehr belastet. Bereits 2019 hat FUCHS in Zusammenhang mit der Dornbergbebauung den Bau einer Entlastungsstraße sowohl für die Bergstraße/



Stiftstraße als auch für die Alte Dieburger Straße in Trautheim vorgeschlagen.

Diese Entlastungsstraße hätte auf recht kurzem Weg unmittelbar von der Dornwegshöhstraße beginnend mit der neuen Wichernstraße fast geradlinig mit einem leichten Bogen direkt zur Straße An der Flachsgröße zwischen Aldi und Lidl geführt. Eine solche Straße hatte vor vielen Jahren bereits das damalige Verkehrsplanungsbüro der Gemeinde Habermehl & Follmann angeregt. Damit hätte jetzt auch die Bergstraße/Stiftstraße keinen Durchgangsverkehr mehr. Unser Vorschlag wurde am 27. August 2019 in der Gemeindevertretung von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Zwar wird inzwischen in Zusammenhang mit dem möglichen Baugebiet „NRA 11“ nun auch immer wieder der Begriff der „Entlastungsstraße“ verwendet. Mit dieser „Entlastungsstraße“ wäre in Zusammenhang mit dem möglichen weiteren Baugebiet allerdings nur ein kurzes Stück Entlastung für die bestehenden Straßen verbunden, für alle anderen Wohnstraßen aber gäbe es noch mehr Verkehr durch das weitere Baugebiet.

➔ *AIDi-Autobahn, „NRA 11“, Verkehrsberuhigung Hag*

Feuerwehrstandort Nieder-Beerbach

Die Feuerwehr Nieder-Beerbach bekommt eine neue Zentrale im Ortseingang auf Höhe des Sportplatzes. Dies ist bereits seit Jahren erforderlich, der alte Standort im Ortskern ist zu klein und kann nicht erweitert werden. Obwohl für den Neubau auch Freiflächen beansprucht werden, haben wir uns für den neuen Standort eingesetzt, denn das öffentliche Interesse an einer funktionierenden Feuerwehr überragt hier natürlich den Schutz der Landschaft. Anfangs wurde



das Verfahren allerdings erst einmal aufgehoben, weil die Verwaltung übersehen hatte, dass HessenMobil Flächen für den Bau eines Radweges freihalten wollte. Inzwischen wurde die Neuanlage etwas versetzt geplant.

Der Neubau wurde Anfang 2022 mit Kosten von 2,95 Millionen Euro veranschlagt. Ende 2023 hieß es dann, es müsse mit Baukosten von 7,4 Millionen Euro gerechnet werden. Hier haben wir zähneknirschend zugestimmt, die Feuerwehr braucht die neue Unterkunft schließlich. Wir meinen aber, dass es hilfreich wäre, wenn auch die Verwaltungsspitze intellektuell in der Lage wäre, hier kosten- und handlungsorientiert zu agieren, um die Kosten im Griff zu behalten.

➔ *Feuerwehrstandort Nieder-Ramstadt,
Flächenverbrauch, Öffentliche Interessen*



Feuerwehrstandort Nieder-Ramstadt

In der Nieder-Ramstädter Rheinstraße östlich der Kläranlage befindet sich direkt am Südrand der Straße kurz vor dem eigentlichen Ortseingang eine größere Wiese. Das Areal wird auch als potentielles Baugebiet „NRA 9.2“ bezeichnet. Am 7. Juni 2023 wurde dieses Areal in der Sitzung des Klima-, Umwelt- und Bauausschusses als möglicher Standort für eine Kinderbetreuungseinrichtung ins Spiel gebracht. FUCHS hält diesen Ort für einen



Kindergarten aus städtebaulichen Gründen nicht wirklich für geeignet, da kein Anschluss an Wohnbebauung besteht und das große Grundstück im Norden durch die frequentierte Rheinstraße und im Süden durch die Modau abgeschnitten ist. Wir trugen aber vor, dass dieses Areal aufgrund der direkten Verkehrsanbindung und der recht zentralen Lage als Feuerwehrstandort geeignet sein dürfte.

Daher beantragten wir, das Areal „NRA 9.2“ fortan als Fläche für den Gemeinbedarf zu sehen, und zwar ganz ausdrücklich auch für die Feuerwehr. Damit haben wir das Gebiet in der politischen Diskussion als neuen Feuerwehrstandort benannt, sofern ein Neubau erforderlich werden sollte. Selbstverständlich müsste ein ausreichender Abstand zur Modau eingehalten werden, aber das Grundstück ist groß genug, um allen Interessen Rechnung zu tragen.

Unser Antrag wurde zwar auch von CDU, SPD und „Beerwischern“ abgelehnt. Allerdings stellten diese Fraktionen dann schon am 22. Juni 2023 ihrerseits gemeinsam Anträge, die Fläche „NRA 9.2“ fortan als Fläche für den Gemeinbedarf zu sehen und sie haben die Unterbringung der Feuerwehr dort dann erneut ins Spiel gebracht. Wir freuen uns darüber, dass unserem Vorschlag damit letztlich doch gefolgt wurde. FUCHS hat auch erfolgreich dafür gesorgt, dass dabei in den Ausschüssen nicht nur über die Feuerwehr Nieder-Ramstadt geredet wird, sondern dass deren Vertreter dort auch mitreden dürfen.

Inzwischen haben wir beantragt, zum Thema Feuerwehrstandort Nieder-Ramstadt eine Sondersitzung einzuberufen. Die Verwaltung hatte nämlich vorgetragen, dass für einen Neubau des Feuerwehrhauses auf dem Areal „NRA 9.2“ mit 16 Millionen Euro Baukosten gerechnet werden müsse. Das halten wir für völlig überzogen, das viel größere Feuerwehrhaus in Arheilgen hat mit



Erschließungsstraße und Ausgleichsmaßnahmen 9,5 Millionen Euro gekostet. Auf dieser Sondersitzung sollte insbesondere die Feuerwehr selbst einmal zu Wort kommen und der Politik die tatsächlichen Erfordernisse aus erster Hand erläutern.

→ *Feuerwehrstandort Nieder-Beerbach,
Flächenverbrauch, Öffentliche Interessen*

Flächen für den Gemeinbedarf

Die Gemeinden haben verschiedene Aufgaben. Sie müssen etwa die notwendigen Wege bauen und unterhalten, die Wasserversorgung bereitstellen und die Kinderbetreuung sichern. Auch beispielsweise Feuerwehrhäuser, öffentliche Grünanlagen und Spielplätze stellen die Kommunen bereit. Für all diese Einrichtungen benötigen die Gemeinden Platz, die sogenannten Flächen für den Gemeinbedarf.

FUCHS ist der Auffassung, dass auch unsere Gemeinde nicht erst dann teure Flächen kaufen sollte, wenn akut ein Bedarf daran besteht. Wie viele andere Gemeinden sollte auch Mühlthal über eigene Grundstücke verfügen, die dann bei Bedarf für öffentliche Einrichtungen genutzt werden können. Im Fall Kindergarten am Dornberg hatte die Gemeinde – gegen unsere Stimmen – erst das dortige Areal in teures Bauland umgewandelt. Dann kam das Problem auf, auch für das neue Baugebiet eine Kinderbetreuungseinrichtung bereitzustellen. Anschließend kaufte die Gemeinde dort ein großes Grundstück zu den neuen Baulandpreisen. Das war unserer Auffassung nach für die Gemeinde und damit für die Steuerzahler ein ganz schlechtes Geschäft, das wir auch abgelehnt hatten.

Damit so etwas nicht wieder passiert, haben wir beantragt, dass die Gemeinde vor einer möglichen Umlegung des Nieder-Ramstädter Gebietes „NRA



11“ in Bauland dort erst einmal eine ausreichende Fläche, etwa für einen Kindergarten, zu einem heute aktuellen Preis kauft. Andernfalls soll es nach unserem Vorschlag überhaupt keine weiteren Schritte geben, um die dortigen Ackerflächen in Bauland umzuwandeln. Das wurde so mehrheitlich abgelehnt. Zwar sehen wir ohnehin keine Notwendigkeit, diese landwirtschaftlichen Flächen jetzt auch noch aufzugeben. Allerdings hat eine Mehrheit insbesondere aus CDU, SPD und FDP schon zum Ausdruck gebracht, aus dem gesamten Gebiet ebenfalls Bauland machen zu wollen.

➔ *Abwägen, Allgemeine städtebauliche Grundsätze, Baugebiete, Bevölkerungsentwicklung, Einzelinteressen, Flächennutzungsplan, Flächenverbrauch, Frischluftversorgung, Gefälligkeiten, Grundstückspreise, Leerstände, Mühlal entwickeln, Öffentliche Interessen, Preisgünstiger Wohnraum, Regionalplan, Schritt für Schritt, Schule am Pfaffenberg, Steter Tropfen, Veränderungen, Wohnraum*

Flächen für die Landwirtschaft

Der Erste Beigeordnete des Landkreises Darmstadt-Dieburg, Lutz Köhler (CDU), hat am 13. Oktober 2023 in einer Pressemitteilung deutlich gemacht, dass zu viel landwirtschaftlich genutzte Flächen verloren gehen. Deutschland habe von 2016 bis 2021 insgesamt 2.047 Quadratkilometer Landwirtschaftsfläche eingebüßt. Dieser Verlust erfolge besonders im Umland städtischer Verdichtungsräume. Derweil habe die für Siedlungen und Verkehr genutzte Fläche in Deutschland um 2.559 Quadratkilometer zugenommen. Das ist etwa die Größe des Saarlandes. Der erste Stellvertreter des Landrates mahnt an, die vorhandenen Siedlungs- und Verkehrsflächen optimal zu nutzen und ökologisch aufzuwerten.



FUCHS stimmt dieser Analyse und den sich daraus ergebenden Folgerungen uneingeschränkt zu. Wir möchten den Flächenverbrauch auch in Mühlthal auf ein unbedingt notwendiges Minimum reduzieren. Bedauerlicherweise ist die ebenso wichtige wie selbstverständliche Botschaft des CDU-Politikers in der Mühlthaler CDU-Fraktion aber nicht angekommen. Diese lokale Fraktion setzt nach wie vor auf Umwandlung von landwirtschaftlich genutzten Flächen in Bauland und in privates Gartenland. Doch tragen gerade die siedlungsnahen Ackerflächen auch sehr zur Naherholung und damit zum hohen Freizeitwert unserer Gemeinde bei. Daran wollen wir von FUCHS auch nichts ändern.

→ *Abwägen, Allgemeine städtebauliche Grundsätze, Baugebiete, Bevölkerungsentwicklung, Einzelinteressen, Flächennutzungsplan, Flächenverbrauch, Frischluftversorgung, Gefälligkeiten, Grundstückspreise, Mühlthal entwickeln, Öffentliche Interessen, Regionalplan, Schritt für Schritt, Steter Tropfen, Veränderungen*

Flächennutzungsplan

Mit dem Flächennutzungsplan stellt die Kommune einerseits beschreibend dar, welche Flächen aktuell wie genutzt werden. Zugleich teilt sie aber auch mit, welche Flächen zukünftig anders genutzt werden sollen. Der Flächennutzungsplan muss sich an der übergeordneten Planung orientieren. Für Mühlthal ist der Regionalplan Südhessen maßgeblich. Der Flächennutzungsplan ist seinerseits die Grundlage für weitere lokale Planungen, und zwar insbesondere für neue Bebauungspläne. Aus einem Flächennutzungsplan allein ergibt sich noch kein Baurecht.

Ende September 2023 hat die Gemeindevertretung auf Vorschlag der Verwaltung, die dem Bürgermeister untersteht, einen neuen



Flächennutzungsplan verabschiedet. Dieser neue Plan hat erfahrungsgemäß mindestens zehn bis zwanzig Jahre Bestand, wenn auch noch Änderungen möglich sind. Nach unserer Auffassung berücksichtigt der neue Flächennutzungsplan zu einseitig Einzelinteressen und zu wenig öffentliche Interessen, und zwar insbesondere mit Blick auf die Frischluftversorgung und die Beschränkung des Flächenverbrauches. Insofern widerspricht der Plan auch in Teilen dem übergeordneten Regionalplan.

➔ *Abwägen, Acker am Vogelteich, Allgemeine städtebauliche Grundsätze, Baugebiete, Bevölkerungsentwicklung, Flächen für die Landwirtschaft, Flächennutzungsplan – Gebietskategorien, Flächennutzungsplan – Gebietskategorie des „Parkplatzes an der Modau“, Flächenverbrauch, Klimawandel, Leerstände, Mühlthal entwickeln, „NRA 11“, Parkinsonsches Gesetz, „Parkplatz an der Modau“, Regionalplan, Städtebaulicher Charakter Mühlthals, Wiese am Dorfgemeinschaftshaus Frankenhausen, Wiese am Frankensteiner Weg, Wohnraum*

Flächennutzungsplan – Gebietskategorien

Der Flächennutzungsplan unterscheidet zwischen verschiedenen Gebietskategorien. Er bezieht sich dabei auf die Baunutzungsverordnung (BauNVO). Darin wird grundsätzlich zwischen Wohnbauflächen, gemischten Bauflächen, gewerblichen Bauflächen und Sonderbauflächen differenziert, so § 1 Absatz 1 BauNVO. Die Wohnbauflächen können dann weiter unterschieden werden, etwa nach „reinen“ und „allgemeinen“ Wohngebieten. Die gemischten Bauflächen können weiter beispielsweise in Dorfgebiete oder Mischgebiete unterteilt werden. Bei den gewerblichen Bauflächen wird zwischen



Gewerbegebieten und Industriegebieten differenziert. Wenn die Bebauung beziehungsweise die Art der Nutzung in keine all dieser Kategorien passt, so wird von einem Sondergebiet ausgegangen. All das regelt § 1 Absatz 2 BauNVO.

Das ehemalige große Kerngelände der NRD in Nieder-Ramstadt war beispielsweise ein solches „Sondergebiet“. Die großflächige Nutzung für Behinderteneinrichtungen war und ist in keiner der Regelkategorien der BauNVO enthalten. Im Mühltaler Flächennutzungsplan sind wie zu erwarten größere Flächen als Wohnbauflächen bezeichnet. In den alten Ortskernen und um sie herum dominieren die gemischten Bauflächen. Diese Gebiete sind schon historisch dadurch gekennzeichnet, dass sie vielfältig genutzt wurden und auch nach wie vor werden, also neben dem Wohnen beispielsweise auch für den Einzelhandel, landwirtschaftliche Betriebe, soziale Einrichtungen, Schulen, die Feuerwehr und viele andere Arten. Schließlich gibt es in Mühlthal auch Gewerbegebiete. Dies sind Baugebiete, auf denen sich Gewerbebetriebe befinden oder die für zukünftige Gewerbebetriebe vorgesehen sind, von denen keine erheblichen Belästigungen ausgehen, so § 8 Absatz 1 BauNVO.

→ *Flächennutzungsplan*

Flächennutzungsplan – Gebietskategorie des „Parkplatzes an der Modau“

Eine Mühltaler Besonderheit bei den Gebietskategorien des Flächennutzungsplanes ist der neue „Parkplatz an der Modau“. Er wurde dadurch beworben, dass er gerade keine Erweiterung des Gewerbegebietes Ruckelshausen darstellen sollte, sondern lediglich als Parkplatz genutzt und überdies ganz besonders begrünt



werde. Dort sollte noch nicht einmal Photovoltaik installiert werden. Insofern gingen wir davon aus, dass dieser Parkplatz im neuen Flächennutzungsplan als „Sondergebiet“ bezeichnet werden würde. Denn ein sogar laut Bebauungsplan besonders begrünter Parkplatz ohne einen Gewerbebetrieb auf dem Areal ist keiner der Gebietskategorien der Baunutzungsverordnung zuzuordnen.

Zu unserer Überraschung wurde das Gebiet des Parkplatzes dann im Flächennutzungsplan aber doch als „Gewerbegebiet“ gekennzeichnet. Unser Antrag, die Fläche wie eigentlich zur Nutzung vorgesehen als „Sondergebiet Parkplatz mit intensiver Baumbepflanzung“ zu bezeichnen, wurde von fast allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Wir waren schon erstaunt darüber, dass eine teure LKW-Brücke zur Erschließung des Parkplatzes über die Modau gebaut werden sollte, obwohl es sich ja angeblich nur um einen PKW-Parkplatz handeln würde. Dann hatte uns gewundert, weswegen im Bebauungsplan auf dem Parkplatz nicht wenigstens großflächige Photovoltaikanlagen vorgeschrieben wurden. Inzwischen nehmen wir an, dass der als beschaulich beworbene „Parkplatz an der Modau“ insbesondere eine Erweiterungsfläche für den gegenüber der Bundesstraße 426 liegenden Gewerbebetrieb dient. Das ist aus Sicht des Betriebes verständlich und wenn es politisch mehrheitlich so gewollt sein sollte, so wäre es auch in Ordnung. Auch FUCHS hätte das Ansinnen grundsätzlich sicher nicht abgelehnt, wenn der Ort nicht so unpassend wäre. Allerdings hätten wir uns mehr Ehrlichkeit gewünscht. Es wird mit einem begrünten Parkplatz gestartet und am Ende gibt es dann doch vermutlich ein neues Gewerbegebiet – laut neuem Flächennutzungsplan ist es bereits ein Gewerbegebiet, wenn es auch „durch die Hintertür“



entstand. Der oft erhobene Vorwurf der „Salamitaktik“ trifft hier offenbar voll zu.

Ein weiterer Aspekt unseres Anliegens, den „Parkplatz an der Modau“ im Flächennutzungsplan lediglich als „Sondergebiet Parkplatz mit intensiver Baumbepflanzung“ zu bezeichnen, ist der Umstand, dass die Regionalplanung auch der Gemeinde Mühlthal nur begrenzte Flächen zugesteht, um die die Gewerbeflächen erweitert werden dürfen. Mit dem „Parkplatz an der Modau“ wurden die Gewerbeflächen nun formal bereits um weitere etwa 1,3 ha erweitert, was am Flächennutzungsplan abzulesen ist. Die Gemeinde hat damit das ihr zustehende Kontingent formal neuer Gewerbeflächen weiter ausgeschöpft. Es dürfte deshalb schwerer sein, auch für andere Mühltaler Betriebe zukünftig Gewerbeflächen neu ausweisen zu dürfen.

→ *Flächennutzungsplan, „Parkplatz an der Modau“*



Flächenverbrauch – Ausgangslage

Der enorme Flächenverbrauch ist eines der dringendsten Umweltprobleme in Deutschland. Freiflächen, also vor allem frei zugängliche Wälder, Wiesen und landwirtschaftlich genutzte Gebiete, werden mehr und mehr umgenutzt und insbesondere bebaut. Die Experten sind sich einig, dass der Verlust von täglich 55 Hektar Freiflächen in Deutschland viel zu viel ist. Dazu tragen im ganzen Land fast alle Kommunen bei. Keine Kommune kann für sich beanspruchen, etwas tun zu dürfen, was anderen versagt bleiben soll. Das Problem ist einfach zu groß. Auch Mühlthal ist gefordert, auf den Flächenverbrauch ein besonderes Augenmerk zu richten.

Gemessen an der Fläche der Gemeinde mit etwas mehr als 25 Quadratkilometern und am aktuellen Bundesdurchschnitt „dürfte“ Mühlthal damit jährlich etwa 1,4 Hektar Freifläche verbrauchen. Das allerdings wäre nach Expertensicht schon zu viel. Tatsächlich hat Mühlthal in den vergangenen Jahren aber noch viel mehr als „nur“ diese 1,4 Hektar Freiflächen jährlich eingebüßt. Diverse Baugebiete, darunter das Gewerbegebiet Ruckelshausen mit 13 Hektar und nun noch mit der aktuellen Erweiterung durch den „Parkplatz an der Modau“, sprechen eine deutliche Sprache. Sie belegen, dass Mühlthal zur ungünstigen Statistik in Sachen Flächenverbrauch in Deutschland überdurchschnittlich beigetragen hat. Hinzu treten in Mühlthal die Steinbrüche Waschenbach und Nieder-Beerbach, die ebenfalls immer mehr naturgewachsene Flächen abtragen.

Die Zahlen zeigen auch, dass die Gemeinde ihren Charakter ändern wird, wenn es mit dem Flächenverbrauch so weitergeht. In den Augen vieler Menschen hat sich Mühlthal durch die vielen neuen Baugebiete in den vergangenen Jahren bereits deutlich verändert. Und die zahlreichen kleineren Areale, auf die es jeweils einzeln



betrachtet angeblich nicht ankommen soll, sind in der Summe betrachtet auch nicht unbeachtlich.

- *Acker am Vogelteich, Allgemeine städtebauliche Grundsätze, Bahnhofsbebauung, Baugebiete, Bevölkerungsentwicklung, Flächen für die Landwirtschaft, Flächennutzungsplan, Flächenverbrauch, Klimawandel, Leerstände, Mühlthal entwickeln, „NRA 11“, Parkinsonsches Gesetz, „Parkplatz an der Modau“, Regionalplan, Steter Tropfen, Städtebaulicher Charakter Mühlthals, Wiese am Dorfgemeinschaftshaus Frankenhausen, Wiese am Frankensteiner Weg, Wohnraum*

Flächenverbrauch – Forderungen

Wir meinen, dass die Freiflächen in unserer Gemeinde auch deshalb eine besondere Stellung haben, weil Mühlthal mit etwa 549 Einwohnern pro Quadratmeter ohnehin schon vergleichsweise dicht besiedelt ist. Der Bundesdurchschnitt liegt bei etwa 236 Einwohnern pro Quadratmeter. Als Folge sehen wir es als notwendig an, wirklich nur noch die Freiflächen zu opfern, die im öffentlichen Interesse für andere Zwecke gebraucht werden. Dabei muss auch klar sein, dass es gerade auf diese Freiflächen ankommt und dass keine Alternativen zur Verfügung stehen. Die allgemein erhobene Forderung, den Flächenverbrauch zu reduzieren, wollen wir auch in Mühlthal umsetzen. Wir schließen uns dem Landesentwicklungsplan Hessen an, der fordert, Freiflächen soweit wie möglich zu belassen.

Wenn aber ein Radweg gebaut werden soll, die Errichtung eines Kindergartens, einer Schule oder eine Anpassung einer Feuerwehr nicht ohne die Inanspruchnahme von Freiflächen möglich sein sollte, dann sind wir dafür, auch einmal die Natur als Flächenreserve zu nutzen. Auch das heimische Gewerbe hat für uns einen hohen Stellenwert. So etwas wie der Wegzug des zuverlässigen



Gewerbsteuerzahlers Datron darf nicht wieder passieren. Für uns hätte es im öffentlichen Interesse gelegen, den Betrieb in Mühlthal zu halten.

Wir sind jedoch dagegen, dass Freiflächen lediglich für Einzelinteressen geopfert werden. Die Ausweisung von nicht erforderlichen Wohnbaugebieten lediglich für einzelne Personen oder zur Renditesteigerung von Investoren lehnen wir ab. Ackerflächen sollen unserer Auffassung nach beibehalten werden. Bei allem sollten wir bedenken, dass auch zukünftige Generationen unsere Gemeinde noch beplanen wollen. Das können sie auf den Flächen nicht mehr tun, die heute schon endgültig beplant werden.

- *Acker am Vogelteich, Allgemeine städtebauliche Grundsätze, Bahnhofsbebauung, Baugebiete, Bevölkerungsentwicklung, Flächen für die Landwirtschaft, Flächenverbrauch, Flächennutzungsplan, Klimawandel, Leerstände, Mühlthal entwickeln, „NRA 11“, „Parkplatz an der Modau“, Regionalplan, Steter Tropfen, Städtebaulicher Charakter Mühlthals, Wiese am Dorfgemeinschaftshaus Frankenhausen, Wiese am Frankensteiner Weg, Wohnraum*



Flüchtlingsunterkunft

An der Straße Am Klingenteich in Trautheim befindet sich seit 2015 in Waldnähe eine Flüchtlingsunterkunft. Hier leben Flüchtlinge, die der Gemeinde zugewiesen wurden. Ein aktiver Mühltaler Helferkreis steht den Bewohnerinnen und Bewohnern ehrenamtlich zur Seite. Aus der Nachbarschaft sind keine Probleme bekannt. FUCHS hält die Unterbringung dort für sehr gelungen.

Einerseits wird das in die Jahre gekommene ehemalige Tagungshotel dadurch noch ohne besondere Bauarbeiten weiter sinnvoll genutzt. Das ist nachhaltig, denn es werden keine neuen Ressourcen verwendet, sondern bestehende weiterverwendet. Sollte die Unterkunft aufgegeben werden, liegt es nahe, dass dort neu gebaut wird. Andererseits haben die Flüchtlinge keine Autos und produzieren deshalb auch keinen Kraftverkehr. Die beste Art der Verkehrsberuhigung ist es schließlich, überhaupt keinen motorisierten Verkehr zu haben.

Freiflächenphotovoltaik

In einem gemeinsamen Arbeitspapier von April 2021 haben sich der Naturschutzbund (NABU) und der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW) zu Photovoltaik-Freiflächen geäußert. Sie stellen übereinstimmend als Leitlinie fest:

„NABU und BSW sind sich einig, dass die vorhandenen Dachflächenpotenziale auf Eigenheimen, Gewerbe- und Industrieanlagen sowie Potenziale auf versiegelten Flächen möglichst umfassend und vorrangig erschlossen werden sollten.“

Daraus ergibt sich die Forderung sowohl der Naturschützer als auch derjenigen, die mit Photovoltaik Geld verdienen, vor der



Inanspruchnahme von Freiflächen erst einmal die Möglichkeiten zu nutzen, die sich auf den ohnehin bereits bestehenden Flächen anbieten. Das sind Flächen, die der Natur ohnehin bereits entnommen wurden. Bevor weitere Freiflächen für Photovoltaik aufgegeben werden, müssen die anderen Potentiale abgerufen werden. Erst dann, wenn insbesondere auf vorhandenen Dächern und Parkplätzen wirklich keine Möglichkeiten mehr vorhanden sind, um Photovoltaik zu betreiben, soll darüber nachgedacht werden, wieder einmal Freiflächen aufzugeben.

Das halten wir für einen sehr gelungenen Kompromiss. Die Naturschützer erkennen den Wert der Photovoltaik an, die Solarindustrie akzeptiert den Wert der leider immer weniger werdenden Freiflächen. Bevor sich die Solarindustrie also an den gedeckten Tisch setzt und Freiflächen okkupiert, müssen erst einmal alle anderen Möglichkeiten der Photovoltaik nachvollziehbar ausgelotet und ausgeschöpft sein.

→ *Flächenverbrauch, Freiflächenphotovoltaik
Frankenhausen, Klimawandel, Kompromisse*

Freiflächenphotovoltaik Frankenhausen

Ganz neu ist das Vorhaben, in Frankenhausen sechs Hektar Ackerland einzuzäunen und dort Photovoltaik zu betreiben. Das Ansinnen wird beschönigend als „Bürgersolarpark“ verkauft. Wir vermissen dabei insbesondere den Ansatz, auch in Mühlthal zunächst einmal solche Flächen für die Photovoltaik zu nutzen, die der Natur ohnehin bereits entzogen wurden. So will es schließlich auch die Solarindustrie selbst. Ganz im Gegenteil dazu wurde im Fall des Großparkplatzes an der Modau die Photovoltaik dort mit dem Bebauungsplan ja sogar bewusst ausgeschlagen.



Natürlich hat ein Betreiber einer Photovoltaikanlage in Mühlthal kein Interesse mehr daran, sich mit Riese & Müller, Aldi, Lidl und Co. zusammzusetzen, um deren Parkplätze und auch manche Dächer zusätzlich mit Photovoltaik zu belegen, wenn sich die erheblich bequemere Möglichkeit ergibt, eigene und gesonderte Flächen einzuzäunen und dort die Stromproduktion zu betreiben. Es ist nur menschlich, wenn auch die Betreiber von Solaranlagen nicht den beschwerlicheren Weg wählen und auf bereits genutzte Flächen ausweichen, die sie sich mit anderen teilen müssten. Es ist allerdings genau so vorgesehen, um den immer weiter um sich greifenden Flächenverbrauch jetzt nicht auch noch durch großflächige Photovoltaikanlagen zu beschleunigen.

➔ *Flächenverbrauch, Freiflächenphotovoltaik, Freiflächenphotovoltaik Frankenhausen – Bürgerbefragung, Klimawandel, Kompromisse*

Freiflächenphotovoltaik Frankenhausen – Bürgerbefragung

Um das Thema Freiflächenphotovoltaik in Frankenhausen nicht zum umstrittenen politischen Dauerbrenner aufzuwerten und das Vertrauen in unsere Ordnung zu stabilisieren, haben wir vorgeschlagen, anlässlich der Europawahl am 9. Juni 2024 die Bürgerschaft Frankenhausens zur vorgesehenen Photovoltaikanlage zu befragen. Am Ergebnis dieser Befragung könnte sich die Gemeindevertretung dann orientieren. Ein potentieller Zankapfel wäre von vornherein beerdigt. Lassen sich die Menschen mehrheitlich von der Anlage überzeugen, so würden sich hoffentlich alle Fraktionen in der Gemeindevertretung anschließen. Sind die Bedenken gegenüber der Anlage aber so groß, dass die Mehrheit diese Großanlage erst einmal nicht



will, so dürfte auch das durch die Politik akzeptiert werden.

Unser Vorschlag zur echten bürgerschaftlichen Beteiligung wurde am 25. Januar 2024 im Klima-, Umwelt- und Bauausschuss von CDU, SPD, FDP, „SoKU-Links“ und „Beerwischern“ abgelehnt. Die Grünen stimmten nicht einheitlich ab, die „Mühltaler“ enthielten sich. Nun soll es am 19. Februar 2024 um 19:00 Uhr im Dorfgemeinschaftshaus Frankenhausen lediglich eine Informationsveranstaltung dazu geben. Wir finden es schade, dass die hier nun wirklich naheliegende Möglichkeit, die Bürgerschaft einmal direkt einzubinden, nicht genutzt werden soll.

➔ *Allgemeine städtebauliche Grundsätze, Bürgerbeteiligung, Flächenverbrauch, Freiflächenphotovoltaik, Freiflächenphotovoltaik Frankenhausen, Klimawandel, Symbolpolitik, Vertrauen in Demokratie*

Frischluftversorgung

Der Klimawandel bewirkt, dass die Sommer immer heißer werden. Viele Kommunen erarbeiten Strategien, um angemessen mit den neuen hohen Temperaturen umzugehen, die es vor einigen Jahren so etwa im Mittelmeerraum gab, aber nicht bei uns. Grünbestand und Frischluft sind hier naheliegende Mittel, auf welche die Kommunen nun immer größeren Wert legen. Dabei haben es die Städte mit durchgehender Bebauung naturgemäß schwerer, für kühlende Frischluft zu sorgen.

In Mühlthal sind wir in Sachen Frischluft derzeit noch vergleichsweise gut aufgestellt. Darum werden wir aus anderen Kommunen beneidet. Der Siedlungskern Nieder-Ramstadt/Traisa/Trautheim ist von grünen Frischluftschneisen durchzogen, von Natur und Landschaft, was auch der Regionalplan so ausweist. Die Ortsteile Nieder-Beerbach,



Frankenhausen und Waschenbach sind ebenfalls von Grün und Frischluft umgeben.

FUCHS will diese ganz hervorragenden Ausgangsbedingungen nicht ändern. Wir meinen, dass jede nicht notwendige weitere Kappung dieser Frischluftschneisen ein Schritt in die falsche Richtung ist. Für uns sind dabei die langfristigen Interessen der Gemeinde wichtiger als kurzfristige Überlegungen, die im Ergebnis oft nicht dem öffentlichen Wohl dienen.

→ *Acker am Vogelteich, Allgemeine städtebauliche Grundsätze, Bahnhofsbebauung, Baugebiete, Bevölkerungsentwicklung, Flächen für die Landwirtschaft, Flächennutzungsplan, Flächenverbrauch, Klimawandel, Leerstände, Mühlthal entwickeln, „NRA 11“, Parkinsonsche Gesetze, Regionalplan, Steter Tropfen, Städtebaulicher Charakter Mühlthals, Wiese am Dorfgemeinschaftshaus Frankenhausen, Wiese am Frankensteiner Weg*

Gefälligkeiten

Politiker geben sich gern großzügig. Und in der Tat ist es ja gut, wenn anderen Menschen geholfen wird. Auch wir als Fraktion FUCHS helfen gern, wenn wir können. Allerdings ist das Erweisen von Gefälligkeiten gegenüber Einzelpersonen nicht Aufgabe der Politik. Denn oft stehen diese Einzelinteressen im Widerspruch zu den öffentlichen Interessen, die wir als Politik zu vertreten haben. Dann setzen wir uns ohne Wenn und Aber für die öffentlichen Interessen ein. Können wir aber Gefälligkeiten gewähren, die nicht durch Anknabbern des Gemeinwohles erkaufte werden müssen, so tun wir das gern.

→ *Abwägen, Einzelinteressen, Öffentliche Interessen*



Gemeindesteuern

Die Gemeinde finanziert sich aus verschiedenen Quellen. Sie erhebt auch eigene Steuern, darunter insbesondere die Grundsteuer und die Gewerbesteuer. 2022 schlug die Verwaltung vor, diese beiden Steuern zu erhöhen. Gemeinsam mit anderen Fraktionen haben wir in der Gemeindevertretung anschließend ermittelt, dass Steuererhöhungen nicht erforderlich sind. Die Steuern wurden dann nicht angehoben. FUCHS fand es dabei auch nicht gut, dass die Verwaltung unter dem Bürgermeister diese Überlegungen zu Steuererhöhungen überhaupt kommuniziert hatte, bevor genau nachgerechnet wurde. Schon eine Diskussion über Steuererhöhungen kann Gewerbetreibende, die in Mühlthal Steuern zahlen, verunsichern. Das möchten wir nicht, wir möchten die Gewerbesteuerzahler in Mühlthal behalten und mit moderaten Hebesätzen auch gern neue anwerben.



Zuletzt waren die Steuereinnahmen der Gemeinde erfreulich hoch. Es gibt also gegenwärtig keinen Grund, die Gemeindesteuern zu erhöhen. Gleichwohl sollten die aktuell guten Zahlen kein Grund sein, überflüssige Ausgaben zu tätigen, wir sollten uns nicht blenden lassen. Denn insbesondere die Gewerbesteuerzahlungen sind ein Hort der



Ungewissheit. Die Gemeinde ist dabei abhängig vom wirtschaftlichen Wohlbefinden der ansässigen Betriebe. Die Höhen und Tiefen des finanziellen Erfolges der Mühltaler Unternehmen kommen bei der Gemeinde erst zeitverzögert in Form der Gewerbesteuer oder eben auch der unterbliebenen Steuer an. Das ist für uns Grund genug, um vorsichtig und sparsam zu agieren.

→ *Öffentliche Interessen*

Gemeinsame Liste

In der Mühltaler Gemeindevertretung gibt es keine feste Koalition. Die Abstimmungen erfolgen fast schon traditionsgemäß offen. Koalitionsabsprachen über die gesamte Wahlperiode hinweg sind ein Fremdwort. Dennoch gibt es immer wieder Zusammenarbeit. Geht es etwa um bestimmte „Posten“, so finden sich einzelne Fraktionen auch schon einmal zusammen, um diese zu besetzen. So haben die CDU und die Grünen zur Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden der Gemeindevertretung im April 2021 eine gemeinsame Liste vorgelegt, woraufhin Mitglieder beider Fraktionen je einen Stellvertreterposten erhielten.



Golfplatz Traisa



Die mögliche Erweiterung des Golfplatzes in Traisa war jahrelang ein Zankapfel in der Mühltaler Gemeindepolitik. Der Golfclub wollte den Platz vor vielen Jahren von neun auf 18 Löcher ganz erheblich erweitern. Auf der anderen Seite war schon der bestehende Platz für viele ein Ärgernis, da er in die Natur eingriff und Verkehr produzierte.

Inzwischen haben sich die Gemüter beruhigt. Der Golfclub ist bei neun Löchern geblieben und hat den Platz sogar besonders naturnah gestaltet. Dafür ist er bereits mehrfach ausgezeichnet worden. Für uns ist das ein Beispiel für einen gelungenen Kompromiss. Dem Golfclub wurde nichts genommen, er hat sich aber beschränkt und ist so weit es ging auf die Ansätze des Naturschutzes eingegangen. Umgekehrt ist für den Naturschutz nicht der befürchtete schlimmste Fall eingetreten. Es gibt in der Auseinandersetzung weder Sieger noch Besiegte, die einstigen Konfliktparteien arbeiten heute zusammen. Das sollte ein Vorbild sein, wie auch mit anderen streitigen Themen umgegangen werden kann.

→ *Kompromisse*



Grundstückspreise

Die Grundstückspreise sind auch in Mühlthal bis vor etwa zwei Jahren kräftig gestiegen. Die Daten werden alle zwei Jahre neu ermittelt. Für die letzte Erhebung war der Stichtag der 1. Januar 2022. Danach betragen die Preise für Wohnbauland, das sofort bebaut werden könnte, in Nieder-Ramstadt südlich der B 449 zwischen 650 und 775 Euro, in Traisa zwischen 775 und 1.000 Euro und in Trautheim durchgängig 900 Euro pro Quadratmeter. In Nieder-Beerbach werden für den Quadratmeter Wohnbaufläche zwischen 350 und 420 Euro aufgerufen, in Frankenhausen zwischen 250 und 270 Euro und in Waschenbach zwischen 280 und 300 Euro.

Gewerbliche Flächen kosten in Mühlthal danach zwischen 80 und 170 Euro pro Quadratmeter. Diese Daten ergeben sich aus den Zusammenfassungen der amtlichen statistischen Erhebungen. Im Einzelfall können die Preise davon auch weit abweichen. Ob und wie sich die gegenwärtige wirtschaftliche Lage gegebenenfalls auswirkt, werden neue Zahlen zeigen, die zum 1. Januar 2024 erhoben werden, die aber noch nicht vorliegen.

Hinterzimmer

Der Politik wird mitunter vorgeworfen, ihre Entscheidungen nicht offen zu beraten, sondern intransparent in Hinterzimmern. Unsere Ordnung sieht ausdrücklich vor, dass die politischen Beschlüsse offen gefasst werden. Für die Kommunalpolitik gilt, dass die Entscheidungen der Gemeindevertretung zuvor nicht in verschlossenen Hinterzimmern beraten werden, sondern in den Ausschüssen der Gemeindevertretung, die öffentlich zusammenkommen. Hier können auch Bürgerinnen und Bürger das Wort ergreifen, wenn sie von den Themen betroffen sind, um die es geht.



Wir beantragen regelmäßig, die Betroffenen in den Ausschüssen mitreden zu lassen.

Es ist uns auch wichtig, dass unsere Anträge von Anfang an öffentlich in den Ausschüssen beraten werden und nicht in Hinterzimmern. Dadurch haben alle anderen Fraktionen die gleichen Möglichkeiten, an den Beratungen teilzunehmen und Änderungsvorschläge zu machen. Dabei sind wir offen für Ideen aus allen Fraktionen, wir schließen niemanden aus. Das ist letztlich auch das Verfahren, das sich aus unserer Rechtsordnung ergibt.

Hochwasser



Der Arbeitskreis Heimatgeschichte Mühlthal berichtet in einer Schaufensterausstellung in der Bahnhofstraße 50 im ehemaligen Textilhaus Schneider über das Hochwasser an der Modau vom 8. Juli 1919. Das Hochwasser verwüstete große Teile Nieder-Ramstadts. Bis auf die Brücke an der Dornwegshöhstraße wurden alle Brücken zerstört oder gleich ganz weggerissen. Insbesondere 1965 gab es an der Modau ein weiteres Hochwasser, das aber die Dimensionen von 1919 nicht erreichte.

Das Thema Hochwasser ist spätestens seit den schlimmen Ereignissen an der Ahr im Jahr 2021



auch für die Kommunalpolitik von Bedeutung. Zwar wurde der Hochwasserschutz an der Modau schon vor Jahrzehnten ertüchtigt, allerdings nur im Hinblick auf die damals für möglich gehaltenen Überschwemmungen. Inzwischen muss aber wegen des Klimawandels mit größeren Hochwassern gerechnet werden.

Der Umfang möglicher Überschwemmungen kann natürlich nur schwer eingeschätzt werden und damit auch das damit verbundene Risiko. Hier hilft es nicht, die Bewertungen Laien zu überlassen. An der Ahr hat kaum jemand mit dem Superhochwasser gerechnet. Am besten ist es nach Auffassung von FUCHS, für die Einschätzungen beispielsweise Versicherungen zu befragen. Denn hier sind Profis am Werk, etwa Naturwissenschaftler und Statistiker, die sich damit hauptberuflich befassen.

Geht es also etwa um ein Neubaugebiet in der Nähe der Modau, so sollte vorab erfragt werden, ob und unter welchen Bedingungen die neuen Objekte überhaupt versichert werden können. Lehnen die Versicherungen einen Schutz ab, so sollte dies auch für die politischen Entscheidungsträger ein gewichtiger Hinweis darauf sein, besser erst gar kein Bauland auszuweisen, denn es wäre nachvollziehbar hochwassergefährdet.

→ *Bürgerbeteiligung, Klimawandelanpassung*

Jobticket

Die Fraktion FUCHS hat bereits gegen Ende der vergangenen Wahlperiode beantragt, die Einführung eines Jobtickets für das Personal der Gemeindeverwaltung zumindest einmal zu prüfen. Dieses Ticket berechtigt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Busse und Bahnen im Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) kostenfrei zu nutzen. Wir waren und sind der Auffassung, dass ein Jobticket unsere Gemeinde als Arbeitgeberin



attraktiver macht, wir wollen etwas bieten. Leider wurde unser Ansinnen damals abgelehnt. Zu Beginn der neuen Wahlperiode 2021 wurde das Jobticket und damit unser Vorschlag dann aber doch auf den Weg gebracht. Darüber freuen wir uns sehr, die Gemeinde Mühlthal ist damit als Arbeitgeberin wieder etwas attraktiver geworden.

Kinderbetreuung

Die Betreuung der noch nicht schulpflichtigen Kinder ist inzwischen eine kommunale Pflichtaufgabe. Die Gemeinde muss handeln. Durch wen die Kinderbetreuung konkret erfolgt, spielt dabei keine Rolle. Die Gemeinde kann selbst eine Einrichtung betreiben, sie kann die Betreuung auch nach einer Ausschreibung vergeben. Es können auch andere Träger wie die Kirchen ohne Aufforderung durch die Gemeinde Einrichtungen frei betreiben. Schließlich gibt es auch Tageseltern, die Kinder betreuen. Bei allem hat die Gemeinde aber die Aufgabe, sicherzustellen, dass die Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen auch gestillt wird. Das Land Hessen wiederum beteiligt sich an den Kosten, allerdings nur, soweit es die garantierte Betreuung von sechs Stunden pro Tag betrifft.

→ *Kinderbetreuung – Kapazitäten, Kindertagesstätten*

Kinderbetreuung – Kapazitäten

Der laufende Betrieb einer Gruppe der Kinderbetreuung kostet etwa 230.000 bis 250.000 Euro pro Jahr. Das ist viel Geld. Über diese Ausgabe muss aber nicht besonders diskutiert werden, weil die Gemeinde ohnehin die Pflicht hat, die Kinderbetreuung in die Hand zu nehmen. Hinzu kommen die Kosten für die jeweiligen Gebäude. Das Interesse der Gemeinde sollte es einerseits sein, dass immer ausreichend viel und – ganz wichtig –



auch angemessene und pädagogisch gute Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung stehen. Andererseits liegt es im Interesse der Gemeinde, ihre Ausgaben so gering wie möglich zu halten.

Nach Auffassung von FUCHS ist es kein Widerspruch, etwas größere Kinderbetreuungs-kapazitäten vorzuhalten als unbedingt erforderlich ist und dabei gleichwohl wirtschaftlich zu agieren. Denn die Erfahrung hat gezeigt, dass es sehr teuer wird, wenn aus der Not heraus kurzfristig Kinderbetreuungsplätze geschaffen werden müssen. Vorausschauende Planung, zu der auch ein gewisser „Vorrat“ an Betreuungsplätzen gehört, ist dabei oft wirtschaftlicher als die Annahme, der mitunter gar nicht absehbare Bedarf an Plätzen könne „just in time“ für kleines Geld befriedigt werden. Für uns gehören etwa kleinere Gruppengrößen dazu, die dann aber – und zwar wirklich nur im Notfall – auch einmal ausgebaut werden können, um teure Sofortmaßnahmen zu vermeiden.

→ *Kinderbetreuung, Kindertagesstätten*

Kindertagesstätten

Um dem nach wie vor wachsenden Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen zu entsprechen, stellt die Gemeinde in letzter Zeit immer wieder neue Einrichtungen her. Aktuell kurz vor der Fertigstellung ist ein mehrgeschossiges Gebäude am Nieder-Ramstädter Dornberg, wo eine Kindertagesstätte für etwa 85 Kinder entsteht. Wir hätten uns hier zwar mehr Freiflächen um das Gebäude herum für die Kinder gewünscht. Auch finden wir es nicht nachvollziehbar, warum ausgerechnet bei den Jüngsten an der Fläche gespart und in die Höhe gebaut wird, während sich Autos wie am „Parkplatz an der Modau“ in die Fläche ausbreiten. Dennoch begrüßen wir es, dass die



Gemeinde ihrer Pflicht nachkommt und durch den Bau der Kindertagesstätte für die Kinderbetreuung sorgt. Das Grundstück dort hat etwa eine Million Euro gekostet, der Bau über sieben Millionen Euro. Weil die Einrichtung in Zusammenhang mit dem Neubaugebiet Dornberg entsteht, gibt es von der finanziellen Nutznießerin des Baugebietes einen Zuschuss.

In Frankenhausen, Nieder-Beerbach und Trautheim weicht die Gemeinde gegenwärtig auf Freiflächen aus. Zwar will FUCHS Freiflächen grundsätzlich schonen, hier unterstützen wir die Errichtung von Kindertagesstätten in der Natur jedoch. In Frankenhausen soll eine neue feste Einrichtung ungefähr 100 Meter hinter dem Dorfgemeinschaftshaus an der Gewinnstraße auf einem Grundstück von etwa 2.400 Quadratmeter Größe gebaut werden.

In Nieder-Beerbach soll der bestehende Naturkindergarten am Frankensteiner Weg um etwa 1.800 Quadratmeter Grünlandfläche erweitert werden. Hier soll ein weiterer Bauwagen aufgestellt werden und ein kleines eingeschossiges „Schlafhaus“ von etwa 60 Quadratmeter Größe entstehen, wie auch wir erst nach einer formalen Anfrage erfahren haben. In Trautheim soll die Bauwagenanlage südlich der Straße Am Klingenteich unterhalb der Flüchtlingsunterkunft für die Kinderbetreuung erweitert werden. Dafür soll eine Fläche von insgesamt etwa 5.000 Quadratmeter zur Verfügung stehen.

→ *Flächenverbrauch, Kinderbetreuung, „Parkplatz an der Modau“*



Kindertagesstätten – Betrieb der aktuellen Einrichtungen am Dornberg

Am Dornberg gibt es gegenwärtig zwei Kinderbetreuungseinrichtungen, die beide durch die Nieder-Ramstädter Diakonie (NRD) betrieben werden. Dies sind die temporäre Einrichtung im „Haus Arche“ mit aktuell 47 Plätzen, deren Betrieb Mitte 2024 endet, sowie die Kita „Farbenfroh“ im „Haus Bodelschwingh“ mit aktuell 40 Plätzen, die es schon lange gibt. Die NRD hat den Betrieb der Kita „Farbenfroh“ zum Ende des laufenden Jahres gekündigt, sie wolle die Räumlichkeiten anders nutzen. Damit gibt es am Dornberg trotz der neuen gemeindlichen Kindertagesstätte mit etwa 85 Plätzen keine neuen Kapazitäten, obwohl hier ein Neubaugebiet für fast eintausend Einwohner entsteht.

Die Gemeinde hat den Betrieb im „Haus Arche“ bei der NRD Ende 2021 ganz kurzfristig bestellt. Diese Notlösung war eigentlich für den Betrieb der Kinderbetreuung ab Januar 2022 vorgesehen, allerdings fehlte noch eine behördliche Genehmigung. Daher startete die Einrichtung dann erst im Sommer 2022. Im Vertrag der Gemeinde mit der NRD war festgehalten, dass die Gemeinde die Betriebskosten für die Kindertagesstätte übernehmen werde. Aus einem anderen Vertragsteil ergab sich, dass zu den Betriebskosten auch die Umbaukosten und die Einrichtung gehörten.

Inzwischen haben auch etwa die Fraktionen von CDU, SPD und „Mühlhaltern“ innerhalb eines Antrages vom 10. Mai 2022 anerkannt, dass die Gemeinde dabei ein sehr schlechtes Geschäft gemacht hat. Denn allein die von der Gemeinde erstatteten Umbaukosten hätten 900.000 Euro betragen, um den Betrieb für 47 Kinder zwei Jahre



lang zu gewährleisten. Hinzu kommt nach Darstellung der Fraktionen, dass die laufenden Personal- und Betriebskosten bereits ab Januar 2022 durch die Gemeinde zu zahlen gewesen seien, obwohl der Betrieb erst im Sommer 2022 angelaufen ist.

Für uns zeigt der Fall, dass die Gemeinde bei der Bemessung der Kinderbetreuungskapazitäten viel vorausschauender handeln muss. Zugleich wäre es hilfreich, die vorliegenden Verträge, welche die Gemeinde unterschreiben soll, auch auf ihre finanziellen Folgen hin besser zu prüfen. Bei allem fragen wir uns, in wessen Eigentum die teure Einrichtung mit den Spielgeräten im „Haus Arche“ nach Ende des Betriebes im Sommer übergeht. Sie wurde durch die Gemeinde bezahlt und wäre dann nach zwei Jahren noch neuwertig.

→ *Gemeindesteuern, Kinderbetreuung, Öffentliche Interessen*

Kindertagesstätten – Betrieb der neuen Einrichtung am Dornberg, Ausschreibung

Bereits im April und Mai 2020 hat die Gemeindevertretung beschlossen, dass der Betrieb der neuen gemeindeeigenen Kindertagesstätte am Dornberg nach deren Fertigstellung ab Januar 2024 zuvor ausgeschrieben wird. Die Gemeinde ist gesetzlich zur Sparsamkeit verpflichtet, sie gibt das Geld der Steuerzahler aus. Außerdem müssen natürlich die pädagogischen Konzepte der Betreiber stimmen und es muss etwa klar sein, dass sie auch immer ausreichendes Personal zur Verfügung stellen können. All diese Überlegungen sind vor einer Auftragsvergabe durch die Gemeinde zu prüfen. Daher ist die Ausschreibung der gängige und grundsätzlich der rechtlich vorgesehene Weg, um einen Betreiber zu ermitteln.



Die Verwaltung der Gemeinde hatte schon vor einiger Zeit den Betrieb öffentlich ausgeschrieben, um rechtzeitig vor Öffnung der Tagesstätte einen Betreiber zu haben und mit Fertigstellung des Gebäudes am 2. Januar 2024 starten zu können. Wie es aus der Gemeindeverwaltung heißt, sei Bedingung für die Teilnahme an der Ausschreibung gewesen, dass der Betreiber ein sogenannter „freier Träger“ sein müsse. „Freie Träger“ sind etwa die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die Caritas, die Nieder-Ramstädter Diakonie (NRD) und viele andere Organisationen. Danach durften sich also nur „freie Träger“ bewerben. Daraufhin gab es offenbar mindestens zwei Bewerbungen, darunter laut Verwaltungsgericht Darmstadt auch die NRD.

→ *Gemeindesteuern, Kinderbetreuung, Öffentliche Interessen*

Kindertagesstätten – Betrieb der neuen Einrichtung am Dornberg, Eilantrag gegen Ausschreibung

Gegen die öffentliche Ausschreibung des Betriebes der Kita am Dornberg durch die Gemeinde Mühlthal, die seit dem Frühsommer 2020 bekannt war, hat die Nieder-Ramstädter Diakonie (NRD) am 31. Juli 2023 einen Eilantrag beim Verwaltungsgericht Darmstadt unter dem Aktenzeichen 7 L 1857/23.DA eingelegt. Antragsgegnerin war die Gemeinde Mühlthal. Die NRD wollte offenbar zwar im Ergebnis erreichen, dass sie von der Gemeinde ohne Ausschreibung mit dem Betrieb der neuen Kita am Dornberg bevorzugt betraut wird. Jedoch hat die NRD laut Verwaltungsgericht beantragt, der Gemeinde Mühlthal „aufzugeben, das Vergabeverfahren vorläufig abzubrechen und ihr zu untersagen, einem Teilnehmer am Vergabeverfahren den Zuschlag zu erteilen.“



Damit hat die NRD beantragt, dass in Sachen Vergabeverfahren erst einmal Stillstand herrschen möge. Es sollte nach dem Antrag der NRD keinem Teilnehmer am Vergabeverfahren ein Zuschlag erteilt werden, also auch nicht der NRD, die ja laut Gericht auch Teilnehmerin am Vergabeverfahren war.

Das Verwaltungsgericht Darmstadt hat daraufhin am 13. Oktober 2023 zwar das laufende Ausschreibungsverfahren vorläufig angehalten. Das Gericht hat aber nicht dargelegt, was die Gemeinde denn nun rechtlich korrekt tun kann, um den Betrieb des Kindergartens schnell auf den Weg zu bringen.

Nachdem sich auch der Hessische Verwaltungsgerichtshof hier nicht ausdrücklich geäußert hat, wie nun zu verfahren ist, ist die Gemeinde damit in dieser Angelegenheit vorerst handlungsunfähig. Sie darf laut Verwaltungsgericht den Zuschlag noch nicht einmal der NRD erteilen. Nach Auffassung von FUCHS hätte die Verwaltung all das unverzüglich klar gegenüber den betroffenen Eltern kommunizieren müssen. Das hätte im Ergebnis zwar nur zur Folge gehabt hätte, dass die Verwaltung eingeräumt hätte, hier selbst nicht zu wissen, wann und wie es weitergeht. Die Gemeinde hätte dadurch aber die von ihr erwartete Transparenz geschaffen.

→ *Gemeindesteuern, Kinderbetreuung, Öffentliche Interessen*



Kindertagesstätten – Betrieb der neuen Einrichtung am Dornberg, Folgen aus Eilantrag gegen Ausschreibung

FUCHS meint, dass die Nieder-Ramstädter Diakonie (NRD) natürlich das Recht hat, vor Gericht zu ziehen, wenn sie sich von der Gemeinde falsch behandelt fühlt. Allerdings sollte ein solcher Rechtsstreit keineswegs auf dem Rücken der Eltern und der Kinder ausgetragen werden. Genau dazu kam es jetzt aber durch den erst am 31. Juli 2023 eingelegten Eilantrag.

Dabei dürfte es allen Verantwortlichen klar gewesen sein, dass ein derart kurz vor der geplanten Eröffnung begonnener Rechtsstreit, der auf den vorläufigen Stopp der Ausschreibung zielt, im Erfolgsfall naturgemäß die nur fünf Monate später vorgesehene Eröffnung zu Fall bringen kann. Nach Auffassung von FUCHS wäre es für die betroffenen Kinder und Eltern besser gewesen, wenn der Eilantrag der NRD drei Jahre früher beim Verwaltungsgericht gestellt worden wäre. Ein Jahr eher hätte auch gereicht. Dann hätte es zweieinhalb Monate vor der geplanten Eröffnung keine Unsicherheiten gegeben. Die Betroffenen hätten gewusst, woran sie sind. Die Gerichte hätten bereits final entschieden, für oder gegen die NRD.

Nun aber hat die Gemeindevertretung mehrheitlich beschlossen, den Betrieb der neuen Kita am Dornberg der NRD ohne Ausschreibung völlig frei zu vergeben. Denn es soll ja schnell gehen, was auch nachvollziehbar ist. Damit setzt sich die Gemeinde allerdings dem Risiko hoher Schadensersatzforderungen anderer freier Träger aus, die in die Verhandlungen zwar nicht einbezogen werden, die den Betrieb aber ebenfalls gewährleisten können. Diese anderen Träger haben



einen Rechtsanspruch darauf, sich gleichermaßen wie die NRD um den Betrieb der neuen Kita bewerben zu können. Zwar mag es nicht besonders wahrscheinlich sein, dass die Gemeinde solchen Ansprüchen ausgesetzt wird. Allerdings ist das auch nicht ausgeschlossen. Sind andere Betreiber so klagefreudig wie die NRD, so muss die Gemeinde durchaus mit Schadensersatzansprüchen rechnen. Daher hat die Fraktion FUCHS gegen die freihändige Vergabe des Kitabetriebes gestimmt. Eine rechtssichere Vergabe halten wir für erforderlich, genau das kann die Verwaltung indes gegenwärtig aber nicht leisten.

→ *Gemeindesteuern, Kinderbetreuung, Öffentliche Interessen*

Kindertagesstätten – Betrieb der neuen Einrichtung am Dornberg, Freiheiten für alle Träger

Kitas dürfen von „freien Trägern“ grundsätzlich nach eigenem Ermessen errichtet und betrieben werden. Auch die Gemeinde Mühlthal dürfte es begrüßen, wenn andere Träger solche Initiativen ergreifen. Die Gemeinden tragen dabei sogar in aller Regel die Kosten für den Betrieb. Es stand und steht daher auch der Nieder-Ramstädter Diakonie (NRD) völlig frei, wie bisher Kinderbetreuungseinrichtungen in eigenen Räumen zu betreiben. Dazu ist die Gemeinde überhaupt nicht notwendig. Zwar übernimmt die Gemeinde gemeinsam mit den Eltern die Kosten für den Betrieb der Kitas, es gibt allerdings keinen Rechtsanspruch eines „freien Trägers“ auf die Nutzung fremder Räume. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, denn wäre dies so, so könnte gleichberechtigt jeder „freie Träger“ die Nutzung fremder Räume beanspruchen.

Wenn die NRD also ihr gewiss gutes Kinderbetreuungsangebot mit Sicherheit hätte



erhalten wollen, so hätte sie das nach eigenem Ermessen jederzeit tun können. Die NRD hätte zu diesem Zweck beispielsweise das Grundstück für die Kindertagesstätte behalten können und hätte dort selbst eine neue Einrichtung bauen können. Das hätte der Gemeinde viel Geld gespart. Das aber wollte die NRD nicht. Sie wollte das Grundstück verkaufen und wollte, dass die Gemeinde dort für viel Geld baut. Die NRD wusste mit dem Grundstücksverkauf bereits, dass sie sich dadurch einem Wettbewerbsverfahren um den Betrieb der Kindertagesstätte werde stellen müssen, so lauteten nämlich die öffentlichen politischen Beschlüsse 2020. Die Politik und die Verwaltung der Gemeinde haben sich gegenüber der NRD absolut korrekt verhalten, auch wenn die NRD dies mitunter anders dargestellt haben mag.

FUCHS wäre es am liebsten gewesen, wenn die NRD selbst neu gebaut hätte. Ohne Komplikationen wären die rund 85 Betreuungsplätze beibehalten worden. Die NRD wäre immer Herrin des Verfahrens geblieben und die Gemeinde hätte insgesamt etwa neun Millionen Euro gespart.

→ *Gemeindesteuern, Kinderbetreuung, Öffentliche Interessen*



Kleukensweg – Ausgangslage



In Trautheim wurde ein kleiner Weg zwischen der Alten Darmstädter Straße und dem Papiermüllerweg vor vielen Jahren nach Christian Heinrich Kleukens benannt, der dort von 1911 bis zu seinem Tod 1954 lebte. Kleukens wurde 1880 in der Nähe von Bremen in ein sozialdemokratisches Elternhaus hineingeboren. Er war Buchdrucker, für den die Kunst der Schrift mit der Kunst der Sprache zusammenfiel. In Mainz war er Dozent für Kunst und Handwerk und leitete als Angestellter der Stadt die Mainzer Presse.

Von Großherzog Ernst Ludwig von Hessen-Darmstadt wurde Kleukens 1914 ausgezeichnet. 1921 empfing er in seinem Trautheimer Haus den ersten indischen Literaturnobelpreisträger Rabindranath Tagore. 1926 erhielt Kleukens den Georg-Büchner-Preis.

Im Juni 2023 beantragten und beschlossen die Mühltaler Fraktionen CDU, Grüne, SPD, FDP, „Beerwischer“ und „SoKU-Links“ gemeinsam, den Weg in Trautheim nicht mehr nach Kleukens zu benennen. Er sei aktiv für die NS-Ideologie eingetreten und habe davon auch beruflich profitiert. Die Fraktion FUCHS hat der



Umbenennung nicht zugestimmt. Wir waren und sind der Auffassung, dass solche Vorhaben zunächst einmal gründlich geprüft werden müssen. Wird der falsche Vogel abgeschossen, so kann dies auch andere Auseinandersetzungen mit der furchtbaren Vergangenheit in Misskredit bringen. Schon der Umstand, dass Kleukens bereits vor 1933 viel Hochachtung genoss, weswegen er es offenkundig nicht nötig hatte, seine Karriere über ein Anbiedern an das schlimme System zu forcieren, mahnten uns, genauer hinzuschauen. Auch die Tatsache, dass heute noch Nachfahren des Künstlers am Kleukensweg wohnen, forderte uns auf, nicht leichtfertig zuzustimmen.

→ *Kleukensweg - Recherchen*

Kleukensweg – Recherchen

Inzwischen haben wir unsere FUCHS-Mitstreiterin Dr. Ute Promies gebeten, die Sache Umbenennung Kleukensweg einmal vorläufig, aber unter Angabe von Quellen zu prüfen. Ute Promies ist Philologin und war viele Jahre Zweite Vorsitzende der Darmstädter Goethe-Gesellschaft. Aus den eingesehenen Dokumenten der Nachfahren von Kleukens geht hervor, dass der Künstler 1933 an der Kunst- und Gewerbeschule in Mainz einen Aushang der NSDAP entfernte. Darauf gab es eine längere Hausdurchsuchung in Trautheim. Dabei wurden Mitgliedsausweise der Paneuropa-Union und der Friedensgesellschaft gefunden, die sich beide für Frieden und Völkerverständigung einsetzten. Es wurde Kleukens nun mit dem Internierungslager Osthofen gedroht, wenn er sein „Wohlverhalten“ nicht durch den Eintritt in eine den Machthabern genehme Organisation belege.

Kleukens trat daraufhin dem „Stahlhelm“ bei, einem Bund ehemaliger Frontsoldaten des Ersten Weltkrieges. Als Mitglied darin wurde er, wie



andere auch, 1934 automatisch und ohne eigenes Zutun Mitglied der SA. Als „SA-Reserve“ wiederum sei er später Mitglied der NSDAP geworden. Weder innerhalb der SA noch der NSDAP habe sich Kleukens jedoch engagiert, er sei später lediglich „ehrenhalber“ „SA-Obersturmführer“ geworden, ohne jemals aktiv geführt zu haben. Dieser Rang ist der vorletzte der elf SA-Führerkategorien.

Im realen Leben habe Kleukens den Nationalsozialismus innerlich abgelehnt. Wegen unterlassenen „Hitlergruß“ und dem Verzicht auf Fahنشmuck zu „Führers Geburtstag“ habe es oft „Ärger“ gegeben. Seine Tochter sei die einzige Schülerin ihrer Klasse in der Darmstädter Viktoriaschule gewesen, die nicht Mitglied der Nazi-Jugendorganisation „Bund Deutscher Mädel“ war. Er habe privat Fabeln veröffentlicht, die unterschwellig Führertum und Nachlaufen kritisierten. Beruflich war er als Angestellter der Stadt Mainz an die Weisungen der politischen Führung gebunden.

Nachdem uns diese Umstände nun bekannt sind, stehen wir gefestigt zu unserer Einschätzung, wonach es notwendig gewesen wäre, vor einer Umbenennung des Trautheimer Weges erst einmal alle Seiten zu hören. Die neue Namensgeberin ist Marie Schenk, über die vor Kurzem beim Arbeitskreis Heimatgeschichte Mühlthal ein Buch erschienen ist. Sie hat jüdische Wurzeln und lebte von 1933 bis zu ihrem Tod 1981 in Trautheim, wo sie sich in der Zeit des Nationalsozialismus einigermaßen sicher fühlte. Die Ehre als Namenspatin eines Trautheimer Weges hat sie als emanzipierte Mutter und couragierte Friedenskämpferin ganz sicher verdient. Interessant ist, dass die Trautheimer Familien Schenk und Kleukens über Jahrzehnte hinweg gut miteinander befreundet waren und auch heute noch Kontakt haben.

→ *Kleukensweg - Ausgangslage*



Klimawandel

Der Klimawandel ist ein beherrschendes Thema fast jeder politischen Agenda. Nicht der Umstand, dass sich das Klima wandelt, ist besorgniserregend, sondern die Geschwindigkeit, mit welcher der aktuelle Klimawandel voranschreitet. Zwar gab es im Laufe der Erdgeschichte immer wieder wärmere und kältere Phasen. Der Wechsel zwischen den globalen Temperaturen war allerdings noch nie so groß wie gegenwärtig.

Nach allgemeiner und gut begründeter Auffassung liegt dies insbesondere am menschlichen Verhalten. Es wird aktuell erheblich mehr Kohlendioxid durch die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas ausgestoßen als im natürlichen Kreislauf wieder aufgenommen werden kann. Damit wird ein „Treibhauseffekt“ gestartet, an dessen Ende noch erheblich höhere Temperaturen stehen dürften.

Der Betrieb von Ölheizungen beispielsweise produziert ebenso unmittelbar Kohlendioxid wie das Autofahren mit Verbrennungsmotoren. Allerdings wird in aller Regel auch etwa beim Bau neuer Häuser und der Produktion von Elektroautos viel Kohlendioxid produziert. Und wenn gerade weder Sonnen- noch Windstrom erzeugt wird, so sind auch die eigentlich klimafreundlichen Wärmepumpen und Elektroautos oft auf Strom angewiesen, der aus der Verbrennung von Kohle und Gas gewonnen wird.

→ *Klimawandel – Umgang in Mühlthal,
Klimawandelanpassung*

Klimawandel – Umgang in Mühlthal

Die Fraktion FUCHS nimmt das Phänomen des Klimawandels außerordentlich ernst. Wir meinen, dass auch auf kommunaler Ebene alle naheliegenden Möglichkeiten genutzt werden



sollten, um die Menschen dazu zu bewegen, weniger Kohlendioxid auszustoßen. Die Gemeinde selbst sollte hier als gutes Vorbild dienen. Sie sollte nicht nur Vorschläge unterbreiten, wie sich andere besser verhalten sollten.

Für uns gehören daher beispielsweise attraktive Radwege und ein gut ausgebauter öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) zu den Grundlagen einer guten Klimapolitik. Es sollte leicht fallen, das Auto auch einmal stehen zu lassen. Fast noch naheliegender ist es etwa, den Baumbestand insbesondere in unseren Wäldern zu schützen, denn Bäume gelten als zentraler Kohlenstoffspeicher. Hier dürfen wir nicht nur mit erhobenem Zeigefinger auf die Zerstörung ferner Regenwälder deuten, sondern müssen da anfangen, wo wir selbst in der Verantwortung stehen. Auch daher setzen wir uns immer wieder für gesunde Wälder ein, die nicht allein ökonomischen Interessen geopfert werden dürfen.

Bei allem geht es uns weniger darum, durch zahlreiche Studien die – ohnehin oft bekannten – Möglichkeiten darzustellen, die gegen den Klimawandel helfen könnten. Das ist leider mitunter eher eine Beruhigung des schlechten Gewissens als ein konkretes Tätigwerden. Gerade auf kommunaler Ebene erwartet die Bürgerschaft nicht nur viel beschriebens Papier, sondern die Umsetzung erst einmal jener Maßnahmen, die einfach zu verwirklichen und nicht umstritten sind.

→ *Allgemeine städtebauliche Grundsätze, Bahnhofsbus, Frischluftversorgung, Klimawandel, Klimawandelanpassung, Symbolpolitik, Wald*

Klimawandelanpassung

Vom Thema Klimawandel grundsätzlich zu unterscheiden ist das Thema Klimawandelanpassung. Geht es um die Anpassung



an den Klimawandel, so steht im Mittelpunkt nicht mehr der Kampf gegen den Klimawandel, sondern der Klimawandel wird bereits als Tatsache erkannt, die nicht geleugnet werden kann und auf die reagiert werden muss. Selbst Menschen, die als Urheber für den völlig außerordentlich raschen Klimawandel nicht die aktuelle Zivilisation anerkennen, stellen sich der Erkenntnis. Es wird eben auch bei uns immer wärmer. Ungewöhnliche Wetterphänomene wie längere Dürrezeiten im Sommer und besondere Starkregen nehmen zu.

Für FUCHS heißt das etwa, dass kühlende Faktoren wie Freiflächen und gesunde Wälder in Siedlungsnähe sowie Baumbewuchs im Siedlungsraum nicht heruntergefahren werden dürfen. Im öffentlichen Straßenraum muss es unserer Auffassung nach mehr Bäume geben. Das ist eine einfache, aber eben auch eine machbare Aufgabe, die wir immer wieder vorgetragen haben. Kühlende Frischluftschneisen dürfen nicht mehr und mehr für andere und nur aus kurzfristiger Sicht naheliegende Zwecke geopfert werden. Bei der Wasserversorgung muss vorausschauender agiert werden. Es darf nicht wie bislang so getan werden, als verträge unser Netz immer weitere Neubaugebiete.

Besondere Starkregen, die früher statistisch alle hundert Jahre auftraten, gibt es inzwischen erheblich häufiger, möglicherweise alle zehn Jahre. Ganz besondere Starkregen, die früher statistisch alle tausend Jahre aufgetreten sind und deshalb in den Planungen vernachlässigt wurden, gibt es heute möglicherweise schon alle hundert Jahre. Deshalb müssen wir uns darauf einstellen und können nicht so tun, als gebe es diese Phänomene nicht. Das nicht für möglich gehaltene Ahrhochwasser hat vor zwei Jahren deutlich gemacht, wie ernst diese Gefahr genommen werden muss.



Daher ist es einerseits sinnvoll, wenn möglichst viel Regenwasser vor Ort im Boden versickert und nicht ins Abwasser gelangt. Das dürfte auch helfen, den Grundwasserstand nicht noch weiter sinken zu lassen. Andererseits müssen wir auch verstärkt ein besonderes Hochwasser an der Modau in Betracht ziehen. Echte Naturflächen, die Hochwasser aufnehmen können, sind dort wichtiger als etwa Parkplätze, die auch von der Modau weiter entfernt errichtet werden können.

→ *Allgemeine städtebauliche Grundsätze, Baugebiete, Frischluftversorgung, Hochwasser, Klimawandel, Klimawandelanpassung, „Parkplatz an der Modau“, Straßenbäume, Symbolpolitik, Wald*

Kompromisse

In der Politik sind verschiedene Interessengruppen vertreten. Oft widersprechen sich die Interessen. In einer Familie etwa besteht dann oft das Bemühen, dass sich nicht einseitig nur das Interesse des Stärkeren auf ganzer Linie durchsetzt, sondern dass auch die „unterlegenen“ Interessen noch berücksichtigt werden, wenn auch nicht so intensiv. Konflikte können so bereits im Keim erstickt werden und der Zusammenhalt gerät nicht in Gefahr. Das ist eine notwendige Voraussetzung, um echte dauerhafte Harmonie zu sichern.

Nach unserer Auffassung sollte dieses Vorgehen auch für die Politik beispielhaft sein. Leider stellen wir aber immer wieder fest, dass sich die Mehrheit in der Kommunalpolitik ohne Rücksicht auch auf starke Minderheiten voll durchsetzt und zu keinerlei Zugeständnissen bereit ist. Nach dem Motto „Mehrheit ist Mehrheit“ scheidet eine Berücksichtigung von Interessen, die in der Gemeindevertretung keine Mehrheit findet, dann bereits von vornherein aus. Das finden wir sehr schade, weil dieses Verhalten zur Spaltung



innerhalb der Gemeinde führt. Allerdings gibt es auch in Mühlthal Beispiele für letztlich gelungene Kompromisse. Wir haben hier im aktuellen FUCHS-ABC je ein positives und ein negatives Beispiel benannt.

→ *Golfplatz Traisa, „Parkplatz an der Modau“*

Leerstände

Bei den sogenannten Leerständen handelt es sich um zwar fertigen Wohnraum, der aber nicht bewohnt wird. Die Gründe dafür sind vielfältig. In jedem Fall ist es ärgerlich, wenn einerseits preisgünstiger Wohnraum gesucht wird, wenn aber andererseits bezugsfertiger Wohnraum leersteht. Nach der Untersuchung eines Ingenieurbüros im Zuge der Arbeiten für den neuen Flächennutzungsplan gibt es in jedem Mühlthaler Ortsteil ein nicht unwesentliches Leerstandspotential. Wir sehen es auch als eine politische Aufgabe an, dieses Potential an Wohnflächen zu heben. Allerdings wollen wir hier unter keinen Umständen Zwang anwenden. Vorschläge, wie leerstehender Wohnraum auf freiwilliger Basis angeboten werden kann, haben wir bereits eingebracht, wenn auch erfolglos.

→ *Baugebiete, Baulücken, Bevölkerungsentwicklung, Flächennutzungsplan, Flächenverbrauch, Grundstückspreise, Mühlthal entwickeln, Preisgünstiger Wohnraum - Initiativen, Wohnraum*



Mühltal entwickeln

In der politischen Diskussion ist mitunter von der „Entwicklung Mühltais“ die Rede. Damit ist häufig ganz einfach nur gemeint, immer neue und oft seelenlose Baugebiete aus dem Boden zu stampfen. Wir haben eine andere Vorstellung von „Entwicklung“. Wir fragen zunächst nach den öffentlichen Bedürfnissen in Mühlthal, nicht nach den Interessen von Investoren und einzelnen Grundstückseigentümern. An diesen öffentlichen Bedürfnissen sollte sich die „Entwicklung“ orientieren.

Brauchen wir wirklich immer neue Baugebiete, die natürlich auf Kosten der Natur entstehen müssen, denn große Industriebrachen wie in Ober-Ramstadt gibt es in Mühlthal nicht? In einer ungezügelten „Entwicklung“ immer neuer Baugebiete, für die dann durch die Gemeinde auch Kindergärten, Wasserversorgung und Straßen zur Verfügung gestellt werden müssen, sehen wir aktuell keinen echten Fortschritt.

Wir möchten vielmehr vor allem die Lebensqualität entwickeln. Dazu gehören gute Verbindungen mit Bussen und Bahnen, dazu gehören Radwege auch nach Nieder-Beerbach und Frankenhausen, für die wir uns schon immer einsetzen. Dazu gehört der Erhalt der Natur in und um Mühlthal, dazu gehören Einrichtungen wie unser Freibad, lebenswerte Ortskerne und der zeitgemäße Ausbau funktionstüchtiger Sportanlagen. Und wenn Mühlthaler Gewerbebetriebe nachvollziehbar mehr Flächen brauchen, eine unserer Feuerwehren erweitert werden muss oder Kindergärten und preisgünstiger Wohnraum fehlen, sind das für uns Aufträge, denen wir uns auch gern stellen – dabei immer in Einklang mit anderen Interessen, etwa dem Schutz der Natur.



- *Allgemeine städtebauliche Grundsätze, Bahnhofsbus, Bevölkerungsentwicklung, Flächen für die Landwirtschaft, Flächenverbrauch, Leerstände, Preisgünstiger Wohnraum - Initiativen, Schritt für Schritt, Schwimmbad, Steter Tropfen, Städtebaulicher Charakter Mühlhals, Städtebauliche Sünden, Straßenbäume, Veränderungen, Wohnraum*

„NRA 11“

In die politischen Diskussion ist gegenwärtig ein Neubaugebiet in Nieder-Ramstadt, "NRA 11" genannt. Es würde grob auf den Äckern zwischen dem NRD-Gelände am Dornberg und der Straße An der Flachsgröße liegen. FUCHS lehnt dieses Neubaugebiet ab. Es würde weit in die wichtige Frischluftschneise und den Grünzug zwischen Nieder-Ramstadt und Trautheim hineinragen, der das Ortsbild prägt.

Der von dort ausgehende Verkehr würde durch Nieder-Ramstadt und durch Trautheim fließen. Laut einem Gutachten dürften zwei Drittel des Verkehrs nach Darmstadt gehen. Busverbindungen bestehen nur jede halbe Stunde und auch der Bahnhof liegt nicht in fußläufiger Entfernung. Der Charakter der freien und un bebauten Landschaft unmittelbar in Siedlungsnähe würde wegfallen. Das sind für uns die wesentlichen städtebaulichen Gründe, weshalb wir das Baugebiet ablehnen. Nach einer gewissenhaften Abwägung liegt das Baugebiet für uns nicht im öffentlichen Interesse, sondern befriedigt vor allem die verständlichen Interessen der Grundstückseigentümer, die aus den Äckern wertvolles Bauland machen wollen.

Eine Ausweisung dieses Baugebiets brächte für die Gemeinde auch keinen finanziellen Gewinn. Ganz im Gegenteil dürften wieder einmal für die Gemeinde Kosten entstehen und die Verwaltung dadurch mit viel Arbeit belastet werden. Auch preiswerter



Wohnraum in angemessenem Umfang und mit einer akzeptablen Quote oder gar günstige Baugrundstücke für Mühltaler Bürgerinnen und Bürger durch sogenannte Einheimischenmodelle dürfte es dort nicht geben. Beides hatte FUCHS schon vor einiger Zeit allgemein für neue Baugebiete beantragt, beides lehnte die Mehrheit in der Gemeindevertretung aber ab. CDU, SPD und FDP insbesondere befürworteten das Baugebiet, FUCHS und die Grünen insbesondere lehnen es ab.

- *Abwägen, Allgemeine städtebauliche Grundsätze, Bevölkerungsentwicklung, Einzelinteressen, Flächen für die Landwirtschaft, Flächenverbrauch, Grundstückspreise, Leerstände, Öffentliche Interessen, Preisgünstiger Wohnraum – Initiativen, Städtebaulicher Charakter Mühltais, Städtebauliche Sünden, Steter Tropfen, Wohnraum*

Öffentliche Interessen

Die Kommunalpolitik ist bei ihren Entscheidungen verpflichtet, das Gemeinwohl und damit öffentliche Interessen besonders zu beachten, so will es § 35 Absatz 1 der Hessischen Gemeindeordnung. Um öffentliche Interessen handelt es sich, wenn nicht nur ganz bestimmte Personen betroffen sind, sondern die Allgemeinheit. Oft stehen öffentliche Interessen und Einzelinteressen im Widerstreit zueinander.

So kann es etwa sein, dass ein Acker zwar dem Einzelinteresse eines Landwirtes dient, zugleich aber auch dem öffentlichen Interesse, weil der Acker der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln dient, weil darüber wichtige Frischluft zieht und weil der Acker auch für alle ein Naturerlebnis mit Aussicht bietet. Wird der Acker dagegen bebaut oder als abgegrenzter Privatgarten genutzt, so dient er insbesondere dem Einzelinteresse. Bei solchen Umständen schauen



wir besonders hin und versuchen, den öffentlichen Interessen den Vorrang zu geben. Eine sparsame Haushaltsführung der Gemeinde gehört natürlich auch zu den öffentlichen Interessen. Es geht dabei um das Geld aller Steuerzahler.

→ *Abwägen, Einzelinteressen, Gefälligkeiten*

Parkinsonsches Gesetz

Der britische Wissenschaftler Cyril Northcote Parkinson untersuchte die Entscheidungsfindungen in Gremien. Er stellte fest, dass bei Budgetdebatten häufig die für die Diskussion eines Ausgabepostens aufgebrauchte Zeit umgekehrt proportional zu dessen Höhe ist. Je mehr Geld eine Sache kostet bzw. je komplexer sie ist, umso weniger wird genau nachgefragt. Ist eine Sache, über die entschieden werden soll, aber billig, so ist sie oft auch einfach und gut durchschaubar. Deshalb fühlen sich diejenigen, die zu entscheiden haben, dann regelmäßig dazu aufgefordert, dabei intensiv mitzureden.

Diese Erfahrung haben wir auch schon gemacht. Geht es beispielsweise darum, ob unsere Sportvereine einige Cent Förderung pro Quadratmeter Fußballplatz mehr bekommen sollen, so gibt es in der Gemeindevertretung oft große Diskussionen ohne Redezeitbeschränkung. Geht es dagegen um größere – aber eben auch um komplexere – Themen wie Bebauungspläne und den Flächennutzungsplan und damit um die Zukunft unserer Gemeinde, so beschließt die Mehrheit sogar regelmäßig von vornherein eine Redezeitbegrenzung, weil man sich damit offenbar gar nicht weiter auseinandersetzen will.

Wir setzen die Schwerpunkte anders. Für uns sind die langfristigen Dinge, die nach den Beschlüssen in der Gemeindevertretung dann auch nicht mehr geändert werden können, tatsächlich wichtig. Daran wird man uns noch in Jahrzehnten erinnern und hier



sehen wir uns wirklich in einer großen Verantwortung.

→ *Allgemeine städtebauliche Grundsätze – Inhalte, Bürgerbeteiligung, Flächennutzungsplan*

„Parkplatz an der Modau“

Das noch recht neue Gewerbegebiet Ruckelshausen wurde unter städtebaulichen Aspekten damit beworben, dass es südlich der Bundesstraße 426 liegt und damit keinen Verkehr produziert, der sich in die Wohngebiete innerhalb des Straßenhalbringes der Bundesstraßen 426 und 449 erstreckt. Zu- und abfließender Verkehr werde naheliegend ganz unmittelbar nur durch die B 426 abgewickelt.

Diese gute Planungsidee wurde jetzt aber ausgerechnet durch den Großparkplatz einer Fahrradfirma mit knapp 400 Stellplätzen aufgehoben, der nun doch innerhalb des Straßenhalbringes und nördlich der Bundesstraße 426 an der Kläranlage gebaut wird. In der Folge lässt sich naturgemäß die Argumentation nicht mehr aufrechterhalten, wonach die anliegenden Wohngebiete in Nieder-Ramstadt und bis nach Trautheim keinen Verkehr durch den Großparkplatz bekommen. Hinzu kommt, dass dieser Großparkplatz unmittelbar an der Modau liegt, was aus Gründen des Natur- und des Hochwasserschutzes unakzeptabel ist.

Daher haben wir diverse Alternativvorschläge unterbreitet, wie das große Parkplatzproblem der Fahrradfirma für alle Seiten akzeptabel gelöst werden kann. Die neueren Gebäude hätten beispielsweise mit flächensparenden Tiefgaragen versehen werden können, auch hätte die Möglichkeit bestanden, mit der teilweise steilen Hanglage auch einige Gebäudedächer zu nutzen. Schließlich regten wir an, den neuen Parkplatz über



einen kleinen Tunnel unter der B 426 hindurch direkt vom Gewerbegebiet aus zu erschließen und den Parkplatz von der Modau weiter entfernt zu bauen.

All das wurde abgelehnt. Die Investoren waren nicht bereit, auch nur ein Jota auf all die berechtigten Bedenken einzugehen. Sie setzten ihre Interessen gegen alle Bedenken einseitig durch. Das halten wir auch vor dem Hintergrund, dass es im Leben immer ein gegenseitiges Aufeinanderzugehen geben sollte, nicht für richtig. Es wäre auch hilfreich gewesen, wenn die politische Mehrheit kritischer gewesen wäre und auf für alle akzeptable Kompromisse gedrängt hätte.

→ *Brücken, Bürgerbeteiligung, Flächenverbrauch, Kompromisse, Photovoltaik in Mühlthal*

Photovoltaik



Die Sorge um den Klimawandel, aber auch die darüber hinausgehende Erkenntnis, die natürlichen Ressourcen der Erde ohnehin nach Möglichkeit zu schonen, fordern einen bewussteren und sparsameren Umgang mit den Energieträgern. Erneuerbare Energien sollten in diesem Zusammenhang forciert ausgebaut werden. Eine recht einfache und unproblematische Art der



Energiegewinnung ist die Photovoltaik, die Strom direkt aus dem Sonnenlicht produziert.

Politisch beworben werden schon kleine private „Balkonkraftwerke“, die Strom in geringen Mengen produzieren, der unmittelbar in die Steckdose geleitet wird. Größere Anlagen auf Dächern produzieren mehr Strom und sind politisch ebenfalls erwünscht, weil der Strom dann eben nicht durch die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas hergestellt werden muss. Wir finden es richtig, wenn die zahlreichen Möglichkeiten, die auf den ohnehin bereits genutzten Flächen bestehen, auch verwendet werden, um unschädlich und ohne Eingriffe in die Natur Strom zu produzieren. § 12 des Hessischen Energiegesetzes bestimmt seit 2022, dass auf Parkplätzen mit mehr als 50 Stellplätzen Photovoltaik installiert werden muss. Die meisten unserer Mandatsträger nutzen übrigens schon seit Jahrzehnten die Sonne als Energielieferant.

➔ *Freiflächenphotovoltaik, Klimawandel, Photovoltaik in Mühlthal*

Photovoltaik in Mühlthal

Auch in Mühlthal ist die Sinnhaftigkeit der Photovoltaik eigentlich in Verwaltung und Politik bereits angekommen. Daher haben wir uns sehr gewundert, dass die Gemeindevertretung auf Vorlage der Verwaltung Ende 2022 den Bebauungsplan „Parkplatz an der Modau“ mit knapp 400 Stellplätzen politisch ohne Photovoltaik beschlossen hat. In der Verwaltungsvorlage war zwar eine Anregung des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) enthalten, welche die Photovoltaik auf dem Parkplatz ins Spiel brachte, wenn die Freifläche hier aufgegeben werden sollte.

Dieser Anregung wurde jedoch durch die Verwaltung unter dem Bürgermeister mit dem Hinweis begegnet, wonach Photovoltaik im



vorliegenden Fall der Nutzung einer ehemaligen Freifläche als Parkplatz ein zu großer Eingriff in die Natur sei, so vermerkt es die Beschlussvorlage auf Seite 63. „Da der Parkplatz möglichst naturnah gestaltet werden soll, ist die Errichtung eines überdachten oder teilüberdachten Parkplatzes mit Solarenergie aufgrund des erheblichen Eingriffs in die Natur nicht vorgesehen,“ gibt die Verwaltungsvorlage zur Kenntnis. Die Gemeindevertretung hat diese Vorlage insofern ungeändert mehrheitlich beschlossen und hat sich damit auch den Inhalt der Vorlage zu eigen gemacht. Damit wurde mehrheitlich der politische Wille geäußert, auf dem Parkplatz keine Photovoltaik vorzusehen. Einzig die Fraktion FUCHS hat gegen den Bebauungsplan in dieser Form gestimmt, siehe den Beschluss der Gemeindevertretung vom 13. Dezember 2022 zur Drucksache 2022/243. Wir hätten lieber ein flächensparendes Parkhaus mit Photovoltaik gehabt.

Ansonsten wirbt die Gemeinde, Mühlthal nennt sich „Klimakommune“, immer wieder und mit guten Gründen für die Installation von Photovoltaikanlagen auf privaten Dächern. Das finden wir zwar grundsätzlich richtig. Allerdings meinen wir, dass die beste Werbung wie bei der Kindererziehung das eigene Vorbild ist. Daher haben wir beantragt, dass auch die Gemeinde die Dächer ihrer eigenen Gebäude darauf untersuchen soll, ob Photovoltaik möglich und sinnvoll ist. Sollte das der Fall sein, so soll die Gemeinde bei der Nutzung der Photovoltaik selbstverständlich vorangehen und damit die Sinnhaftigkeit dieser Art der Stromgewinnung dokumentieren.

➔ *Bürgerbeteiligung, Freiflächenphotovoltaik, Klimawandel, „Parkplatz an der Modau“, Photovoltaik, Symbolpolitik*



Planwirtschaft

In einer Planwirtschaft werden auch die Bedürfnisse der Menschen zentral geplant bzw. die Bedürfnisse der Menschen haben sich nach diesen Planungen zu richten. Die Marktwirtschaft reagiert dagegen auf die Bedürfnisse der Menschen. Sie orientiert sich daran und schafft entsprechende Angebote. So orientiert sich die Öffnungszeit etwa eines Biergartens, der nach planwirtschaftlichen Grundsätzen geführt wird, am Kalender. In den Sommermonaten hat er geöffnet, ansonsten ist er geschlossen. Die DDR hatte nach diesem Modell recht erfolglos ihre Wirtschaft organisiert. Dagegen öffnet ein Biergarten, der nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen geführt wird, je nach Wetterlage. Ist es schön, gibt es die Nachfrage der Menschen, den Biergarten zu besuchen. Dann öffnet der Biergarten, denn die Menschen wollen ihn wegen des schönen Wetters aufsuchen – und zwar unabhängig davon, was der Kalender sagt. Ein Skiliftbetreiber, der sich nur am Datum, aber nicht am Wetter orientiert, wird schnell pleite sein.

Wir meinen, dass wir uns auch bei den Öffnungszeiten unseres Freibades in Traisa an den Bedürfnissen der Menschen orientieren sollten. Denn wir haben das Schwimmbad, um auf die Bedürfnisse der Menschen zu reagieren. Es sollte nach Möglichkeit auch dann geöffnet sein, wenn der Sommer laut Kalender vielleicht schon vorbei ist, die Temperaturen aber noch so hoch sind, dass die Menschen das Bad auch Mitte September noch besuchen möchten.

→ *Schwimmbad - Saison*



Politische Auseinandersetzung

Wir leben zum Glück in einer Demokratie, in der die Meinungsfreiheit eine große Rolle spielt. Unsere Ordnung sieht es vor, dass die politischen Entscheidungsfindungen transparent sind und die Argumente, die für und gegen etwas sprechen, offen diskutiert und gegeneinander abgewogen werden. Das ist die zentrale Basis unseres Systems, das seinen Ursprung in der westlichen Wertegemeinschaft hat.

Allerdings nehmen auch wir zunehmend zur Kenntnis, dass sachliche Argumente mitunter hinter schlagwortartigen Parolen untergehen. Wird beispielsweise ganz sachlich die Kritik geübt, dass ein Politiker Sitzungen nicht besucht, so will man sich dem naturgemäß nicht gern stellen. Es heißt dann schon einmal ganz einfach, dass eine Kampagne geführt werde. Damit soll die sachliche Auseinandersetzung bereits im Keim erstickt werden.

Dieses Verhalten, das unsere Ordnung so eigentlich nicht vorsieht, führt zunächst dazu, dass wirklich sachliche Auseinandersetzungen immer weniger werden. Sie können nicht geführt werden, weil sie von vornherein abgeblockt werden. Die – oft berechtigte – Kritik wird ganz einfach in eine schmutzige Ecke gestellt, mit der man sich nicht weiter befassen muss. Das wiederum hat zur Folge, dass insgesamt Zweifel am Prozess der politischen Meinungsbildung entstehen und damit mehr und mehr eine Grundlage unseres Systems in Frage gestellt wird. Wir von FUCHS haben den Anspruch, uns mit den Dingen wirklich auseinanderzusetzen, und zwar genau so, wie es unsere Ordnung vorsieht. Dazu gehört natürlich auch, dass auch wir uns sachlicher Kritik stellen müssen.

→ **Bürgerbeteiligung, Symbolpolitik, Vertrauen in Demokratie**



Preisgünstiger Wohnraum

Die Immobilienpreise in Mühlthal sind oft hoch. Ob Wohnraum gekauft oder gemietet werden soll, es werden regelmäßig hohe Preise aufgerufen und auch gezahlt. Für Menschen, die über viel Geld verfügen oder etwa eine Wohnung erben, ist das dann zwar oft kein Problem. Anders sieht es bei denen aus, die beispielsweise in Mühlthal aufgewachsen sind und hier auch bleiben wollen, die aber einfach keinen Wohnraum finden, den sie auch bezahlen können. Auch Bedienstete der Gemeinde, etwa in den Kindergärten, die hier arbeiten und die für uns da sind, finden in Mühlthal oft keinen Wohnraum, der in ihr Budget passt. Preisgünstiger Wohnraum ist in Mühlthal Mangelware, er wird aber gebraucht.

→ *Baugebiete, Baulandausweisungen, Bevölkerungsentwicklung, Grundstückspreise, Leerstände, Mühlthal entwickeln, Preisgünstiger Wohnraum – Initiativen, Wohnraum*

Preisgünstiger Wohnraum – Initiativen

Immer wieder haben wir Initiativen ergriffen, um dem Mangel an preisgünstigem Wohnraum entgegenzuwirken. Dies ging etwa von der Anregung, die Gemeinde könne Bürgschaften stellen, um unschlüssige und unerfahrene Hauseigentümer dazu zu bewegen, leerstehenden Wohnraum zu günstigen Preisen zu vermieten, über die Bitte, in Bebauungsplänen eine wirklich hilfreiche Quote bezahlbaren Wohnraumes einzuführen bis zum Ansatz, bei Baugebieten auch die Einheimischen zu berücksichtigen und kleinere Grundstücke unter sozialen Kriterien zu noch vertretbaren Preisen an Menschen zu verkaufen, die ihren Lebensmittelpunkt ohnehin schon lange in Mühlthal haben. All das wurde leider abgelehnt.



Wir hatten auch etwa vorgeschlagen, dass die Gemeinde eruiert, ob sie Grundstücke an gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften in Erbpacht vergeben kann. Die Gesellschaften könnten darauf einfache und günstige Mehrfamilienhäuser ohne Tiefgaragen und vielleicht auch ohne Keller bauen. Es soll nach Möglichkeit auf alles verzichtet werden, was das Bauen teuer macht. Die so neu entstehenden Wohnungen sollten dann zu wirklich vertretbaren Preisen unter zehn Euro pro Quadratmeter vermietet werden. Dabei sollten die Mieter nach sozialen Kriterien ausgesucht werden und danach, wie lange sie bereits in Mühlthal leben bzw. hier eine Wohnung suchen. Auch sollte sich die Gemeinde Belegungsrechte sichern, damit uns dringend benötigtes Personal keine Absagen erteilt, weil es in Mühlthal keinen bezahlbaren Wohnraum findet.

- *Baugebiete, Bevölkerungsentwicklung, Grundstückspreise, Leerstände, Preisgünstiger Wohnraum, Wohnraum*

Regionalplan

Der Regionalplan, für Mühlthal ist der „Regionalplan Südhessen“ einschlägig, gibt Leitlinien für die Planung in jeder Kommune vor. Die Regionalpläne konkretisieren die raumordnerischen Festlegungen aus dem Landesentwicklungsplan für die jeweiligen Regionen. Sie werden mit viel Expertenwissen von Fachbehörden erarbeitet. Das Regierungspräsidium ist hier federführend. Darin sind die Ziele der Landesplanung eingearbeitet. Ein maßgeblicher Leitsatz darin ist, mit Grund und Boden sparsam zu haushalten und Freiflächen nach Möglichkeit zu schonen.

Die Regionalpläne gestehen den Kommunen zwar regelmäßig auch Erweiterungsflächen zu. Diese sind allerdings begrenzt. Werden diese Flächen also



etwa unter dem Motto vergeben, dass es ja immer wieder nur kleinere Flächen sind, die vielleicht ausgewiesen werden, um bestimmte Interessen zu befriedigen, so müssen diese neuen verbrauchten Flächen natürlich zusammengezählt werden. Damit können sie am Ende auch städtebaulich sinnvolle Erweiterungen, die im öffentlichen Interesse liegen, verhindern, weil die im Regionalplan zugestandenen maximalen Flächen schon anders aufgebraucht wurden.

Problematisch ist aber auch immer wieder, dass die Regionalpläne zwar durch viel Kompetenz getragen sind. Das, was für das ganze Land und die einzelnen Kommunen in den kommenden Jahren wichtig sein wird, ist hier bereits erfasst. Allerdings scheren einzelne Kommunen auch aus und versuchen, sich nicht am Regionalplan zu orientieren, um andere Interessen durchzusetzen. So sind beispielsweise in Mühlthal zahlreiche Flächen, die nach dem Mehrheitswillen der Gemeindevertretung bebaut werden sollen, im Regionalplan mit guten Gründen als Freiflächen vorgesehen. FUCHS vertraut grundsätzlich auf den Regionalplan und das dahinter stehende Wissen der Fachleute. Deshalb halten wir uns gern an den Regionalplan und lehnen nicht erforderliche Baugebiete und andere überflüssige Flächenumwandlungen ab.

- ➔ *Abwägen, Acker am Vogelteich, Allgemeine städtebauliche Grundsätze, Baugebiete, Bevölkerungsentwicklung, Flächennutzungsplan, Flächenverbrauch, Klimawandel – Anpassung, Leerstände, Mühlthal entwickeln, „NRA 11“, „Parkplatz an der Modau“, Städtebaulicher Charakter Mühlthals, Steter Tropfen, Wiese am Dorfgemeinschaftshaus Frankenhausen, Wiese am Frankensteiner Weg, Wohnraum*



Schritt für Schritt

Die Verwaltung einer Gemeinde muss sehr viele Dinge erledigen. Das reicht vom Einwohnermeldeamt zur Organisation der Kinderbetreuung, das Bauamt ist ebenso gefordert wie die Wasserversorgung. Die Feuerwehren müssen unterhalten werden, zum Glück können wir uns hier vor allem auf die vielen Ehrenamtlichen verlassen. Zahlreiche andere Bereiche schließen sich an. Damit organisiert die Verwaltung die Infrastruktur, die wir alle brauchen, um in der Gemeinde überhaupt leben zu können.

Je größer eine Kommune ist, um so mehr Infrastruktur wird benötigt. Für wie viele Einwohner und Gewerbebetriebe ist Trinkwasser bereitzustellen? Wie viele Kinder gibt es in der Gemeinde, für welche die Verwaltung die Betreuung organisieren muss? Reichen die Straßen aus, muss das Einwohnermeldeamt personell verstärkt werden? Der Landkreis stellt die Schulgebäude zur Verfügung, reichen die Kapazitäten? Wie sieht es mit der ärztlichen Versorgung aus? All diese Fragen betreffen Dinge, die zur Daseinsvorsorge vorhanden sein müssen.

Daher sind wir der Auffassung, dass die Verwaltung erst einmal die Infrastruktur sichern muss, die für die Gemeinde in der aktuellen Größe erforderlich ist, bevor darüber gesprochen wird, den Empfängerkreis dieser Infrastruktur durch immer wieder neue Baugebiete zu erweitern. Mühlthal steht heute schon immer wieder vor großen Problemen, es seien nur die Stichworte Wasserversorgung und Kinderbetreuung genannt. Für das Baugebiet am Dornberg wurde die dortige Trinkwasserquelle stillgelegt, es kommen auf dem Areal aber knapp eintausend neue Wasserverbraucher hinzu. Am Dornberg wird es zwar einen neuen Kindergarten der Gemeinde für 85 Kinder geben, es fallen dort aber 87 Kinderbetreuungsplätze der NRD-



Einrichtungen weg. Das Rathaus selbst platzt heute bereits aus allen Nähten, wo soll eine erweiterte Verwaltung untergebracht werden? Unserer Auffassung nach sollte sich die ohnehin schon überlastete Bauverwaltung auch eher beispielsweise um die Einrichtungen der Kinderbetreuung und der Wasserversorgung kümmern als um weitere neue Baugebiete.

Wir meinen, dass hier nicht der dritte Schritt vor dem ersten gegangen werden darf. Neue Baugebiete sollten erst dann angegangen werden, wenn die gesamte gemeindliche Infrastruktur auf wirklich gesunden Füßen steht und auch für eine Erweiterung Mühltais ausreicht. Andernfalls holen wir uns heute schon genau die Probleme ins Haus, an denen wir morgen schwer zu tragen haben werden. Wir wollen die Bürgerschaft Mühltais nicht mit dieser speziellen Art von Schulden belasten.

→ *Allgemeine städtebauliche Grundsätze, Bahnhofsbus, Bevölkerungsentwicklung, Flächen für die Landwirtschaft, Flächenverbrauch, Kinderbetreuung, Kindertagesstätten, Leerstände, Mühltal entwickeln, Preisgünstiger Wohnraum - Initiativen, Regionalplan, Schwimmbad, Steter Tropfen, Städtebaulicher Charakter Mühltais, Wohnraum*

Schule am Pfaffenberg

Die Nieder-Ramstädter Grundschule am Pfaffenberg ist seit vielen Jahren stark sanierungsbedürftig. Vom Ausfall der Heizung über defekte Fenster und Türen bis zu undichten Dächern sind nahezu alle typischen Mängel vertreten, die ein Gebäude dieses Alters haben kann, wenn es nicht fortlaufend instand gehalten wird. Hinzu kommt, dass die Wärmedämmung schlecht ist und auch nur mit ganz erheblichem Aufwand wenigstens einigermaßen nachgerüstet werden könnte. Für die Schule ist aber nicht die



Gemeinde zuständig, sondern der Landkreis Darmstadt-Dieburg.

Allerdings ist die Gemeinde an der Schule „am nächsten dran“. Daher liegt es nahe, wenn auch die Gemeinde den Landkreis ergänzend auf die Problematik hinweist. Die Gemeindevertretung ist dazu berufen, den politischen Willen der Gemeinde auszudrücken. FUCHS hat daher beantragt, den Landkreis zu bitten, die dringend notwendige Sanierung der Pfaffenbergschule nunmehr zeitnah auf den Weg zu bringen. Unser Antrag wurde am 2. Juni 2021 in der Gemeindevertretung einstimmig angenommen.

Inzwischen hat der Landkreis eine Planung vorgelegt, wonach die Schule am Pfaffenberg neu gebaut wird. Darüber freuen wir uns sehr, es wird auch höchste Zeit. Dem Landkreis gehört die große Wiese am Pfaffenberg, die sowohl hinter der Schule als auch hinter dem noch recht neuen Kindergarten der Gemeinde am Pfaffenberg liegt. Dort soll ein vollständiger Neubau entstehen, der Landkreis plant mit Ausgaben von etwa 26 Millionen Euro. Nach Fertigstellung des Neubaus zieht der Schulbetrieb um. Das bestehende Gebäude wird der Landkreis verwerten. Es wird insbesondere erwogen, die alte Schule abzureißen und die Flächen als Wohnbauland zu verkaufen. So würde der Landkreis und damit die öffentliche Hand den Gewinn aus einer faktischen Baulandausweisung erzielen, was wir ausdrücklich befürworten.

→ *Allgemeine städtebauliche Grundsätze, Baugebiete, Bevölkerungsentwicklung, Flächenverbrauch, Öffentliche Interessen, Schritt für Schritt, Städtebaulicher Charakter Mühltais*



Schwimmbad – Saison

Die Gemeinde ist Betreiberin des Freibades in Traisa. Das Bad ist Bestandteil der Daseinsvorsorge, wenn es auch formal keine Pflichtaufgabe der Gemeinde betrifft. Klar ist, dass das Schwimmbad in der Vorstellung der Menschen wie das Rathaus und der Bahnhof zu Mühlthal gehört. Um das ohnehin vorhandene Bad auch so gut es geht zu nutzen, bietet der Schwimmbadclub bereits Früh- und Spätbaden an.



FUCHS fiel auf, dass viele andere Kommunen ihre Freibäder teilweise erheblich länger bis in den späten September hinein öffnen. Der Klimawandel hat auch hier offenbar schon zugeschlagen und hat die Sommer weiter nach hinten verschoben. Im vergangenen Jahr herrschten gar bis Mitte Oktober noch sommerliche Temperaturen. Dies wird andernorts anerkannt und es wird entsprechend reagiert. Es ist letztlich auch pragmatischer, den Betrieb des Bades der Nachfrage entsprechend anzubieten.

Daher haben wir bereits im Februar 2023 insbesondere beantragt, die Saison 2023 bei gutem Wetter um zwei Wochen bis zum 24. September zu verlängern. Dies sollte aber nur dann geschehen,



wenn die Temperaturen auf mindestens 22 Grad steigen würden. Um mögliche Kritiker bereits im Vorfeld zu beruhigen, schlugen wir außerdem vor, nach dem 10. September die Wassertemperaturen nur auf 19 Grad zu halten und das Schwimmbad dann auch nur von 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr zu öffnen. Damit hätte es zu sommerlichen Temperaturen Mitte September auch ein sommerliches Angebot gegeben, das problemlos möglich gewesen wäre, weil das Freibad ohnehin da ist. Das wäre auch eine Wertschätzung für unser Schwimmbad gewesen. Unser Antrag wurde von allen anderen Fraktionen sowie von unserem damaligen Mitglied Dr. Peter Spahn abgelehnt. „SoKU-Links“ enthielt sich. Für die neue Badesaison 2024 haben wir gleiche Anträge zu den Öffnungszeiten gestellt, die jedoch auch abgelehnt wurden.

➔ *Öffentliche Interessen, Planwirtschaft*

Schwimmbad – Sanierung

Das gemeindeeigene Freibad in Traisa hat in Sachen Technik Sanierungsbedarf. Zwar gelang es inzwischen, eine große Mehrheit in der Gemeindevertretung zu erzielen, die sich für die aktuelle Größe des Bades ausgesprochen hatte. Dennoch gibt es immer wieder Ideen, am Bad selbst etwas zu ändern. FUCHS meint, dass das Bad so wie es ist gut ist. Wir wollen den Bestand auf Dauer sichern und natürlich die Technik aktuell halten. Jegliche weitere Umbauten kosten viel Geld und führen mitunter zu Schließungen während der Bauzeit.

Im August 2022 ist FUCHS auf ein Förderprogramm der Bundesrepublik Deutschland gestoßen. 476 Millionen Euro wurden verteilt. Gefördert wurde mit bis zu 45 Prozent, bei Vorliegen einer



kommunalen Haushaltsnotlage mit maximal 75 Prozent, auch die Sanierung von Freibädern.

Daher haben wir die Teilnahme Mühltais an dem Programm beantragt, um das Freibad in Traisa mit Bundeshilfe auf Vordermann zu bringen. Dabei rechneten wir ganz grob: Wenn sich beispielsweise jede zehnte Kommune um die Förderung bewerben sollte, so würde statistisch jede teilnehmende Kommune pro Einwohner etwa 58 Euro erhalten. Gemessen an der Einwohnerzahl Mühltais könnte so mit etwa 812.000 Euro Förderung durch den Bund gerechnet werden. Daher wollten wir den Bogen nicht überspannen und setzten als Gesamtsumme aller Maßnahmen vorläufig 1,5 Millionen Euro an. Damit sollte insbesondere die Technik auf den neuesten Stand gebracht werden, was sicher auch das Kernproblem ist.

Unsere Initiative, sich am Förderprogramm des Bundes zu beteiligen, wurde durch die Verwaltung und die Gemeindevertretung auch aufgenommen. Die Mehrheit der Gemeindevertretung hatte dabei allerdings auf Vorschlag der Verwaltung die Gesamtsumme der Maßnahmen mit fünf Millionen Euro beziffert. Das hielten wir einerseits für überflüssig, weil wir mit Steuermitteln nur so viel sanieren wollten wie notwendig. Andererseits meinten wir, dass es nicht ratsam ist, weit überdurchschnittliche Erwartungen an die Förderung zu stellen. Denn erfahrungsgemäß steht derjenige am Ende oft mit ganz leeren Händen da, der zu viel fordert. In einem Förderansatz um die Summe von maximal einer Million Euro herum sahen wir dagegen einen maßvollen Ansatz und gute Chancen auf Genehmigung. Bei einem Begehren, das weit über diese Summe hinausgeht, hätte unserer Auffassung nach der Förderantrag ganz intensiv begründet werden müssen, etwa damit, dass man das einzige Schwimmbad in der weiteren Umgebung sei oder dass beispielsweise ein



besonders nachhaltiges Pilotprojekt entstehen solle.

Im März 2023 wurde dann mitgeteilt, dass der Förderantrag durch den Bund abgelehnt wurde. Eine Übersicht über die durch den Bund innerhalb des Programmes geförderten Projekte in Relation zur Größe der jeweiligen Kommunen bestätigte unsere Vermutung, dass relativ kleine Kommunen bei Freibadsanierungen in der Regel nicht mit außerordentlich hohen Beträgen gefördert wurden.

→ *Öffentliche Interessen*

Sitzungsgelder

In der Gemeinde Mühlthal wird das Ehrenamt völlig zu Recht hochgehalten. Was wäre Mühlthal ohne die freiwilligen Feuerwehren und die vielen Vereine, die sich um unsere Sicherheit kümmern und die für viele Angebote für die Menschen sorgen? Die Aktiven dort sind fast alle ehrenamtlich tätig. Sie werden für ihr Engagement nicht vergütet.

Auch fast alle Aktiven in der Kommunalpolitik sind formal ehrenamtlich tätig. Allerdings, und das ist ein Unterschied zu den anderen Ehrenamtlern, gibt es in der Kommunalpolitik doch kleinere Vergütungen. Bis zum 31. März 2021 gab es für jede Sitzungsteilnahme 15,50 Euro pro Person. Das ist zwar nicht viel, aber vor dem Hintergrund, dass beispielsweise die Sitzungen des Ortsbeirates Nieder-Ramstadt oft nur zwanzig Minuten dauern, auch nicht wenig.

Im Juni 2021 haben CDU, Grüne, FDP, „Mühltaler“ und „Beerwischer“ beschlossen, insbesondere das Sitzungsgeld um 42 Prozent auf 22,- Euro pro Sitzung rückwirkend zum 1. April 2021 anzuheben. Unserem Antrag, die Höhe des Sitzungsgeldes zu belassen, stimmten nur SPD und Linke vollständig zu.



FUCHS ist der Auffassung, dass sich die Kommunalpolitik hier nicht besser stellen sollte als andere ehrenamtliche Tätigkeiten. Die Kommunalpolitik entscheidet über die Mittel, die etwa über die Feuerwehren und die Vereine anderen Ehrenamtlern zukommen, aber auch über ihre eigenen Gelder. Das ist eine schwierige Situation, denn es ist unpassend, bei anderen sparen zu wollen und bei sich selbst Großzügigkeit walten zu lassen. Die Teilnahme an unseren Fraktionssitzungen haben wir als Fraktion der Gemeinde übrigens noch nie in Rechnung gestellt. Das empfinden wir als Akt der Solidarität mit den anderen Ehrenamtlern. Auch die Mittel für die Fraktionsförderung haben wir in den vergangenen Jahren nicht von der Gemeinde in Anspruch genommen, wir haben sie zurückgegeben.

→ *Ehrenamt, Vereine*

Städtebaulicher Charakter Mühltals

Mühltal entstand als Gemeinde mit diesem Namen erst 1977 im Zuge der Gebietsreform. Das Gebiet der heutigen Gemeinde war zuvor auf mehrere kleinere Gemeinden verteilt. Das zeigt sich auch heute noch. Es gibt zwar den Siedlungskern, der aus Nieder-Ramstadt, Traisa und Trautheim besteht. Allerdings ist dieser Kern nicht ein zusammenhängendes größeres städtisches Gebilde wie etwa der Kern Ober-Ramstadts. Es handelt sich vielmehr jeweils um einzelne kleinere Siedlungsgebiete, wobei Nieder-Ramstadt mit etwa 5.500 Einwohnern den größten Ortsteil bildet. Traisa hat knapp über 3.000 Einwohner und Trautheim etwa 2.500. In Ober-Ramstadt hat die Kernstadt zum Vergleich etwa 11.000 Einwohner.

Charakteristisch sind neben der umliegenden Natur die jeweiligen Grünzüge, welche die Ortsteile voneinander abgrenzen. Eine grüne Achse verläuft



vom Wald am Cafe Waldesruh über die B 449 hinweg und sodann zwischen Nieder-Ramstadt und Trautheim. Der ehemalige Nieder-Ramstädter Steinbruch ist heute pure Natur genau zwischen den drei Siedlungsschwerpunkten. Er bildet den Anker der Grünzüge, an dem auch das Mittelbachtal im Norden Nieder-Ramstadts und im Osten Traisas hängt. Die Ortsteile Nieder-Beerbach mit knapp 1.900 Einwohnern, Frankenhausen mit über 700 Menschen und Waschenbach mit gut 600 Einwohnern sind bislang ohnehin von viel Naturflächen umgeben.

Diese Aufteilungen mit grüner Natur um die Siedlungsbereiche herum sind aktuell besonders wichtig. Der Klimawandel fordert auch wegen der immer heißer werdenden Sommer mehr und mehr Grünflächen um die Siedlungsgebiete herum, in denen die Luft nicht steht, sondern im ständigen Austausch ist.

Wir leben zwar in Stadtnähe, genießen aber auch die Vorzüge kleinerer und gewachsener Siedlungen mit kurzen Wegen in die Natur. Hinzu kommt, dass sich auch das soziale Leben überwiegend nach wie vor auf die Ortsteile konzentriert. Behutsam gewachsen funktioniert es und es gibt kaum unangenehme Konkurrenzen. An diesen guten städtebaulichen Ausgangsbedingungen wollen wir grundsätzlich nichts ändern. Die grünen Achsen sollen weiterbestehen. Mühlthal soll ein wirklich attraktiver Wohn- und Arbeitsstandort bleiben.

→ *Allgemeine städtebauliche Grundsätze, Flächen für die Landwirtschaft, Flächenverbrauch, Frischluftversorgung, Klimawandel, Klimawandelanpassung, Regionalplan, Steter Tropfen, Veränderungen*



Städtebauliche Sünden

„Aus Fehlern lernen,“ heißt es immer wieder. Fehler sind dann besonders ärgerlich, wenn sie vermeidbar gewesen wären. Bei städtebaulichen Sünden der Vergangenheit kommen zwar ganz berechtigt oft erst einmal Häuser in den Sinn, die wie der große Gewerbebau gegenüber der evangelischen Kirche in Nieder-Ramstadt oder das ehemalige Sparkassengebäude in Traisa die eher kleinteiligen Proportionen der Nachbarbebauung sprengen.

Es gibt aber auch andere städtebauliche Sünden, etwa die Anlage des Baugebietes Hag. Es wurde vor gut fünfzig Jahren bedauerlicherweise so geplant, dass ein Großteil der Menschen in den beiden Durchgangsstraßen Stiftstraße/Bergstraße und Eberstädter Straße leben. Damals war jedoch schon allgemein anerkannt, dass der Straßenverkehr zu einem Problem geworden war. Deshalb wurden bereits seinerzeit viele Neubaugebiete so geplant, dass sie kaum Durchgangsverkehr hatten und haben. Im Hag jedoch ist der erste Kontakt vieler Menschen, wenn sie das Wohnanwesen verlassen, eine Straße mit viel Durchgangsverkehr. Andernorts wurden die Siedlungen so angelegt, dass die meisten Menschen nach Verlassen des eigenen Wohnbereiches öffentliche Flächen betreten, auf denen Kinder spielen können, weil der Straßenverkehr dort nicht eine so dominante Rolle einnimmt. Das nur etwas jüngere Baugebiet am Lohberg ist ein Mühltaler Beispiel dafür.

Das ist für uns eine Mahnung, bei allem, was wir für die Zukunft beschließen, genau hinzuschauen. Welche Umstände, die für die Zukunft relevant sind, können wir heute bereits erkennen und in unsere Abwägungen einfließen lassen? Der Klimawandel zeigt uns aktuell schon auf, wie unverzichtbar für eine moderne Stadtplanung ungestörte Frischluftschneisen sind. Beim Verkehr wird es noch mehr darauf ankommen, auch für Busse und Bahnen



sowie für den Fahrradverkehr wirklich attraktive Voraussetzungen zu schaffen. Die alternde Bevölkerung gibt uns auf, bei den zahlreichen Entscheidungen auch an die vielen Menschen im Seniorenalter zu denken. All das wollen wir besonders berücksichtigen. Fehler, die wir hier heute noch machen, wären vermeidbar gewesen.

- *Allgemeine städtebauliche Grundsätze, Bahnhofsbushaltestelle Bahnhofstraße, Entlastungsstraße, Flächen für die Landwirtschaft, Frischluftversorgung, Regionalplan, Schritt für Schritt, Städtebaulicher Charakter Mühltais, Steter Tropfen, Verkehrsberuhigung Hag*

Steter Tropfen

„Steter Tropfen höhlt den Stein," heißt es. Das Sprichwort ist die Aufforderung, auch die vermeintlich kleinen Dinge zu beachten, denn in der Summe bleiben all diese scheinbaren Kleinigkeiten eben nicht klein. FUCHS hält sich an diese Aufforderung. Für uns gilt das insbesondere dort, wo Entscheidungen endgültig sind. Das ist aber in der Politik leider nicht selbstverständlich.

Dort heißt es beispielsweise immer wieder, dass es auf das eine oder andere Baugebiet von lediglich einigen Tausend Quadratmeter Größe doch nicht ankomme. Das mag zwar auf den ersten Blick naheliegen. Allerdings trägt in der Summe sogar jeder Quadratmeter umgewandelte Fläche dazu bei, dass die Natur zurückgefahren wird und dass die Lebensqualität für die Menschen sinkt.

- *Allgemeine städtebauliche Grundsätze, Flächen für die Landwirtschaft, Flächenverbrauch, Frischluftversorgung, Klimawandel, Klimawandelanpassung, Regionalplan*



Straßenbäume

Zu Beginn des Jahres 2023 haben wir beantragt, mehr Bäume im öffentlichen Bereich zu pflanzen. Dazu hatte uns auch die Wahlwerbung des Darmstädter Oberbürgermeisterkandidaten der Grünen, Michael Kolmer, inspiriert, der für mehr öffentliches Grün eingetreten war. Konkret hatten wir vorgeschlagen, jeden verlorenen Baum im Siedlungsbereich durch zwei neue zu ersetzen. Ferner regten wir an, in jedem Mühltaler Ortsteil pro angefangene tausend Einwohner jährlich einen neuen Laubbaum zu pflanzen. Vor dem Hintergrund des Klimawandels und der dadurch notwendigen Anpassung waren das sehr zurückhaltende Vorschläge, die problemlos hätten umgesetzt werden können. Schließlich nennt sich die Gemeinde Mühlthal auch stolz „Klimakommune“.

Am 7. Februar 2023 lehnten CDU, Grüne, FDP und „Mühltaler“ unsere Vorschläge für mehr Grün in den Siedlungsbereichen vollständig ab. „SoKU-Links“ war dafür. Die Fraktionen der SPD und der „Beerwischer“ stimmten unterschiedlich ab.

- ➔ *Allgemeine städtebauliche Grundsätze, Frischluftversorgung, Klimawandel, Klimawandelanpassung*

Stromausfall

Die lokale CDU-Fraktion hatte einen Antrag gestellt, welcher die Sorge ausdrückte, dass die Gemeinde auf einen länger anhaltenden Stromausfall nicht vorbereitet sei. In dieser Sache hatte ein Mitglied der hiesigen CDU-Fraktion und zugleich Bürgermeisterkandidat sogar zuvor zu einer besonderen öffentlichen Veranstaltung eingeladen. Am 11. Juli 2023 erläuterte ein Fachmann der Verwaltung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses daraufhin sehr ausführlich



das Konzept der Gemeinde im Hinblick auf einen möglichen länger andauernden Stromausfall.

Dabei wurde deutlich, dass die Verwaltung in ihrem sehr überzeugenden Vorsorgekonzept ohnehin bereits viel mehr Aspekte berücksichtigt hatte als der Antrag der örtlichen CDU. Darin waren umgekehrt Forderungen enthalten, welche die Gemeinde kraft Gesetzes gar nicht erfüllen kann. Es wäre also sinnvoll gewesen, die lokale CDU hätte vorab die Verwaltung gefragt. Das Mitglied der lokalen CDU-Fraktion, das zuvor zur öffentlichen Veranstaltung eingeladen hatte, hat die Sitzung des Ausschusses leider nicht besucht, obwohl es ausdrücklich geladen war.

FUCHS meint, dass es nicht hilfreich ist, schon mit der Werbung für eine öffentliche Veranstaltung Sorgen und Ängste zu schüren. Besser wäre es, sich vorher zu informieren. Es ist hier nämlich anzuerkennen, dass die Verwaltung auf sehr viele Eventualitäten bereits ganz offenkundig bestens vorbereitet ist.

→ *Symbolpolitik*

Symbolpolitik

In der Demokratie ist die Politik darauf angewiesen, sich den Themen zu widmen, welche die Menschen für wichtig halten. Andernfalls wird sie durch die Wählerschaft abgestraft. Mitunter ist die Politik aber noch nicht so weit, wie es die Menschen gern hätten. Das will die Politik aber nicht immer zugeben. Sie behilft sich dann gern mit Symbolen, die signalisieren sollen, dass man sich um die aktuellen Themen kümmert. Tatsächlich sollen diese Symbole aber vor allem die Untätigkeit verbergen.

Symbole sind unserer Auffassung nach zwar wichtig. Ihnen müssen aber immer konkrete Taten folgen.



Passiert das nicht, macht sich die Politik unglaublich. Als „Klimakommune“ sendet Mühlthal zwar die Symbolik aus, sich um das Klima zu kümmern. Wenn es aber konkret wird, passiert häufig nichts. Hier setzen wir gern an und schlagen immer wieder vor, den Symbolen auch konkrete Taten folgen zu lassen. Ganz praktische Dinge, die einfach und ohne viel Bürokratie oder gar Bevormundung umgesetzt werden können, halten wir dabei für besser als theoretische Konzepte, die vor allem viel Papier füllen.

→ *Freiflächenphotovoltaik, „Parkplatz an der Modau“, Photovoltaik, Straßenbäume, Stromausfall, Wahrhaftigkeit*

Überläufer

Die Mitglieder der Gemeindevertretung werden über die Listen gewählt, die zur Wahl kandidieren. An der Kommunalwahl 2021 beteiligten sich in Mühlthal acht Listen und alle gewannen mindestens zwei Mandate. FUCHS hatte ein umfangreiches Wahlprogramm und wurde mit fünf Mitgliedern in die Gemeindevertretung gewählt.

Damit haben wir auch in jedem der drei Ausschüsse der Gemeindevertretung einen Sitz und eine Stimme. Die Vertreter der Fraktionen sollen in den Ausschüssen naturgemäß die Meinungen der Fraktion vertreten und auch so abstimmen, wie es die Mehrheit der Fraktion beschlossen hatte, auch wenn sie formal frei sind. In den Haupt- und Finanzausschuss hatten wir unser Fraktionsmitglied Dr. Peter Spahn entsandt. Leider hatte er dort nicht immer die mehrheitlich gefasste Fraktionsmeinung vertreten, weswegen er als Vertreter der Fraktion aus dem Ausschuss abberufen wurde. Kurz darauf trat Herr Dr. Spahn aus der Fraktion FUCHS aus und schloss sich der SPD an, mit der wir bis dahin grundsätzlich kein schlechtes Verhältnis hatten.



Das Verlassen der Fraktion und der Eintritt in die andere Fraktion sind zwar formal korrekt. Natürlich ist es aber auch für unsere Wählerschaft ärgerlich, wenn eine Person, die für eine bestimmte Politik berufen wurde, nun anders agiert. Beispielsweise hat sich Herr Dr. Spahn nun in Sachen Baugebiet „NRA 11“ der zustimmenden Position der SPD angeschlossen, obwohl er zuvor noch über das FUCHS-Wahlprogramm dagegen war. Wir sind aber auch selbstkritisch und erkennen an, dass es falsch war, ihm den Platz auf unserer Liste angeboten zu haben. Gleichwohl wünschen wir Herrn Dr. Spahn auf seinem neuen Weg viel Glück. FUCHS geht es nicht darum, mit einer großen Zahl von Mandaten zu glänzen, sondern darum, dass in Mühlthal gute Politik gemacht wird, gleich, wie sie zustande kommt.

Veränderungen

Wir leben in einer Welt, in der sich viel verändert. Die Politik muss darauf natürlich reagieren. Das gilt auch für die Mühlthaler Kommunalpolitik. Allerdings müssen wir immer genau prüfen, ob Veränderungen, die wir beschließen sollen, auch wirklich notwendig sind und ob sie im öffentlichen Interesse liegen. Veränderungen, die nur Einzelinteressen dienen oder die lediglich eine aktuelle Mode befriedigen sollen, prüfen wir besonders kritisch und lehnen sie zumeist ab. Zumindest die Kommune, die kleinste Einheit der staatlichen Untergliederungen, sollte in allen Zeiten ein Hort der Stabilität sein.

- ➔ *Abwägen, Einzelinteressen, Mühlthal entwickeln, öffentliche Interessen, Städtebaulicher Charakter Mühlthals, Schritt für Schritt*



Vereine

Die Vereine sind eine zentrale Lebensader des sozialen Lebens in den Ortsteilen. Leider wird es immer schwieriger, einen Verein zu führen. Teilweise überbordende Bürokratie macht es den Ehrenamtlichen nicht gerade leicht, sich hier einzubringen. Zumindest größere Vereine benötigen mitunter eigentlich ein professionelles Management. Wird es dennoch ehrenamtlich geleistet, so spricht das sehr für das Engagement der Verantwortlichen.

In dieser Situation ist es für FUCHS auch eine Aufgabe der Politik, sich für die Zukunftsfähigkeit der Vereine einzusetzen. Für uns ist es im Sinne der Daseinsvorsorge wichtiger, die Kapazitäten der Verwaltung für das soziale Leben vor Ort einzusetzen als etwa neue Baugebiete zu entwickeln, was im Rathaus viel Arbeit verursacht. Die Förderung der Vereine kommt den örtlichen Gemeinschaften zugute. Hingegen nutzt die Umwandlung in Bauland insbesondere den jeweiligen Grundstückseigentümern.

Dabei nehmen etwa die Sportvereine der Gemeinde viele Aufgaben ab, wenn es beispielsweise um die Jugendarbeit oder auch die Integration von Flüchtlingen geht. Es sollte daher selbstverständlich sein, dass die Gemeinde die Sportanlagen, die ihr teilweise sogar gehören, nicht verkommen lässt. Sie müssen so erhalten werden, dass dort auch in Zukunft noch angemessen Sport betrieben werden kann und dass dort auch diejenigen noch mitmachen können, die durch die bereits beschlossenen Neubaugebiete zukünftig zusätzlich in Mühlthal leben werden.

→ *Baugebiete, Bürokratie, Ehrenamt, Öffentliche Interessen, Städtebaulicher Charakter Mühltais*



Verkehrsberuhigung Hag

Nachdem durch das Verwaltungsgericht Darmstadt im Februar 2022 faktisch verfügt wurde, die sogenannte AIDi-Autobahn für den motorisierten Verkehr zu schließen, hatte FUCHS die berechtigte Sorge, dass nun insbesondere die Bergstraße/ Stiftstraße noch mehr Durchgangsverkehr erhalten würde. Dagegen hilft unserer Auffassung nach kein Schimpfen oder der – vermutlich ohnehin unrealistische – Wunsch, die AIDi-Autobahn irgendwann wieder zu öffnen, sondern allein konkrete kurzfristige Maßnahmen.

Für den Straßenverkehr ist grundsätzlich der Bürgermeister zuständig. Allerdings kann die Gemeindevertretung ihren politischen Willen auch in Sachen Straßenverkehr ausdrücken, zumal die Volksvertretung bei kostenintensiven Maßnahmen auch gefragt werden muss.

Daher haben wir bereits im März 2022 in der Gemeindevertretung beantragt, dass die Verwaltung kurzfristig Maßnahmen der Verkehrsberuhigung für das belastete Baugebiet Hag prüfen soll. Auch die Entlastungsstraße sollte neu überdacht werden. In der Sitzung des Klima-, Umwelt- und Bauausschusses vom 30. Juni 2022 wurde der Antrag bei Stimmengleichheit abgelehnt, in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 5. Juli 2022 wurde der Antrag abgelehnt, in der finalen Sitzung der Gemeindevertretung vom 12. Juli 2022 schließlich wurde unser Antrag gegen unsere Stimmen in ein „Verkehrskonzept“ überführt, auf das wir schon lange warten und auf das wir vermutlich noch lange warten werden. Unserem Anliegen, der kurzfristig aufgetretenen abermaligen Zunahme des Durchgangsverkehrs im Hag mit ebenso kurzfristigen Maßnahmen zu begegnen, wurde damit widersprochen.

➔ *AIDi-Autobahn, Entlastungsstraße, Symbolpolitik*



Vertrauen in Demokratie

Das Vertrauen in unsere Demokratie wird immer geringer. Viele Menschen auch in Mühlthal trauen der Politik nicht mehr. Der Deutschlandfunk etwa berichtete am 17. August 2023 über eine aktuelle repräsentative Umfrage dazu. Der öffentlich-rechtliche Sender teilt mit, dass inzwischen 54 Prozent nur weniger großes oder gar geringes Vertrauen in die Demokratie haben. Den politischen Parteien vertrauen nur noch neun Prozent. 86 Prozent der Deutschen wünschen sich, bei wichtigen Entscheidungen stärker einbezogen zu werden. Das bezieht sich vor allem auf die kommunale Ebene.

Solche Feststellungen können wir nicht ignorieren. Auf diese Veränderungen muss nach unserer Auffassung reagiert werden, der Realität muss ins Auge geblickt werden. Wir können nicht so tun, als gebe es diesen verbreiteten Unmut nicht. Auch wir sind gefordert, das zu tun, was wir hier auf kommunaler Ebene tun können, um das Vertrauen in unsere Ordnung wiederzugewinnen. Was in der Schweiz für innere Stabilität sorgt und auch in Bayern verbreitet ist und funktioniert, sollte für Mühlthal nicht ausgeschlossen werden. Deshalb haben wir schon mehrfach vorgeschlagen, bei wichtigen kommunalen Entscheidungen die Menschen vor Ort stärker einzubeziehen. Das wäre auch ein Mittel, um oft jahrelangen Streit in der Kommunalpolitik durch das Votum der Bürgerschaft beizulegen.

- *Bahnhofsbebauung - Bürgerbeteiligung, Freiflächenphotovoltaik Frankenhausen - Bürgerbefragung, Politische Auseinandersetzung, Veränderungen, Wahrhaftigkeit*



Wahlwerbung

Für Aufregung sorgten im Sommer letzten Jahres flächendeckende Plakatierungen zur Bürgermeisterwahl 2024. Die „Richtlinien Plakatträger“ der Gemeinde Mühlthal sehen vor, dass Wahlwerbung im öffentlichen Raum durch Plakate frühestens zwei Monate vor der jeweiligen Wahl erfolgt. Das wurde bislang auch regelmäßig eingehalten. Die Spielregeln galten für alle und alle hielten sich daran.

Das Fairplay sorgte auch dafür, dass zum Starttag des offiziellen Beginns der Plakatierungen alle die gleichen Voraussetzungen vorfanden. Wer aber nun regelwidrig schon vorher die „besten“ Plakatierungsplätze belegt, verschafft sich damit auch einen eigentlich unzulässigen Wettbewerbsvorteil. Diejenigen, die sich an die Ordnung halten, haben das Nachsehen. Wir hoffen, dass diese Regelwidrigkeiten nicht auch noch honoriert werden. Plakatierungsanarchie darf sich nicht lohnen.

Wahrhaftigkeit

Das Vertrauen in unsere Ordnung nimmt mehr und mehr ab. Die Menschen möchten Worten vertrauen können, zumal solchen Worten, die aus der Politik und der Verwaltung kommen. Ist dies nicht der Fall, so entsteht Misstrauen. In demokratisch verfassten Gesellschaftsformen äußert sich dieses Misstrauen oft dadurch, dass Parteien gewählt werden, die von sich behaupten, eine Alternative zu der Politik zu sein, der gegenüber Misstrauen besteht.

Wird etwa eine eingezäunte technische Anlage als „Bürgersolarpark“ beschrieben oder baut politische Werbung auf Sprüche wie „Gemeinsam erreichen wir mehr“ oder gar „Zukunft kann man wählen“, so hören sich diese Worte zwar schön an. Es ergeben sich daraus Erwartungen, die aber nicht erfüllt



werden. Konkrete Aussagen werden nicht getroffen. Gleichwohl bleiben Erwartungen, darauf bauen die Sprüche schließlich. Das ist aber gerade die Basis für das leider weit verbreitete Misstrauen gegenüber der Politik.

Wir sind der Auffassung, dass die beste Abwehr gegen politische Parteien, die auch extreme Positionen vertreten, eine glaubwürdige und wahrhaftige Politik ist. Erst dann, wenn die Menschen der Politik wieder mehr vertrauen, werden sie wieder weniger der Versuchung erliegen, ihren Unmut über die Wahl bestimmter Parteien zu äußern, die sich als Alternative zu einer unglaublichen Politik präsentieren.

FUCHS bringt sich hier auf lokaler Ebene ein. Wir sind politisch unabhängig und fühlen uns dem Wohl der Gemeinde Mühlthal verpflichtet. Zu dieser Verantwortung gehört, sich nur so zu äußern, dass auf unsere Worte auch gesetzt werden kann. Das ist zwar nicht immer einfach und schon gar nicht bequem. Doch letztlich wollen wir damit die berechnete Erwartungshaltung der Menschen treffen und unseren Beitrag leisten, um Misstrauen in unsere Ordnung abzubauen. Darüber hinaus sehen wir es als gesamtgesellschaftliche Aufgabe an, von der etablierten Politik jene Geradlinigkeit einzufordern, die sicherstellt, dass die Menschen dazu keine Alternativen suchen. Das vorliegende FUCHS-ABC ist ein bescheidener Beitrag dazu.

→ *Symbolpolitik, Vertrauen in Demokratie*



Wald

Die Gemeinde ist Eigentümerin von etwa 300 Hektar Wald. FUCHS setzt sich bekanntermaßen schon immer für den Wald in seiner natürlichen Ausprägung ein. Wenn wir dem Klimawandel authentisch begegnen wollen, dürfen wir nicht nur das Abholzen der Regenwälder am Amazonas kritisieren, sondern müssen vor unserer eigenen Haustür kehren. Gerade der Wald, der wie in Mühlthal ganz unmittelbar vielen Menschen auch zur Naherholung dient, darf nicht einseitig aus wirtschaftlichen Interessen heraus eingeschlagen werden.



Um die unterschiedlichen Interessen, die in Zusammenhang mit dem Wald bestehen, zu bündeln, gibt es in Darmstadt einen „Runden Tisch“



zum Thema Wald. Nach diesem Vorbild hat FUCHS beantragt, auch in Mühlthal eine solche Zusammenkunft auf den Weg zu bringen. Nach unserer Auffassung sollten sich Gemeindeverwaltung, Lokalpolitik, Naturschützer, Forstleute, Wissenschaftler und Erholungssuchende einschließlich Mountainbikern an einen Tisch setzen. Es sollte nicht nur übereinander, sondern endlich auch miteinander geredet werden. Das ist das klassische Vorgehen, um Lösungen zu erarbeiten, in denen sich alle jedenfalls teilweise wiederfinden. Ein Weg, den die Stadt Darmstadt recht erfolgreich beschreitet. Unser Antrag wurde am 2. Juni 2021 in der Gemeindevertretung von CDU, Grünen, SPD, FDP, „Mühlthalern“ und „Beerwischern“ abgelehnt, lediglich die Linken stimmten zu.

→ *Kompromisse*

Wiese am Dorfgemeinschaftshaus Frankenhausen

In Frankenhausen gibt es unterhalb des neuen Dorfgemeinschaftshauses eine Wiese mit einer Größe von gut 2.700 Quadratmetern. Hier allein könnte der Friedhof sinnvoll erweitert werden. Die Wiese bildet auch einen etwa 45 Meter tiefen Korridor, der die vorhandene Wohnbebauung im Westen zum mitunter belebten und dann auch am Abend oft nicht ganz leisen Vorplatz des Gemeinschaftshauses trennt. Der Standort des Treffpunktes wurde vor einigen Jahren auch deshalb als gelungen bezeichnet, weil es zur westlichen Bebauung diesen 45 Meter tiefen Distanzbereich gibt. Er helfe gut, Konflikte zu vermeiden. Wohnnutzung unmittelbar neben einem Platz, der auch für abendliche Feierlichkeiten vorgesehen ist und genutzt wird, verträgt sich bekanntlich nicht.





Im Zuge der Beratungen zum neuen Flächennutzungsplan brachte die lokale CDU-Fraktion Ende Oktober 2023 den Antrag ein, der darauf zielte, diese Wiese in Wohnbauland umzuwandeln. Für FUCHS ist das außerordentlich unverständlich, denn eine dortige Wohnbebauung hieße, dass dann auf die neue unmittelbare Wohnnachbarschaft dort besondere Rücksicht genommen werden müsste.

Die Austragung von Festen im Dorfgemeinschaftshaus geriete in Gefahr, denn die neuen Bewohner hätten natürlich auch einen Rechtsanspruch darauf, dass direkt unter ihren Schlafzimmerfenstern nicht immer wieder abendliche Feste gefeiert werden. Damit stellt die lokale CDU den Zweck des erst vor einigen Jahren mit viel Steuergeld erbauten Gemeinschaftshauses in Frage.

FUCHS will dagegen, dass das neue und bestens angenommene Angebot des Dorfgemeinschaftshauses auch in den kommenden Jahren wie gewohnt für die Menschen in Frankenhausen zur Verfügung steht. Wir vertreten das öffentliche Interesse, das hier darauf gerichtet ist, die Wiese als Korridor zum Dorfgemeinschaftshaus zu erhalten und hier eine Friedhofserweiterung nicht unmöglich zu machen.



Wir vertreten nicht das Einzelinteresse, das hier darauf zielen dürfte, aus der Wiese teures Bauland zu machen. Daher lehnen wir die Umwandlung der Wiese in Wohnbauland ab.

→ *Einzelinteressen, Flächenverbrauch, Öffentliche Interessen*

Wiese am Frankensteiner Weg

Vom Ortskern Nieder-Beerbachs aus führt der Frankensteiner Weg recht schnell und steil in die unmittelbare Natur. Die Bebauung endet zu beiden Seiten des Weges etwa auf gleicher Höhe. Ab da öffnet sich insbesondere auf der rechten, der nördlichen Seite des Weges die freie Landschaft in Gestalt einer Wiese mit einem schönen Blick. Das ist ein ortsnahes Naturerlebnis und ein Frischluftkorridor zugleich.



Auf Vorschlag der Verwaltung unter Leitung des Bürgermeisters soll dieser Außenbereich jetzt auf der rechten, der nördlichen Seite zum Baugebiet werden. Damit würden die Grundsätze einer geordneten städtebaulichen Entwicklung nicht eingehalten. Das erste Gebot lautet „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“. Das war auch die Maßgabe für die Teilnahme am



integrierten kommunalen Entwicklungskonzept (IKEK). Aus den Erläuterungen zum neuen Flächennutzungsplan ergibt sich, dass auch in Nieder-Beerbach das Potential für die Innenentwicklung noch lange nicht erschöpft ist. Warum soll also ohne Not der grüne Außenbereich zu Bauland erklärt werden?

Der Umstand, wonach es sich bei dem neuen Bauland „lediglich“ um etwa 2.000 Quadratmeter handele, kann natürlich keine Begründung für das Vorhaben des Bürgermeisters sein. Schon die Eigentümer der Wiese auf der anderen Seite, der Südseite des Frankensteiner Weges, könnten dann mit guten Gründen ebenfalls eine Ausweisung als Bauland fordern. Aber auch allen anderen Eigentümern von Grundstücken im siedlungsnahen Außenbereich könnte eine Baulandausweisung unter diesem Vorbild kaum verwehrt werden. Es gibt den Grundsatz der Gleichbehandlung.

Es fehlt auch in städtebauliches Konzept mit einer stichhaltigen Begründung, weshalb ausgerechnet diese Wiese nun zum Bauland werden soll. Die Grundsätze einer geordneten städtebaulichen Planung sehen weder eine Auswahl von Bauland nach Gutsherrenart noch nach dem Zufallsprinzip vor. Diese Grundsätze sollten auch in Mühlthal angewendet werden. FUCHS lehnt daher eine Umwandlung der Wiese in Bauland ab. Das liegt nicht im öffentlichen Interesse, das für uns einen höheren Stellenwert hat als das Einzelinteresse, das hier darauf gerichtet sein dürfte, aus der Wiese teures Bauland zu machen. Die Grünen haben sich der Auffassung von FUCHS angeschlossen, während insbesondere die CDU die Wiese aufgeben will.

➔ *Einzelinteressen, Flächenverbrauch, Öffentliche Interessen, Steter Tropfen*



Wohnraum

„Wohnraum ist knapp, auch in Mühlthal“, heißt es immer wieder. Das ist richtig, betrifft aber vor allem wirklich preisgünstigen Wohnraum. Immobilieninserate belegen zuletzt immer wieder, dass Wohnraum in Mühlthal durchaus angeboten wird, allerdings zu hohen Preisen. Überdies geht aus den Ausarbeitungen zum neuen Flächennutzungsplan hervor, dass es überall in Mühlthal viele Leerstände und Baulücken gibt. Daraus ergibt sich, dass es gegenwärtig nicht erforderlich ist, immer neue Baugebiete auszuweisen, zumal auch die Mühlthaler Bevölkerung in den nächsten Jahren zurückgehen wird und bereits große Neubaugebiete wie der Dornberg beschlossen sind. Dennoch sehen wir es als eine Aufgabe der Gemeinde, die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum in Mühlthal positiv zu begleiten, denn daran mangelt es aktuell tatsächlich.

- *Baugebiete, Baulandausweisungen, Bevölkerungsentwicklung, Grundstückspreise, Leerstände, Preisgünstiger Wohnraum*





Acker am Vogelteich
Alfred Fischer
Bahnhofsbus
Brücken
Ehrenamt
Einzelinteressen
Flächenverbrauch
Frischluftversorgung
Kindertagesstätten
Öffentliche Interessen
Parkinsonsche Gesetze
Parkplatz an der Modau
Preisgünstiger
Wohnraum
Straßenbäume
Vertrauen in Demokratie

Herausgeber/Impressum:

Fraktion FUCHS, Vorsitzender: Christoph Zwickler

Alte Darmstädter Straße 55c, 64367 Mühlthal

Kontakt: christoph.zwickler@yahoo.de

Die Fraktion FUCHS stellt sich vor:



Christoph Zwickler, Trautheim

Dipl.-Ing., Unternehmer, Kreisbeigeordneter

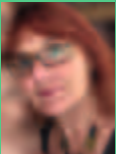
Fraktionsvorsitzender



Dr. Norbert Repp, Nieder-Ramstadt

Arzt und Psychologe, Dr. rer. nat. Elektrophysiologie

Mitglied im Klima-, Umwelt- und Bauausschuss



Sophie Döring-Fischer, Trautheim

Grafikerin und Kunsterzieherin

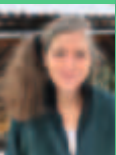
Mitglied im Sport-, Kultur- und Sozialausschuss



Martin Strippel, Nieder-Ramstadt

Dipl.-Ing.

Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss



Gisela Adam, Frankenhausen

Feinmechanikerin und Sozialpädagogin im Ruhestand

Mitglied im Gemeindevorstand



FUCHS

Die echte Alternative.

www.fuchs-muehltal.de